

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 20. September 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1984.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichterstattungen 35 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,20 Mk. wöchentlich. 20 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit Wochenschrift Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat.
Erscheint täglich außer Montags.

In der Gefangenschaft Ballins.

Auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin wollte am Sonntagmorgen ein Reisender mit dem 1 Uhr 27 Minuten nach Hamburg abgehenden Zuge abreisen. Ein Ballin-Agent gefellte sich zu ihm und fragte ihn, wohin und wohin. Aus Russisch-Polen und nach Hamburg. Da geht der Zug erst 1/2 Uhr. Der Ballin-Agent, der auf Russen und Polen wohl dressiert ist, sah dem Reisenden auf die Stiefel: Sie haben doch keine russischen Stiefeln an?
Der Agent war unschlüssig; der Reisende passierte die Personsperrre.

Er kehrt noch einmal um, tritt in den Wartesaal, um einen Schnaps zu trinken.

Als er wieder zum Zuge will, ist der Ballin-Agent, der inzwischen seiner Sache sicher geworden, neben dem Bahnsteigshaffner und diesmal darf der Reisende nicht durch; er könne erst 1/2 Uhr fahren. Was protestieren, daß er 1/2 Uhr nach Hamburg fahren wollte, war erfolglos.

Er mußte warten. Es gefellte sich noch ein Pole zu ihm, der mit einer Schiffskarte der Hamburg-Amerika-Linie versehen war, aber keinen Paß hatte, und ein Russe, der zwar einen Paß, aber keine Ballinsche Schiffskarte hatte. Er brauchte auch keine solche, denn sein Reiseziel war London.

Zu dem Zuge 1/2 Uhr wurden die drei unter Leitung des Ballin-Agenten durch die Kontrolle gelassen und ihnen erklärt, daß sie nach Rußleben müßten. Der erste Reisende, der nach Hamburg wollte, und der Russe, der nach London wollte und mit einem Paße versehen war, protestierten lebhaft dagegen; sie seien gesund und wollten nicht nach Amerika. Es half ihnen nichts. Sie wurden unter Aufsicht der Bahnbeamten in dem Zuge verpackt und allein ihrertwegen hielt der Zug in Rußleben.

Dort wurden sie vom Stationsvorsteher in Empfang genommen und in den Auswandererbahnhof gesperrt. Auch hier protestierte der erste Reisende und der Russe, jedoch erfolglos.

In Rußleben wurden die drei gebadet und ärztlich untersucht. Der Pole mit der Schiffskarte zahlte für die ärztliche Untersuchung 2 Mk., der Russe ohne Schiffskarte 4 Mk., der erste Reisende ohne Schiffskarte und ohne Legitimationspapiere nichts.

Abends gegen 7 Uhr kam ein Polizeibeamter und nahm die drei ins Verhör. Der Pole mit der Schiffskarte ohne Paß durfte noch am Abend abreisen, der Russe ohne Schiffskarte mit Paß nicht. Obwohl er energisch darauf drang, daß er in Geschäften nach London reisen müsse, wollte man ihm unter allerlei Vorwänden begreiflich machen, daß er mit der Hamburg-Amerika-Linie nach Amerika reisen müsse.

Dem ersten Reisenden, der keine Legitimationspapiere und auch keine Schiffskarte hatte, aber Geld genug, um nach Hamburg zu reisen, erklärte der Polizeibeamte, er müsse wieder nach der Grenze zurück. Zunächst mußte er jedoch die Nacht in Rußleben zubringen. Sein Geld im Betrage von 50,50 Mk. wurde ihm von dem Polizeibeamten gegen Quittung abgenommen und erst auf die Frage, wovon er denn inzwischen leben solle, erhielt er 10 Mk. zurück.

Das war am Sonntagabend. Den Sonntag ruhte der Reisende in Rußleben verdringend trotz mehrfachen Versuche fortzukommen oder über sein Schicksal Auskunft zu erlangen.

Am Montag früh endlich, nach der zweiten in der Gefangenschaft Ballins verdringend Nacht, sollte sich sein Schicksal entscheiden. Nach längeren Verhandlungen, in denen der Reisende immer wieder lebhaft gegen seinen Rücktransport protestierte und freigelassen zu werden verlangte, sollte er endlich in einem Zug zur Grenze gebracht werden.

Jetzt zog der Reisende endlich andre Saiten auf. Er präsentierte den Polizei-, Ballin- und Bahnbeamten, die sich um ihn gesammelt hatten, folgende Karte:

Herr . . . ist von uns beauftragt, als unser Vertreter die Zustände in Bahnhof Rußleben zu erforschen.

Redaktion des „Vorwärts“.
Die Wirkung, die das kleine rote Kürtchen hervorrief, läßt sich nicht beschreiben.

„Sie? Sie sind Vertreter des „Vorwärts“? Was wollen Sie denn von uns? Wissen Sie denn nicht, daß nur Auswanderer nach Rußleben dürfen?“

„Aber, meine Herren! Ich habe doch mit größter Entschiedenheit dagegen protestiert, nach Rußleben gebracht zu werden; Sie haben mich ja gegen meinen Willen hierher gebracht!“

Zunächst wurde nun der Vertreter des „Vorwärts“ noch keineswegs entlassen. Er hatte sich nur plötzlich einer bis dahin arg vernichteten höflichen Behandlung zu erfreuen. In Begleitung des Polizeibeamten mußte er darauf, nachdem der erste Schreck etwas überwunden war, zum Amtsvorsteher von Rußleben. Die Kosten der Fahrt trug der Polizeibeamte. Ob das Ballin dem Piskus ersetzt, ist uns unbekannt.

Bei dem Amtsvorsteher ging das Siamen nochmals los und war so kräftig, daß die Fertigstellung des in solchen Fällen bei unerbittlichen Protokolls erhebliche Mühen verursachte. Viele Bogen Papier flogen darüber in den Papierkorb. Endlich war das überstanden und unser Vertreter, der sich als vorsichtiger Mann auch durch seinen Militärpaß als sicherer Reichsdeutscher ausweisen konnte, durfte gehen.

Nachzutragen ist noch, daß man den mit Paß versehenen Russen, der ja ohne Gefahr wieder nach Rußland zurückkehren darf, schließlich hat gehen lassen. Zum Kauf einer Ballinschen Schiffskarte hatte man ihn trotz lebhaftester Bemühungen nicht bewegen können.

Es ist also festzustellen:
Daß Leute, die verdächtig sind, Russen oder Polen zu sein, von Ballins Agenten auf dem Bahnhof in Berlin abgefangen werden;
Daß solche Leute, gleichviel wohin sie reisen wollen, gegen ihren

ausdrücklich erklärten Willen nach Rußleben transportiert und dort festgehalten werden;

daß Bahnbeamte, preussische Staatsbeamte, auf den Wink der Ballin-Agenten Reisende, die mit gültiger Fahrkarte versehen sind, nicht passieren lassen;

daß Russen, die mit Paß versehen sind, schließlich wieder losgelassen werden, wenn sie den Ballinschen Ueberredungskünsten genügend Widerstand leisten;

daß aber solche, die keinen Paß haben und als Militärschlüchlinge gelten (als solcher hatte sich unser Agent ausgegeben), dem russischen Henker wieder ausgeliefert werden;

daß sich selbst die Polizei noch sehr ernstlich bemüht und in bare Unkosten stürzt, bevor sie einen solchen anscheinenden Militärschlüchling losläßt.

Der ganze preussische Polizei- und Beamtenapparat steht im Dienste einmal der Hamburg-Amerika-Linie und anderemal des russischen Jaren, um ihm die schlüchlinge wieder zuzuführen, die sich nicht von Ballin nach Amerika befördern lassen wollen. Russische Krute oder 140 R. an Ballin zahlen. Der Ballin den Tribut zahlt, der darf der Krute entfliehen. Ballin hat also das Geschäft der Befreiung der Jarenopfer in Generalertragsform genommen. Ohne ihn darf keiner der Unglücklichen aus Rußland heraus, dafür garantiert die preussische Polizei.

Es ist ein würdiges Dreiblett, das sich da zu gemeinsamer Kulturarbeit zusammengefunden hat: Russische Krute, preussische Polizei und Ballinscher Ueberredungsprofit und als Opfer Hunderttausende unglücklicher Proletarier. — Geld oder Leben! —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. September.

Die Eröffnung des Parteitag.

Bremen, 18. September.

In der „Republik“ Bremen hat sich die deutsche Sozialdemokratie zu ihrem Parteitag versammelt. Schon am Sonntagabend und Sonntagvormittag tagte als Vorparlament die Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands und ordnete die ihr gestellten Aufgaben in ebenso sachkundiger wie begeisterungsvoller Aussprache, die noch besonderer Würdigung bedarf. Am heutigen Abend fanden sich die Delegierten des Parteitags im weiten, schönen Kasinoaal zusammen, den die Bremer Genossen in Blumen- und Fahnen schmuck überaus festlich hergerichtet. Da reichte sich Fahne an Fahne der Bremer Gewerkschaften und vorn über der Rednerbühne wehte die alte rote Fahne der Partei; bei den Festen der Arbeiter werden diese Fahnen durch die Straßen vorangetragen — eine für die meisten Delegierten anderer Bundesstaaten freundliche Ueber- raschung.

Der Kongress ist überaus zahlreich besucht, wie es der un- ablässigen Teilnahme des deutschen Proletariats an den social- demokratischen Idealen entspricht. An den Seiten, im Hintergrund und auf den hohen Galerien des Saales haben sich dichtgedrängte Massen der Bremer Arbeiterchaft gesammelt und vervollständigen das Kongressbild zu großem, wahrhaft feierlichem Eindruck.

Ein stimmumwächtiger Sängerkhor singt ein Festlied der neuen Zeit, in dem sein Verfasser, Genosse Dunn, gezeigt, daß der Mann der nächsten Socialpolitik dem Schwingen der Poesie nicht antwöhnt ward. Danach erkundete Pottiers hinreichende „Internationale“ in deutscher Nachbildung von Franz Diederich. Nun betrat Genosse Schmalfeldt die Tribüne zum Willkommensgruß an die Delegierten. Schmalfeldt ist einer jener Trefflichsten aus der Arbeiterchaft, in denen sich die ganze Größe der sozialdemokratischen Entwicklung offenbart: ein Veteran der Partei, der als schlichter Zigarrenarbeiter begann und nach vielen notreichen Kampfbahnen jetzt durch das Vertrauen des Volkes Reichstags-Vertreter der reichen, stolzen Hansastadt wurde. Er schilderte uns die Geschichte der bremischen Arbeiterbewegung und feierte die Einigkeit der deutschen Sozialdemokratie.

Seit unser Liebtnecht geschieden, hat Weber auch die jenem sonst zugefallene Aufgabe der repräsentativen Eröffnung der Parteitags übernehmen müssen. Jubelnd begrüßt leitete er die Beratungen mit einer Uebersicht über die politische Situation ein. Er wies auf Saarablen und Königsberg, er zeigte, wie die Gegner wider Willen uns die Waffen schärften, und er spottete ihrer Thorheit, auf innere Zwiespältigkeiten in unserer Partei Hoffnungen zu setzen. Genosse Diez, der neben dem Bremer Arbeitersekretär Ebert zum Vorsitzenden erwählt wurde, eröffnete seine Präsidentschaft mit der witzigen Erinnerung an des Reichstagslanglers Willow saueres Lob, daß die Sozialdemokratie in Organisation, Agitation und Opferfreudigkeit die Censur la verdienen; der Kongress solle dieses Zeugnis noch übertreffen und tüchtiges Werk verrichten zur Veseitigung verrotteter Zustände.

Zu einer Debatte führte die Feststellung der Tagesordnung. Genosse Vitorff-Wein begründete den vom „Vorwärts“ angeregten, von vielen Wahlkreisen gestellten Antrag, die Schulfrage auf die Tagesordnung zu legen. Dagegen sprachen Weber, Weber und Genossin Petlin. Alle diese verkannten keineswegs die überragende Bedeutsamkeit der Frage, aber sie hielten die dies- jährige Tagesordnung für genug belastet und verwiesen auf den nächsten Parteitag. Freyhaller wandte sich gegen diese Verzögerung, doch der Parteitag beschloß, die Tagesordnung so zu belassen, wie sie der Parteivorstand nun einmal vorbereitet hat. Die Berliner Anregung behält die Bedeutung, die brennend wichtige Frage aufgeworfen und ihre Behandlung wenigstens für eine spätere Stunde gesichert zu haben. Auch ist vorerst durch das bedeutende Referat der Genossin Petlin auf der Frauenkonferenz ein gut Teil dessen erreicht worden, was die Antragsteller beabsichtigten. —

Herbert Bismard.

Auch der älteste Sohn des Ex-Reichstanzlers ist am Sonntagvormittag gestorben. Fürst Herbert Bismard hat dank der Protektion seines Vaters ein überaus rasche diplomatische Karriere gehabt, der dann durch Bismards Sturz im Jahre 1900 ein jähes Ende bereitet wurde. Herbert Bismard, der im Jahre 1849 geboren wurde, trat im Jahre 1873 in den Dienst des Auswärtigen Amtes, in dem er von Stufe zu Stufe überaus rasch avancierte. Im Jahre 1882 wurde er Botschaftsrat in London, im Jahre 1884 in Petersburg, von wo aus er in demselben Jahre als Gesandter nach dem Haag ging. Aber noch in demselben Jahre wurde er bereits in das auswärtige Amt in Berlin eingekleidet. Der Reichstanzler Bismard, der von seinen Diplomaten vor allen Dingen das eine verlangte, daß sie auf Kommando einschwenkten wie Unteroffiziere, hatte wohl besondere diplomatische Unteroffizierqualitäten bei seinem Sohne entdeckt. Er hatte ihn deshalb zu dem „dritten Direktor“ des Auswärtigen Amtes ausersehen. Da sich der Reichstag sträubte, führten die Bismardianer bei dieser Gelegenheit eine dreieisige Komodie auf. Sie veranstalteten Geldsammlungen und zeichneten ungeheure Summen, um durch diese freiwilligen Beiträge das Gehalt des dritten Direktors aufzubringen. Als aber der Reichstag die Stelle schließlich doch bewilligte, zogen die Nationalliberalen und konservativen Großindustriellen ihre splendiden Zeichnungen bis auf den letzten Pfennig zurück.

Ueber Herbert Bismards diplomatische Talente gleitet auch die bürgerliche Presse mit einigen Nebenbarten der Verlegenheit hinweg. Man spricht nur davon, daß er ganz im Sinne seines bedeutenderen Vaters zu wirken bestrebt gewesen sei. Er habe unter dem bekannten Anstern gestanden, unter dem die Söhne großer Väter zu stehen pflegen. Jemand etwas Positives über seine diplomatischen Leistungen weiß kein Blatt zu berichten.

Zu der That dürfte auch kein Beweis für die diplomatische Befähigung Herbert Bismards beizubringen sein. Nur zwei Mal hat er als Diplomat von sich reden gemacht. Beide Male aber nicht gerade in rühmlicher Weise. Das erste Mal bei der Samoa-Affäre im Jahre 1887. Herbert Bismard versuchte damals im Interesse einiger deutscher Handelshäuser in einem Häuplingsstreit Partei zu ergreifen. Diese Parteinahme führte aber nur dazu, daß damals unruhig das Blut einer Anzahl von Marinemannschaften verpöbeln wurde. Den Streitigkeiten wurde zunächst durch eine Naturkatastrophe ein Ende gemacht. Im Jahre 1888 vernichtete ein Orkan drei deutsche Kriegsschiffe, die im Hafen von Apia vor Anker lagen. Ein großer Teil der Mannschaft fand in den Wellen den Tod. Bei der im Jahre 1889 stattgefundenen Samoa-Konferenz wurde Bismards Versuch, den deutschen Kaufleuten ein Uebergewicht über die amerikanischen zu verschaffen, gründlich zerschlagen. Erst viele Jahre später wurde bekanntlich die deutsch-amerikanische Konkurrenz auf Samoa dadurch geschlichtet, daß jeder Staat einen Teil der Insel zugesprochen erhielt.

Ebenso kühnlich schmitt Herbert Bismard bei der Wohl-gemuth-Affäre im Jahre 1888 ab. Die Schweiz hatte damals den preussischen Spindel Wohlgemuth wegen seines frechen Rockspindeltreibens ausgewiesen. Herbert Bismard hatte daraufhin Drohmoten gegen die Schweiz losgelassen, die die Schweiz indessen nicht zur Nachgiebigkeit bewegen. Mochte auch Herbert Bismard mit allen möglichen Repressalien drohen, mochte er auch von der Schweiz verlangen, daß nur solche Deutsche dort Gastrecht fänden, die ein polizeiliches deutsches Reumundartest beibrächten, mochte er endlich auch den Bismardschen Volksjournalisten Pindler gegen die Schweiz als ein „wildes Land“ loswettern lassen, die Schweiz kroch nicht zu Kruegel —

Ebenso wenig kühnliches, wie über die diplomatische Thätigkeit Herbert Bismards ist über seine parlamentarische Thätigkeit zu berichten. Als Reichstagsabgeordneter vermodete er sich absolut keine führende Rolle zu erkämpfen. So sehr er auch in seiner abgebrachten, polternden Sprechweise seinen Vater zu kopieren suchte — über einige Spitzeln gegen die Minister und über einige agrarische Nebenbuhler brachte er es nicht hinaus. Sein Tod hinterläßt in der konservativen Partei ebenso wenig eine Lücke, wie sein derzeitiges Ausscheiden aus der Regierung und der Diplomatie.

Der Generalfreist in Italien.

Die italienische Regierung läßt sich immer keinerlei Telegramme durch, alle Telegramme, die durch das „Wolffsche Bureau“ und andre Telegraphen-Agenturen verbreitet werden, haben der italienischen Censur vorgelegen und beanstanden insofern eine nur sehr mäßige Glaubwürdigkeit. Die Telegramme melden allerlei Einzelheiten über die Auslandsbewegungen der einzelnen Städte. Danach ist es in den verschiedensten Orten zu Zusammenstößen gekommen. Am 17. September wurde in Genua ein Haufe von Ausländern durch die Polizei mit Revolvergeschossen auseinandergetrieben. Ebenso kam es in Terni zu einem Zusammenstoß. Weiter wird berichtet, daß in einer ganzen Reihe von andern Städten der Ausstand teils noch in voller Ausdehnung besteht, teils neu inszeniert worden ist. So in Turin, in Arona, Forli, Terni, Mailand, Parma, Bologna und andern Städten. In einzelnen dieser Städte soll — immer nach den regierungsoffiziösen Verlautbarungen — der Ausstand bereits wieder eingestillt oder seine Verdringung doch beschlossen sein.

Ueber die Ursache des Generalfreist wird uns aus Rom vom 15. September gemeldet:

Schon wieder, kaum zehn Tage nach dem Blutbad von Duggern, hat man gewagt, auf Arbeiter zu schließen, diesmal ohne protevoziert zu sein, ohne den Ansehen eines mildernden Grundes, faktisch schlichterartig. In Castelluglio, bei Trapani sind die Karabinieri in das Lokal der Landarbeiter-Gewerkschaft gedrungen und verlangten, die Mitgliederliste einzusehen. Der Sekretär verweigerte dies, wie das sein Recht und seine Pflicht ist. Man erklärte ihn darauf für verhaftet und als die Anwesenden gegen die Gewaltthat protestierten, schossen die Karabinieri auf die anstehenden Arbeiter. Es wurde minutenlang hintereinander geschossen: ein Arbeiter blieb tot, ein anderer ward auf dem Wege zum Hospital, drei liegen verwundet im Krankenhause, die Zahl der leichten Verwundeten ist noch nicht bekannt. Einer der Toten hat nicht weniger als elf Schußwunden. Keiner der Karabinieri ist verletzt.

Der Eindruck der Trauerhaftigkeit ist wohl in der ganzen Arbeiter-Schaft Italiens der gleiche: das Maß ist voll. So kann und darf es nicht weiter gehen, wenn nicht die italienische Arbeiterbewegung als Symbol der Ohnmacht und Schwäche der Geschichte überliefert werden soll.

Gleich nach Vuggera hatten die organisierten Arbeiter von Monza und Mailand angeregt, mit dem allgemeinen Streik auf das Verbrechen zu antworten. „Mit der Gewalt soll man Gewalt zurückschlagen“, schrieb der „Avanti“. Andre Stimmen meinten, man sei nicht vorbereitet, man solle für künftige Fälle den Generalstreik bereit halten. Im heutigen „Avanti“ schreibt Dugoni, es sei glücklich zu denken: Wir warten auf neues Blut, und dann protestieren wir.

Kann, wir haben ja nicht lange warten müssen. Es ist schon vergossen, das neue Blut, rufloser, frevelhafter als bei allen andern Konflikten. Die Stunde ist da: jetzt handle man. Die Mailänder Arbeitskammer hat sich mit 100 Arbeitskammern und Organisationen in allen Teilen Italiens in Verbindung gesetzt, um alle Verhandlungen zu treffen. Das Maß war voll. Die neue Blutnachricht aus dem Süden bringt es zum Ueberlaufen. Es ist jetzt genug: um das Leben unserer Arbeiter, um unser Recht auf Existenz müssen wir uns wehren. Soll etwa das Recht des systematischen Nordes Gewalt durch die tätlosen Proteste der sozialistischen Partei und der Gewerkschaften Italiens verbrieft und sanktioniert werden?

Wir stehen am Vorabend erster, sehr erster Ereignisse, deren Verantwortung auf die fällt, die sie durch fortgesetzte Verhöhnung der elementaren Menschenrechte der Arbeit herauszufordern haben.

Auf Befehl von Rom aus wurden die Carabinieri, die geschossen haben, verhaftet. Das ist nur der erste Schritt zur Deklaration: die Wunden werden ihre Orden bekommen. —

Deutsches Reich.

Die Gegenseitigkeit im Königsberger Prozeß. In der „Deutschen Juristen-Zeitung“ ist von angeblich unterrichteter Seite behauptet worden, daß man in Berlin die amtliche deutsche Ausgabe des russischen Strafgesetzbuchs benutzt und an der „Centralstelle“ nicht gewußt habe, daß man in Königsberg eine gefälschte Uebersetzung des § 200 des russischen Strafgesetzbuchs benutzt habe.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß diese angebliche Information falsch ist. Der preussische Justizminister hat eine der drei Uebersetzungen des russischen Konsuls übermittelt erhalten; das geht aus den Prozeßakten hervor.

Aber es giebt noch einen andern Beweis, daß der preussische Justizminister nicht nur die amtliche Uebersetzung des Königsberger Generalkonsuls kannte, sondern auch sich mit dieser später vom russischen Votchschafter bestätigten Auskunft begnügte. Er hat's nämlich selber gesagt, am 22. Februar 1904, im preussischen Abgeordnetenhaus:

„Zunächst [hat] der dortige russische Generalkonsul die amtliche Erklärung abgegeben, daß nach Maßgabe der russischen Gesetzgebung die Gegenseitigkeit für die Verfolgung derartiger Straftaten auch in Russland verbürgt sei. . . Die Staatsanwaltschaft hat dann . . . an mich darüber berichtet zum Zwecke der Zulassungsfrage der russischen Regierung. Ich habe den Bericht pflichtgemäß weitergegeben an das Auswärtige Amt, das ihn dann der russischen Regierung unterbreitet hat. Die russische Regierung hat demnach Strafantrag gegen die beteiligten Personen gestellt und dabei ausdrücklich durch ihren Votchschafter erklären lassen, daß die Gegenseitigkeit bezüglich gleicher Straftaten gegen die preussische (1) Regierung in Russland verbürgt sei.“

Der russische Generalkonsul — der russische Votchschafter, das waren die einzigen Gewährsmänner der „Centralstelle“.

Das Rettungsmärchen der „Juristen-Zeitung“ ist demnach erledigt. —

Ruhstrats Cyper, der Redakteur Biermann, ist nach Verbüßung seiner zehnmönatigen Gefängnisstrafe wieder nach Oldenburg zurückgekehrt und, wie berichtet wird, von einer ungeheuren Menschenmenge mit lautem Hurra empfangen worden. Auch vor seiner Wohnung wurden Biermann Ovationen gebracht.

Ruhstrat weist indes auch fern von Oldenburg, und wenn man seine Ankunft rechtzeitig erfährt, darf auch er eines zahlreichen Publikums gewiß sein, das zu seinem Empfang bereit sein wird. Er wird aber schwerlich Verlangen tragen nach der ihn erwartenden Ovation. Wenn er auch gesagt hat: „Schreiben können Sie, so viel Sie wollen“, so wird „Se. Diebstahl“ sich kaum dazu aufschwingen, zu sagen: „Schreiben können Sie, so viel Sie wollen!“

Uebrigens tritt in den nächsten Tagen der oldenburgische Landtag zusammen. Dort wird man unter allen Umständen mit oder über Herrn Ruhstrat reden, ob er will oder nicht. —

Den Bericht über die Frauenkonferenz mußten wir zu unserem Bedauern infolge seines unerwartet großen Umfangs abbrechen und können den Rest erst in der nächster Nummer geben.

Im Anschluß an die öffentlichen Verhandlungen fand am Sonntagmorgen eine geschlossene Zusammenkunft der Delegierten statt, die von 9-5 Uhr tagte und in der interne Organisationsfragen besprochen wurden.

Mirbach soll den Drang in sich gefühlt haben, sich zu rechtfertigen, aber nur, wie das „Verl. Tageblatt“ berichtet, vor einigen seiner Vertrauten; diesen habe er eine umfangreiche Schrift gesandt. Die „Vertrauten“ des Herrn v. Mirbach haben doch immer behauptet, daß er ohne Fehl sei. Vielleicht sollen die Vertrauten erst ihre Meinung darüber sagen, ob die Öffentlichkeit die „Rechtfertigung“ mit der notwendigen Gutmütigkeit aufnehmen würde.

Leute, die Herrn v. Mirbach dieser Tage gesehen haben wollen, behaupten, daß das „Gergleiden“ dem Herrn vortrefflich bekomme. Er sehe nicht einmal von des Rechtfertigungsgedankens Wäße angekränkt aus.

Das Direktorium des Centralverbandes deutscher Industrieller hat in seiner Sitzung am 17. September eine Erklärung beschlossen, worin er unter Bezugnahme auf die Angelegenheit der Hibernia sich „mit aller Entschiedenheit gegen die Verstaatlichung bedeutsamer Zweige der privaten Gewerbetätigkeit“ erklärt. Er befürchtet, daß es bei der Verstaatlichung der Hohenbergwerke nicht bleiben würde, wenn erst damit angefangen würde.

Herr Jende ist vom Vorsitz des Direktoriums zurückgetreten. An seiner Stelle wurde Vopelius-Sulzbach gewählt. Als erster Stellvertreter Kizdorff, Rheimelbe und als zweiter Stellvertreter Regierungsrat König-Berlin.

Chronik der Majestätsbeleidigungen. Vom Landgerichte München I wurde die 39 Jahre alte Kaiserin Anna Oberhauser wegen Beleidigung des Prinzregenten zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Sie hat aus Verger darüber, daß sie nach dem Tode ihres Mannes aus der Scheitelle des Regenten eine geringere Unterstützung erhielt, als sie erwartet hatte, hier nicht wiederzubegebende gräßliche Beleidigungen ausgestoßen und wurde später von einem Wohnungsnachbarn, mit dem sie sich überworfen hatte, denunziert. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr (1) und sofortige Verhaftung beantragt.

Die Würde der Gerichte wird ungeheuer gewinnen, wenn sie von dem Worte eines Denunzianten in Mitleidenschaft gesetzt werden können, ebenso wie die Würde der Majestät sehr gewinnen muß, wenn ihr Schutz nur einem häßlichen Madcap zu danken ist. —

Südwest-Afrika.

Eine strenge Depeschen-Censur ist nunmehr auch auf unsern südwest-afrikanischen Kriegsschauplatz eingeführt worden. Gouverneur Deutwein hat die Anordnung getroffen, daß für die Dauer des gegenwärtigen Aufstandes Depeschen über Truppenbewegungen oder Verteidigungsmittel verboten seien, soweit nicht der Truppenkommandeur oder sein Beauftragter zu der Veröffentlichung seine Zustimmung erteilt habe. Zuwiderhandlungen sind mit einer Geldbuße bis zu 300 Mark oder mit Haft resp. Gefängnis bis zu drei Monaten bedroht.

Der Erfolg dieser Anordnung hat sich bereits darin gezeigt, daß der Scherl-Presse keine Originalmeldungen mehr zugegangen sind, während sie früher rascher zu berichten vermochte als die Regierung selbst. Vielleicht läßt die Scherl-Presse jetzt deshalb eine so pessimistische Kritik an der südwest-afrikanischen Strategie, weil ihr der Nachrichtendienst abgeschnitten oder doch äußerst erschwert worden ist. Es könnte fraglich erscheinen, ob diese Nachrichtenperre hinreichend begründet ist. Daß die Japaner und Russen eine solche Nachrichtenperre üben, hat seine sehr begreiflichen strategischen Gründe. Den Hereros hingegen dürften Nachrichten der deutschen Presse schädlich die Möglichkeit geben, sich geplanten Angriffen zu entziehen. Der Erfolg dieser Nachrichtenperre wird deshalb nur der sein, daß die Nachrichten vom südwest-afrikanischen Kriegsschauplatz nun nur noch spärlicher fließen. —

Sehr pessimistisch über die jetzige Kriegslage urteilt auch ein Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“, der im vorigen Jahre das südwest-afrikanische Gebiet bereiste. Derselbe meinte, daß es schließlich vernünftiger wäre, die Hereros samt dem Rest ihres Viehes über die Grenze zu drängen, als durch neue wahrscheinlich mißglückende Einreisungsversuche nur noch eine größere Zersprengung der Hererosbanden zu erreichen, wodurch dann die Kolonie in die Gefahr eines jahrelangen Verzweifeltens Klein-Krieges gebracht würde. Die Öffnung, die hauptsächlich die Hauptlinge zu erweisen, sei ohnehin eine sehr geringe. —

Berichtigung. Im Leitartikel der Sonntagsnummer fehlt erste Spalte, dritter Absatz, letzte Zeile hinter „Proletariat“ das Wort: „abzuschwächen“. — In der zweiten Spalte, Zeile 18 von oben, muß es heißen: „Rechtssicherheit des einzelnen“ (statt „Eigentums“).

Parteitag

der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Schluß aus der ersten Beilage.)

Wolf-Voßum: Wenn es richtig wäre, daß das Verlangen nach einem Reichstags-Abgeordneten als Referenten ein Armutszugnis bedeutet, so würde auch Berlin sich ein Armutszugnis ausstellen, denn die Berliner beanpruchen, wie ein Bild in den „Vorwärts“ zeigt, nicht nur für öffentliche, sondern auch für Wahlvereins- und Gewerkschaftsversammlungen häufig Reichstagsabgeordnete. Wie die Dinge einmal liegen, verspricht man sich draußen im Lande von einem Reichstagsabgeordneten oder, um ein Wort Auer's zu gebrauchen, von einem Paradesperd eine große Lust. Man kann es also den zurückgebliebenen Gegenden nicht übel nehmen, wenn sie Reichstagsabgeordnete verlangen. Wir wollen ja, wie ich einmal auf einer Konferenz sagte, die Abgeordneten nicht als Paradesperde, sondern als Zugochsen. (Stürmische Heiterkeit.) Ich bin nicht derjenige, der glaubt, daß es jetzt, wo unsere Fraktion so stark ist, leicht ist, Abgeordnete als Referenten zu bekommen, ich weiß sehr wohl, daß unsere Abgeordneten auch noch ihrem Beruf nachgehen müssen, aber man soll es nicht immer so darstellen, als ob nur von den zurückgebliebenen Gegenden Abgeordnete gefordert werden. Noch eins: Wir sind seit Jahren in Erwägungen darüber getreten, ob wir für unseren Kreis nicht einen Beamten fest anstellen können, wir brauchen im Kohlenrevier eigentlich für jeden einzelnen Kreis einen Beamten, wir hoffen aber, daß wir bald in der Lage sein werden, aus eignen Mitteln einen Beamten zu besolden; wir wenden uns damit nicht an die Gesamtpartei. Ist aber die Gesamtpartei bereit, uns durch Anstellung eines Provinzial-Agitationsleiters zu Hilfe zu kommen, dann würden wir das dankbar acceptieren. Die Verhandlungen werden wegen Eintritts der Mittagspause verlagert.

Die Delegierten, die sich für die Alkoholfrage interessieren, treten nach der Sitzung zu einer Besprechung zusammen.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Vorsitzender Dieb eröffnet die Sitzung, indem er die aus dem Auslande erschienenen Genossen Franz Schumeyer, Winarski, Remez und Kopp aus Oesterreich und Asteu aus London herzlich willkommen heißt.

Schumeyer-Wien dankt für die Begrüßung: Wir sind erschienen, um Ihnen namens der österreichischen Genossen Gruß und Handschlag zu entbieten. Wenn wir in Oesterreich auch verschiedene Sprachen haben, so sind wir doch eines Sinnes und Hergens in der Sache, und diese ist es, die uns auch mit Ihnen verbindet. Besonders im letzten Jahrzehnt sind Sie sehr erkrankt und haben mit Ihrer Entwicklung bewiesen, wie falsch es ist, so war es immer, und so wird es bleiben. Auch wir in Oesterreich sind um ein gutes Stück vorwärts gekommen. Wir haben die deutsche Sozialdemokratie immer als Kriegsschule des Proletariats betrachtet, und so wollen wir auch diesmal von Ihnen lernen und dann das Erlernte für uns ausnützen. Und wenn man irgendwo zu lernen bestrebt sein muß, dann in Oesterreich, wo politische und wirtschaftliche Zustände herrschen, wie kaum in einem andern Lande Europas. Gegenwärtig ist das Regiment in Oesterreich ja etwas lockerer. Daraus dürfen Sie aber keinen weitergehenden Schluß ziehen. In Oesterreich gelten nicht Gesetze, sondern Personen. Bei uns herrscht der Absolutismus, jetzt aber mit besonderer Schamperlei. (Heiterkeit.) Wir sind jetzt auf einer Stufe angelangt, wo unser ganzes politisches Leben zu versumpfen droht. Nur eine Partei hat bei uns immer ihr Programm hochgehalten, das ist die internationale Sozialdemokratie. Personen zählen bei uns nicht, die Sache steht oben an. Noch ein paar Worte im Auftrage der österreichischen Reichsrats-Fraktion. Wir haben ja nur ein Scheinparlament in Oesterreich. Wir haben nur ein Parlament, so lange es der Regierung den Willen thut. Mit Reid sehen wir auf Ihr Parlament. (Heiterkeit. — Bebel ruft: Da sind Sie aber bescheiden!) Ja, denn Sie haben wenigstens die Möglichkeit, zu arbeiten, und die haben wir nicht.

Ob wir in Oesterreich überhaupt einmal zum parlamentarischen Leben kommen werden, ist sehr fraglich. Wegen eine Forderung wie das allgemeine geheime und direkte Wahlrecht, die die Zeit mit schreiender Notwendigkeit erheischt, sträubt man sich mehr und mehr. Es scheint, als ob wir heute von der Regelung dieser Frage entfernter sind als je. Unser Bürgerthum fürchtet, seine Sitz im Parlament zu verlieren. Die Regierung ist überhaupt bei uns nicht gewöhnt, vorwärts zu schreiten. So kommen wir in Oesterreich absolut nicht vom Fleck. Bei uns strebt alles nicht zueinander, sondern auseinander. — Doch die Kürze ist des Wipes Würze. Ich will schließen mit dem Wunsch: Viel Glück zur Arbeit, die wir alle zusammen verrichten wollen im Namen der Freiheit für die Arbeiterklasse und für das gesamte Volk. (Beifall.)

Genosse Asteu-London überbringt die Grüße der Social Democratic Federation.

Zunächst erstattet nunmehr den Bericht der Mandatsprüfungskommission Frau Jieg-Hamburg.

Auf Grund der Mandate, die uns zugegangen, und der Anmeldungen, die uns geworden sind, stelle ich fest, daß 279 Besucher des Parteitages hier weilten, darunter als Gäste: Genosse Popp-Wien, Remez-Prag und Asteu-London. Es sind 225 Delegierte mit 255 Mandaten anwesend, 60 Abgeordnete, von denen 5 außerdem ein Mandat besitzen und von denen 5 weitere auch als Funktionäre der Partei anwesend sind. Anher diesen Funktionären der Partei, die gleichzeitig Abgeordnete sind, sind noch 7 anwesend, entweder in

ihrer Eigenschaft als Partei-Vorstandsmitglieder, als Kontrolleure oder als Vertreter der Presse oder von Parteigeschäften.

Ferner sind unter den Delegierten 16 Frauen, und zwar eine als Gast, Genossin Popp aus Wien, ferner 13 Genossinnen mit Mandaten und eine als Parteifunktionärin, Genossin Jekin als Kontrolleurin. Ich habe namens der Mandatsprüfungskommission zu beantragen, sämtliche Mandate für gültig zu erklären. (Bravo!) Allerdings ist uns ein Protest zugegangen aus dem neunten babilonischen Reichstags-Wahlkreis gegen das Mandat des Genossen Hendrich. Er stützt sich darauf, daß in der Wahlkreis-Konferenz dieses Kreises zum ordentlichen Delegierten Genosse Horst-Durlach ernannt worden sei, daß dann aber außerdem dem Genossen Hendrich ein Mandat ausgestellt worden sei in dieser selben Wahlkreis-Konferenz, weil Genosse Hendrich um das Mandat nachgesucht und versprochen habe, es unentgeltlich auszuüben. Die Partei-Genossen erklären in demselben Protest das Mandat für ein sogenanntes Befähigungsmandat. Sie führen aus, daß die Ausstellung eines solchen Mandats die Würde des Parteitages herabsetze. (Sehr richtig!) Ein solches Verfahren würde dazu führen, daß Genossen, welche Geld genug zur Verfügung haben, um auf eigene Kosten zum Parteitag zu gehen, Gelegenheit gegeben werde, einfach ein Mandat kaufen zu können. (Sehr richtig!) Die Mandate zum Parteitag würden so ihren Charakter als Vertrauensaufträge verlieren. Diese Begründung des Protestes ist der Kommission schriftlich zugegangen. Eine weitere mündliche Aufschlüsselung dieses Mandats stützt sich darauf, daß Genosse Hendrich gar nicht organisierter Parteigenosse sei. Auf unsere Anfrage hat Genosse Hendrich erklärt, er sei seit März-April d. J. wieder organisiert; inzwischen habe er allerdings 1 1/2 Jahre seiner Organisation zugehört und entschuldigt das damit, daß er damals abseits von der großen Heerstraße in einem kleinen Orte gewohnt und deshalb seine Parteimitgliedschaft nicht ausreicht erhalten habe. (Lachen.) Auf eine Entündigung beim Landesvertragemann ist ein Bescheid noch nicht eingelaufen. Bevor das geschieht, können wir das Mandat unter keinen Umständen für ungültig erklären. Das Mandat ist ordnungsgemäß in der Kreis-Konferenz ausgestellt. Wir sind allerdings in der Kommission einstimmig der Meinung gewesen, daß die Prozedur nicht damit haben, daß auf diese Weise zu stände gelommene Mandate nicht den Ausdruck des Vertrauens involvieren. (Sehr richtig!) Wir geben deshalb dem Parteitag anheim, bei der Beratung des Organisationsstatuts einen Passus ins Statut zu bringen, der derartige Ausstellungen von Befähigungsmandaten unmöglich macht. Zur Zeit haben wir eine solche Bestimmung im Statut nicht. Es ist auch noch nicht erwiesen, daß Hendrich zur Zeit der Ausstellung des Mandats nicht Parteigenosse war, obgleich es einen eigenartigen Eindruck macht, wenn jemand kurz vor den Wahlen zum Parteitag erst wieder Mitglied der Partei wird und dann gleich ein Ehrenrecht der Partei ausüben will. (Sehr richtig!) Aus rein formellen Gründen aber beantragen wir, auch dieses Mandat für gültig zu erklären.

Eichhorn-Mannheim: Unser Organisationsstatut giebt uns keine Handhabe, das Mandat von Hendrich für ungültig zu erklären, wenn man nicht von dem geschriebenen Buchstaben absehen und den Geist gelten lassen will. Zweifellos will es der Geist des Statuts nicht, daß solche Befähigungsmandate zu stände kommen, daß ein Genosse, dem etwas daran liegt, mal auf den Parteitag zu erscheinen, auf diese Weise ein Mandat erhält. Wollten wir nach dem Geist des Statuts verfahren, dann müßten wir das Mandat für ungültig erklären. Ich weiß nicht, wie die Genossen darüber denken und bin schon vollständig zufrieden, wenn die Debatte dahin führt, daß für die Zukunft im Organisationsstatut Vorsorge getroffen wird dagegen, daß solche Befähigungsmandate ausgestellt werden können. Es muß das Niveau des Parteitages herabdrücken, wenn die Delegierten sich auf eigene Kosten von Kreisen hierher entsenden lassen, die sonst keinen Delegierten schiden können. (Sehr richtig!) Das ist nicht die Art, wie wir den Parteitag zusammenzusetzen zu sollen wünschen.

Darüber, ob er endlich im Augenblick der Ausstellung des Mandats organisiert gewesen ist, ist noch keine Auskunft erteilt. Unser Statut giebt uns ja auch keine Handhabe zum Eingreifen, denn hiernach ist jeder, der die Partei dauernd unterstützt, Parteigenosse. Ich weiß aber, daß in Mainz diese Bestimmung dahin dekretiert ist, daß diejenigen, die nicht durch zwingende Gründe abgehalten sind, sich zu organisieren — und solche Gründe liegen bei Hendrich nicht vor — selbstverständlich organisiert sein müssen. (Zustimmung.) Aus diesem Grunde wären die Genossen in Pforzheim der Meinung, das Mandat für ungültig zu erklären, da Hendrich zur Zeit seiner Wahl nicht organisiert gewesen sein soll. Vielleicht empfiehlt es sich, die Beschlußfassung so lange auszuweilen, bis eine Antwort auf die Frage der Organisationszugehörigkeit eingegangen ist.

Genosse Hendrich: Es widerspricht mir natürlich, in einer Sache zu sprechen, deshalb nur wenige Worte. Eichhorn, der die Situation so genau kennt, wie keiner, hätte manches sagen können, um die Sache in objektivem Lichte erscheinen zu lassen. Ich bin jetzt 15 Jahre in der Partei thätig und ich meine, wenn ein Genosse etwa anderthalb Jahre nicht organisiert ist, so muß das doch seine ganz besonderen Gründe haben. Ich war zwei Jahre schwer krank, dreiviertel Jahr lag ich fast tätäglich zu Bett in einem weitfernden Orte, nicht einmal in einem Dorfe, oben im Schwarzwald, wo man keine Verbindung hat. Die Kräfte hatten mich ausgegeben. In dieser Lage kann man doch wohl vergessen, einmal die Beitragsmarken zu lieben. In diesem Frühjahr, als ich halbwegs wieder gesund war, zog ich nach Freiburg und hatte mich hier selbstverständlich organisiert. Ich bin seit dem 1. April in Freiburg organisiert. In einem Befähigungsmandat erblicke auch ich eine Gefahr. Aber erstens kriegt es gar nicht zu, daß mein Wahlkreis nicht in der Lage war, eine Vertretung aus eignen Mitteln zu schaffen. Zweitens gehöre ich nicht zu denen, die aus Ueberfluß an Geldmitteln nach Bremen reisen. Die Sache liegt doch so: Ich habe den Genossen in Durlach ganz ehrlich geschrieben: ich habe mich auf das Feuilleton zurückgezogen. Es liegt in Bremen eine Anzahl Anträge auf Herausgabe einer Jugendzeitschrift vor. Das ist eine Sache, die mir sehr am Herzen liegt. Wollt Ihr mir die Möglichkeit geben, für mich zu wirken, dann gebt mir ein Mandat. Ich zahle die Kosten. Die Genossen in Durlach haben darin keine Gefahr gewittert und mir das Mandat gegeben. An Ihnen ist es zu entscheiden, ob das eine des Parteitages unwürdige Art der Ausübung eines Mandats wäre. Nicht aus eignen Interessen, sondern um Partei-Interessen willen bin ich hierhergekommen, um in einer Specialfrage, von der ich etwas verstehe, mitzureden.

Schöpfstn beantragt, die Gültigkeitserklärung des Mandats des Genossen Hendrich so lange auszuweilen, bis die Antwort vorliegt, ob Hendrich einer Organisation angehört.

Vorsitzender Dieb glaubt, daß die getremte Abstimmung über alle übrigen Mandate und das hendrichsche Mandat den Schöpfstnschen Antrag überflüssig machen würde.

Eichhorn-Mannheim hält es für richtiger, über den Schöpfstnschen Antrag abzustimmen, da ja eine sofortige Ungültigkeitserklärung des hendrichschen Mandats nicht beabsichtigt sei. Vorsitzender Dieb erklärt, nach diesem Abstimmungsmodus verfahren zu wollen.

Damit schließt die Diskussion.

In ihrem Schlusswort hebt Frau Jieg hervor, daß es für Hendrich, auch wenn er krank gewesen sei, Ehrenpflicht hätte sein sollen, der Partei-Organisation treu zu bleiben. (Zustimmung.) Es geht unmöglich, daß jemand, der so lange seine Pflichten gegen die Partei vernachlässigt hat, kurz vor der Delegiertenwahl sich wieder aufnehmen läßt. (Zustimmung.) Hendrichs Gesundheitszustand verbietet ihm, an den Partei-Versammlungen teilzunehmen, aber er erlaubt ihm, auf dem Parteitage zu erscheinen. Uebrigens stand seiner Wahl in der Wahlkreis-Konferenz eine starke Opposition gegenüber: er wurde mit 14 gegen 11 Stimmen gewählt. (Hört, hört!) Ich halte den Auftrag, zu beantragen, sämtliche Mandate für gültig zu erklären aus formalen Gründen, auch das hendrichsche Mandat, falls es sich ergeben sollte, daß er organisiert ist. Daraus ergibt sich von selbst, daß die Abstimmung über die Gültigkeit des hendrichschen Mandats so lange ausgesetzt werden muß, bis die Auskunft des Landesvorstandes vorliegt.

Der Parteitag beschließt, alle Mandate für gültig zu erklären mit Ausnahme des Mandates

von Hendrich, das an die Kommission zurück-
verwiesen wird.

Die Versammlung tritt in die Tagesordnung ein und legt
die Debatte über den Geschäftsbericht des Vorstandes und der
Kontrollkommission fort.

Wöhle-Strasbourg kommt auf den Fall Emmel zurück. Ich habe
den Bericht über den Fall Emmel gelesen und kann bezeugen, daß Emmel
vollständig vom Kläger zum Angeklagten wurde. Jeder andere hätte
in dieser Lage seine Ämter niedergelegt. Das war Emmel der
Partei schuldig, und dadurch, daß er es unterließ, hat er die Partei
geschädigt. Die Vorwürfe treffen weniger die Wülthausener Genossen als die
leitenden Personen in Wülthausen, diese sind allein schuld daran,
daß es so weit gekommen ist. Ich bitte, die Resolution der Kontroll-
kommission anzunehmen; ich bin überzeugt, daß die Wülthausener
Genossen sich dann unsern Beschlüssen unterwerfen werden.

Dönnede-Wülthausen hält eine rege Agitation auf dem Lande
für notwendig. Die Frage der Referenten spielt eine große Rolle. Ich
halte es für unbedingt erforderlich, daß von Zeit zu Zeit auch Ab-
geordnete Referate überreichen. Denn die einheimischen Genossen
werden allmählich in ihrem Verstande verblödet. Ich bin der letzte,
der leugnet, daß unsere Abgeordneten viel zu thun haben. Aber
es wird immer angeführt, daß es früher viel leichter war, einen
Abgeordneten als Referenten zu bekommen, als jetzt. Das deutet
darauf hin, daß sich in dieser Beziehung unter den Ab-
geordneten eine Art Berufskrankheit ausgebildet. Ich
spreche nicht von allen Abgeordneten, aber einige Abgeordnete haben
so viel Zeit zu theoretischen Arbeiten, daß ein Teil dieser Zeit wohl
auch zu praktischen Arbeiten verwendet werden könnte. Die An-
nahme des Antrages 20 (Agitationskommission) halte ich für un-
bedingt notwendig. Meines Erachtens sollte jeder Abgeordnete ein-
mal eine Agitationsstour auf dem Lande unternehmen. Wenn dann
jeder Abgeordnete nur zehn Vorträge hält, so macht das bei 78 Ab-
geordneten schon 780 Vorträge. Eine solche Agitation würde sicher
von Nutzen sein.

Thöne-Kassel bringt eine Beschwerde gegen den Vorstand vor.
Wir hatten in unserm Parteiblatt die Namen der Firmen veröffent-
licht, die nicht bei uns importieren, und aufgefordert, bei diesen
Firmen nicht zu kaufen. Diese Aufforderung erklärte der Vorstand
im "Vorwärts" für unzulässig und nannte sie einen großen Unfug
(Sehr richtig!), ja, die Partei schädigend. (Sehr gut!) Natürlich
griffen dies die bürgerlichen Blätter sofort gegen uns
auf. Ein Teil der betreffenden Firmen stellte Strafantrag
gegen unser Parteiblatt wegen Erpressung und erzielte wirklich die
Verurteilung des Redakteurs zu 3 Monaten Gefängnis. Ich meine,
es wäre nützlich gewesen, wenn der Vorstand seine Erklärung nicht
öffentlich erlassen und dadurch die Firmen, die Strafantrag stellten,
dazu ermutigt hätte, sondern wenn er zunächst an den Redakteur
persönlich geschrieben hätte. Öffentlich wird so etwas nicht wieder
vorkommen.

Hoffmann-Vielefeld: Der Fall Schwedendiek ist weniger persön-
licher als principieller Natur. Zu der Entscheidung der Kontroll-
kommission hatte die Vielefelder Parteigenossenschaft noch
nicht Stellung genommen, sonst würde wohl schon heute
die Verurteilung an den Parteitag vorliegen. Die Vielefelder
Genossen sind keine Kannibalen, die gegen einen alten
Mann wüten. Sie fühlen auch menschlich und haben auch einen
guten Grund, als sie den Ausschlußantrag gestellt haben. In dem
Urteil der Kontrollkommission ist ein Jertum enthalten. In Vielefeld
haben wir eine Zwangssituation, der jede Firma angehören muß.
Das wußte auch Schwedendiek. Er wußte, daß auch die Firma,
bei der er arbeitete, zu der Zwangssituation gehörte, gegen die vor-
gegangen werden sollte. Ganz entschieden müssen wir
uns gegen die theoretischen Ausführungen der Kontroll-
kommission über das Verhältnis der Gewerkschaften zur
Partei wenden. Es wird so dargestellt, als wenn sich die Ge-
werkschaften so zur Partei verhalten müßten, wie die Partei zu den
Gewerkschaften. Ich will die Neutralitätsfrage hier nicht aufschneiden,
aber soviel steht fest: die Partei verlangt mit vollem Recht, daß
ihre Mitglieder gewerkschaftlich organisiert sind, aber man
darf nicht ungelehrt von den Gewerkschaften verlangen,
daß sie ihren Mitgliedern die Pflicht auferlegen, einer
socialdemokratischen Organisation anzugehören. Gewiß wird in den
Gewerkschaften das Klassenbewußtsein gepflegt, aber Sie können
nicht von dem national-socialen und dem konservativen Arbeiter,
der als Novize zu Ihnen kommt, verlangen, daß er socialdemokratisch
organisiert ist. Die Partei muß darauf halten, daß der Streikbruch
unter allen Umständen als ehrlose Handlung gilt. Noch einmal: nur die
fachliche Seite ist in der ganzen Angelegenheit für uns entscheidend. In
Vielefeld besteht das allerbeste Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft.
Stets sind sie Hand in Hand in der dümmsten Ecke, wenigstens des
evangelischen Deutschlands, thätig gewesen. Dieses gute Ver-
hältnis sollte nicht getrübt werden. Wir sind nicht genossen, auch
u. u. den kleinsten Teil der Schuld auf uns zu nehmen, wenn aus
einer falschen Entscheidung irgend welche Unannehmlichkeiten folgen.

Leber-Jena: Ich will nicht in Angelegenheiten darüber einstimmen,
daß Reichstags-Abgeordnete es abgelehnt haben, in Versammlungen
zu referieren. Wenn die Versammlungen genügend vorbereitet
sind, dann werden wir Erfolge aufzuweisen haben, auch wenn kein
Abgeordneter spricht. Für uns in Sachsen-Weimar ist ein eignes
Organ nötig. Die Exfurter "Tribüne" kann unsere speziellen Inter-
essen nicht so vertreten, wie es nötig ist. Was die Anstellung von
Beamten betrifft, so sollten einmal die Gewerkschaftsbeamten sich
mehr als bisher der Partei widmen und zweitens sollten da, wo es
möglich ist, Parteisekretäre angestellt werden.

Berten-Düsseldorf: Nach den Ausführungen des Referenten
könnte es scheinen, als beständen in Düsseldorf zwei Partei-
organisationen, die sich bekämpfen. Das ist nicht der Fall. Wir
haben eine feste Organisation, die für uns maßgebend ist, die
Windhoff allerdings bekämpft, weil er auf andre Weise seinen Ehr-
geiz leichter zu befriedigen hoffte. Wir haben nicht nur mit dem
Centrum, sondern auch mit Gegnern aus unsern eignen Kreisen zu
kämpfen. Wenn Sie uns in diesem Kampfe moralisch unterstützen,
so werden wir auch mit dieser Gesellschaft fertig werden.

Habicht-Limbürg: In dem nassauischen Kreise wird der aktuelle
russisch-japanische Krieg und die ebenso aktuelle Schußfrage in der
Agitation so gut wie nicht behandelt. Es fehlt uns an geeignetem
Material. Die Anstellung eines Parteibeamten begrüße ich. Natür-
lich müßten die Beamten die Bevölkerung über alle aktuellen Fragen
aufklären und namentlich den ländlichen Arbeitern über alles Auskunft
geben können. Sehr wichtig ist die Frage der Neuregelung der
Wahlkreiseinteilung. Diese Frage bedeutet für uns ein gutes
Agitationsmittel, und wir dürfen dieses Mittel nicht aus der Hand
geben aus Furcht, daß uns das allgemeine Wahlrecht entzogen
werden könnte. Ich bitte, daß diese Frage mehr in den Vordergrund
gerückt wird. Das Gleiche gilt von der Schußfrage.

Wich-Wülthausen: Wie gegen den Genossen Emmel in
Wülthausen vorgegangen ist, beweist die Behauptung, daß er
der Partei 20 000 M. unterschlagen habe, eine Behauptung,
deren Unsinngigkeit auf der Hand liegt. Es ist darauf hingewiesen
worden, daß Genosse Webel gegen Emmel verschiedene An-
schuldigungen erhoben habe und es hätte sich herausgestellt, daß
Genosse Webel angeklagt worden war. Zu denen, die diese
Anschuldigung erhoben hatten, gehörte auch Wöhle. Die Unter-
suchungskommission hat sich an ihn gewendet, aber keine Antwort erhalten.
Ob Wöhle zu feige war, oder ob er die Kommission nicht für würdig
erachtete, lasse ich dahingestellt. Genosse Wöhle holt sich sein Mandat
auch auf Umwegen. Er ist nicht in seinem Wahlkreise aufgestellt und
bezahlt sein Mandat selbst. Wollen Sie unsere Erfolge nicht ab-
schwächen, und die Genossen in Wülthausen nicht entmutigen, dann
bitte ich Sie dringend, jeden Beschluß in der Wülthausener Angelegen-
heit anzusehen, bis die Sache Emmel vor Gericht entschieden ist.
Sobiel Gerechtigkeit muß man einem Genossen geben.

Reitner-Stuttgart: Schwedendiek hat sich in der Kontroll-
kommission auf ein reichhaltiges Material gestützt. In dem Urteil der
Schiedsrichter heißt es ausdrücklich, daß der Weiser des Genossen
Schwedendiek dem Unternehmern angehöret (Hört! hört!); außer-
dem habe der Unternehmer bedauert, daß die Streikleitung nicht mit
einer Anfrage an ihn herangetreten sei (Zuruf: Das stimmt nicht!);

er sei bereit gewesen, sofort die Forderungen zu bewilligen. Ich
kann Ihnen nur vortragen, was uns als offiziell beglaubigtes
Material vorgelegen hat. Unter diesen Umständen erscheint uns das
rigorose Vorgehen gegen Schwedendiek als eine unbegründete Härte, ja
als eine gewisse Leichtfertigkeit gegenüber dem Gewerkschaftsinteresse. Jede
Gewerkschaft hat doch ein weitestgehendes Interesse daran, daß die Zahl
der Ausgesperrten so klein wie möglich sei, damit sie weniger Unter-
stützung zu ziehen hat. Wegen die grundsätzliche Auffassung von
der Neutralität der Gewerkschaftsbewegung haben wir mit unserm
Beschlusse nicht zu verstoßen gemeint. Wir wollten nur dem Ausdruck
geben, daß unter Ansicht nach eine innere unzureichbare
Einheit und gewissermaßen eine Gegenfälligkeit der Verfassungen
zwischen gewerkschaftlicher und politischer Organisation besteht. Wenn
auch die Gewerkschaften als politisch neutrale Organisationen formal
nicht in der Lage sind, irgendwie in politischen Kampffragen eine
Entscheidung zu treffen, so können sie doch in jenen Fällen, wo
solche ihrer Mitglieder, die zugleich politisch organisiert sind, sich
schwerer Verschulden im politischen Klassenkampfe schuldig machen,
einen gewissen moralischen Einfluß geltend machen, um Mitgliedern,
die sich im politischen Kampfe ehrloser Handlungen schuldig machen,
die Verantwortlichkeit ihrer Handlungen auf dem andern Kampffeld
zum Bewußtsein zu führen.

Wir haben der Einheitsfälligkeit von Socialdemokratie und Ge-
werkschaftsbewegung als gleichwertige Kampfbewegungen des Klassen-
bewußtseins Proletariats dadurch Ausdruck gegeben, daß wir mit allem
Nachdruck auf neue betont haben, daß der mit Bewußtsein geübte
Streikbruch als ehrlose Handlung gebrandmarkt und verurteilt
werden muß. Also über die Schärfe und Bestimmtheit dieses
Standpunktes kann kein Zweifel obwalten. In der Wülthausener
Angelegenheit hat es der Kontrollkommission durchaus fern-
gelegen, einer der beiden Parteien, Weisener oder Emmel, ohne
gewissenhafte Prüfung Gefolgschaft zu leisten. Es hat ihr vielmehr
reiches Tatsachenmaterial vorgelegen, das sich seit langen Jahren
im Partei-Archiv angehäuft hat. Bei der Bewertung dieses
Materials haben all die Vorgänge, die sich vor dem bürger-
lichen Gericht abgepielt haben, nur die Bedeutung von
Einzelerscheinungen. Abgesehen von dem, was sich als
juristisch nachweisbar ergibt, liegen doch eine ganze
Reihe schwerwiegender moralischer Imponderabilien vor. In deren
Erörterung jetzt einzutreten, solange die Verhandlungen vor Gericht
noch nicht zu Ende geführt sind, müssen wir als unzulässig zurückweisen.
Wenn aber Wich gemeint hat, der Parteitag dürfe, solange das
Gericht nicht Beschluß gefaßt habe, die Resolution der Kontroll-
kommission nicht annehmen, so hat er übersehen, daß es sich um eine
Verurteilung der unerhörten Herausforderung seitens der Wülthausener
Genossen handelt. Ich hoffe, daß Sie der Resolution ein-
stimmig zustimmen werden. Es wäre das erste Mal, daß ein solcher
Fall von Disziplinbruch ungetriggt bliebe. (Lebhafter Beifall.)

Chlers-Vielefeld verbreitet sich über den Vielefelder Fall.
Der Genosse Schwedendiek ist zwar jetzt 63 Jahre alt,
aber so rüstig, daß er es mit jedem hier im Saale auf-
nimmt. Er lehnte es wiederholt ab, die Forderungen zu bewilligen.
Darauf erst schritt man gegen ihn ein. Es lag gar keine Ursache
vor, gegenüber diesem Manne unsere Grundzüge zu ignorieren.
Man kann nicht sagen, daß man allgemein gegenüber Leuten von
63 Jahren nachsichtig sein müsse; das kommt ganz auf den einzelnen
Mann an. Es ist Schwedendiek anheingegen worden, sich
zu organisieren. Wir haben für ein solches Mitglied,
das immer nur auf seinen Vorteil bedacht war, gedankt und die
Aufnahme abgelehnt. Auf den Schätzigkeiten spielte er eine
große Rolle; in den Parteiverfassungen schloß er aber darüber,
daß die Arbeiter auf die Schätzigkeiten ließen. (Heiterkeit.) Wir
haben jahrelang durch diesen Genossen Schwierigkeiten gehabt. Solche
Leute können wir nicht gebrauchen.

Hoffmann-Vielefeld protestiert dagegen, daß über die Resolution
abgestimmt werden soll. Gegen die Entscheidung der Kontroll-
kommission hat Vielefeld ja noch gar keine Verurteilung eingelegt.
Vielefeld hat daher auch das Material über den Fall nicht vorgelegt.
So lange die Verurteilung nicht eingelegt ist, darf über die Resolution
nicht abgestimmt werden. Ich bleibe dabei, daß die von der Kontroll-
kommission angeführten Tatsachen falsch sind. Was das Verhältnis
zwischen Gewerkschaften und Partei anlangt, so ist die Partei der
engere Kreis. Es können sehr wohl in den Gewerkschaften Personen
sein, die der Partei nicht angehören. Die Kontrollkommission erklärt,
Streikbruch ist eine ehrlose Handlung, aber trotzdem muß von Fall
zu Fall entschieden werden. Die Resolution ist übrigens so miserabel
faßlich, daß sie schon deshalb unannehmbar ist.

Vorstehender Diez teilt mit, daß die Delegierten Krons und
Stödtgen beantragen, den Fall Schwedendiek durch Vorlegung der
Resolution der Kontrollkommission für erledigt zu erklären, da
Verurteilung nicht eingelegt ist. Die Folge dieses Antrages würde sein,
daß über die Resolution nicht abgestimmt wird. (Zustimmung der
Antragsteller.)

Der Antrag wird genügend unterstützt.
Wöhle-Strasbourg: Genosse Dresbach als Vorsitzender des
Schiedsgerichts wird beauftragt, daß das, was ich gesagt habe, Wort
für Wort zutrifft. Die Art, wie Wich gegen mich polemisiert hat,
muß ich als ganz ungehörig zurückweisen. Wie kommt Wich dazu,
zu sagen, ich reise im Lande umher, um mir Mandate zu holen?
Auf die Vorgänge in Wülthausen will ich nicht eingehen. Würde
ich alles schildern, was da passiert ist, so würden Sie sagen: wie
ist es nur möglich, daß das in einem Parteirat vorkommen kann.

Dresbach: Ich kann die Erklärung abgeben, daß die gesamten
Schiedsrichter die moralische Qualifikation des Genossen Weisener
nicht im mindesten als erhebend betrachten. Das geht daraus
hervor, daß wir uns mit dem Ausschluß beider Genossen ein-
verstanden erklärten. Tatsache ist aber doch, daß gegen Emmel
ehrenrätliche Vorwürfe erhoben waren, die kein Genosse auf sich
bringen lassen darf, und zwar nicht nur von Weisener. Drei Monate
lang hatte in der Presse ein Kampf um Emmel getobt, in dem
Emmel von verschiedenen Seiten beschuldigt worden war;
Emmel und seine Freunde antworteten darauf, indem sie
die Angreifer wieder schimpften, ohne etwas zu wider-
legen. Deshalb waren wir der Ansicht, daß Emmel
Klage erheben müsse. In zwei Instanzen erklärte darauf das Ge-
richt, daß für den Vorwurf des Betruges der Beweis erbracht sei.
Ich meine, darauf hätten die Wülthausener Genossen Emmel sofort
klar machen müssen, daß er von seinen Ämtern zurückzutreten habe.
Das geschah; und wenn später die Wülthausener Genossen auf-
gefordert wurden, ihn nicht wiederzuwählen, so geschah das im
Interesse der Partei. Wenn wir da in dem Antrage auf Aus-
schluß Weiseners ja gesagt haben, so geschah das, weil wir uns
sagten: sind die Beschuldigungen nicht wahr, so ist Weisener ein
Verleumder; sind sie aber wahr, dann ist ferner bewiesen, daß Weisener
beider jahrelang Tatsachen verschwiegen hat, obwohl er sie kannte.
Erst als er sich mit Emmel entzweit hatte, trat er gegen ihn auf.

Er hat also nicht im Interesse der Partei gehandelt, sondern nur,
um seine Nachruhm zu befriedigen.

Voortmann-Mey: Es liegt mir fern, die Angelegenheit Emmel
hier zu unteruchen. Es liegt nicht im Interesse der Partei, wenn
die Sache öffentlich weiter breitgetreten wird. Wir haben wichtigere
Dinge zu erledigen.

Weitere Wortmeldungen liegen zu dem Bericht des Vorstandes
nicht vor.

Das Schlusswort nimmt **Pfannsch** und wendet sich zunächst
gegen die Ausführungen von Thöne in Kassel. Die fragliche Notiz,
die ich im Falle Garbe geschrieben habe, hat einiges Aufsehen erregt.
Daß sie den Anlaß für die Staatsanwaltschaft gab, gegen das
"Kasseler Volksblatt" einzufahren, ist sehr unwahrscheinlich. Trotz
unser Warnungen aber hat das "Kasseler Volksblatt" die
fragliche Annonce nun erst recht aufgenommen. Vielleicht hat
sich der Staatsanwalt gefragt: Wenn das Blatt auf die
parteilichen Warnungen keine Rücksicht nimmt, dann müssen
wir es ihm noch deutlicher machen. (Heiterkeit.) Leber hat
gemeint, daß man in Weimar ein Parteiblatt dringend brauche.
Ja, das meinen die Genossen anderer großer Städte auch. An
Gründen die sehr plausibel erscheinen, fehlt es nicht, aber die Prosperität
muß doch einigermaßen gesichert sein. Wo die Vorbedingungen für eine

geheißliche Entwicklung eines Blattes vorhanden waren, hat sich der
Parteivorstand noch niemals abgefunden verhalten. Die Genossen
müssen natürlich nachweisen, daß genügend Kapital und Kräfte für
die Leitung eines Blattes vorhanden sind. Verschiedene Redner
haben die Art der Agitation des Vorstandes bemängelt. Ins-
besondere hat Ullsenbaum billigere Proschüren gewünscht. Aber
hat nicht der Vorstand 20 000 Exemplare der Proschüre über
die Zustände in Saarabien unentgeltlich den Genossen
zur Verfügung gestellt. (Hört! hört!) Wir sind stets be-
reit, den Genossen Proschüren im Interesse der Agitation zu
Herstellungskosten zu überlassen, wenn entsprechende Anträge an uns
gestellt werden. Ueber den Königsberger Prosechüre ist eine sehr un-
tunliche Proschüre in Vorbereitung, die demnächst erscheint. Schon
der Umfang der Proschüre macht es nötig, daß wir einen höheren Preis da-
für nehmen. Aber das schließt nicht aus, daß wir Kreise, die nicht in der
Lage sind, sie zu kaufen, dieselbe zur Agitation zur Verfügung stellen.
Der Genosse Wolf betonte die Notwendigkeit, Abgeordnete als
Referenten zu bekommen. Er citierte das Wort Auer von den
Paradepferden. Auer hat damit dem Streben entgegengetreten wollen,
die socialdemokratischen Versammlungen zu öffentlichen Schaustellungen
herabzuwürdigen. Diesem Streben aber wird Vorschub geleistet, wenn es
immer heißt, es muß der oder der Abgeordnete sein, sonst muß
die Versammlung nicht. Ich meine, bei der fortwährenden Ent-
wicklung der Partei sind ja auch hier eine Menge Genossen, die sich
mit der Hoffnung tragen, beim nächsten Wahlgang in den Reichstag
zu kommen; sind sie nun bis dahin minderwertig? Darin bin ich
mit den Genossen einverstanden, wenn sie darauf dringen, daß unsere
Abgeordneten nicht bloß die großen Städte besuchen, sondern auch
die kleineren Orte. Wenn da die Worte, die hier gefallen sind, auf
guten Boden gefallen sind, dann ist diese Debatte nicht vergebens
gewesen. (Zustimmung.)

Das Wort nimmt dann **Gerisch**:
Während sonst immer dem Vorstände vorgeworfen wird, daß er
zu knapp wirtschaftet, hat ihm heute Genosse Schulz-Posen vor-
gehalten, er habe nach Posen zu reichliche Mittel bewilligt und
sei deshalb moralisch mitschuldig an der Lotterwirtschaft in Posen.
Aber ist dieser Vorwurf denn wirklich richtig? So schlimm ist es
wirklich nicht gewesen. Ich habe immer die Hand auf den Ventel
gehalten, und nur das absolute Notwendige ist bewilligt worden.
Aber wir dürfen uns auch nicht nachträglich den Vorwurf der
Krauserei machen lassen. Nach Posen ist weiter nichts als der
Monatszuschuß für den Vertrauensmann gegangen, um diesem die
Expitzen zu ermöglichen. Ferner ist ein Kopfschlag der "Schlesischen
Volkswehr" bewilligt worden, dessen Defizit die Partei getragen hat.
Posen beweist wieder, daß dem Versuch, von außen her eine Bewegung
zu schaffen, der Erfolg versagt bleiben muß. Nach irgendwelcher
Schablone lassen sich solche Fälle nicht beurteilen. Auf Grund
unser Erfahrung bemühen wir uns, die rechte Mitte zu halten.
Redner tadelt, daß große Orte, die über reiche eigene Mittel verfügen,
ihre Pflicht gegenüber der Zentralkasse vernachlässigen.

Weiser rekapituliert in seinem Schlusswort nochmals den Verlauf
der Affäre Emmel. Milder als die Kontrollkommission
gegenüber Emmel vorgegangen ist, konnte unmöglich
vorgegangen werden. Ich kann es Ihnen verraten, daß uns sehr
viel Material vorlag, und daß in der Kontrollkommission sehr wohl
die Ansicht vertreten wurde, daß dies Material durchaus genüge,
um Emmel auszuschließen. Diese Ansicht blieb aber in der Wider-
heit. Was den Stil unserer Erklärung in der Vielefelder Sache an-
langt, so ist das ja Geschmacksache. Ich glaube, daß diese Erklärung
vor der Kritik wohl bestehen kann. Zur Sache selbst wiederhole ich,
daß unser Urteil sich auf eingehende Prüfung des uns vorliegenden
Materials gründete. Wenn die Vielefelder reichhaltiges Material
haben, warum haben sie es denn nicht eingeschickt? Wenn die Viele-
felder glauben, sie würden mit einer Verurteilung Erfolg haben, so
mögen sie Verurteilung einlegen. Wir würden uns deswegen durchaus
nicht etwa beleidigt fühlen. Wir urteilen nach Recht und Gewissen,
aber allen können wir es nicht recht machen. Dazu sind wir auch
nicht eingelegt. (Lebhafter Beifall.)

Personlich bemerkt **Schulz-Posen**: Es hat mir fern gelegen,
dem Parteivorstande den Vorwurf der Verschwendung von Partei-
mitteln machen zu wollen. Ich wollte nur darauf hinweisen, daß
dadurch, daß der Parteivorstand in jeder Weise durch finanzielle
Unterstützung die Bewegung in Posen hochzubringen suchte, eine
Lotterwirtschaft insoweit bei uns eingerissen ist, als die Genossen in
Posen auch in Zukunft denken: alles Gute kommt von oben!
Sogar die Beschädigung von Parteitag auf Agitationskosten.
Vorl. Diez: Sie überschreiten den Rahmen der persönlichen
Bemerkung.

Schulz (fortfahrend): Gerisch hat mich also falsch verstanden,
wenn er glaubt, ich wolle dem Parteivorstand Vorwürfe machen.

Richard Fischer-Berlin geht als Leiter der Druckerei des "Vor-
wärts" in einer persönlichen Bemerkung auf den von Weiser in die
Debatte gezogenen Fall der Entlassung des Maschinenmeisters Hellmann
ein. Ich möchte vorausschicken, daß es nicht angängig ist, jeden einzelnen
Fall, der sich in der "Vorwärts"-Druckerei abspielt, hier vor dem
Parteitag zur Entscheidung zu bringen. (Sehr richtig!) Un-
mittelbar nachdem die "Germania" den Fall aufgegriffen hatte,
erschien im "Vorwärts" eine altentworfene Darstellung. Die
Parteigenossen hatten also Gelegenheit, die Angriffe der
bürgerlichen Presse zurückzuweisen. Hellmann war, nachdem
er 15 oder 16 Jahre in der Druckerei beschäftigt war, die früher
den "Vorwärts" druckte, bei uns als Obermaschinenmeister angestellt
worden. Nach 1 1/2 Jahren sah sich die Leitung der "Vorwärts"-
Druckerei genötigt, ihn zu entlassen, weil er seiner Aufgabe
nicht gewachsen war. Wir weigerten uns, die Maschinen ab-
zunehmen, weil sie nicht dem Vertrage entsprechend funktionierten.
Die Fabrik wies uns nach, daß es nicht an den Maschinen, sondern
an der ungenügenden Befähigung derselben durch den Obermaschinen-
meister lag. Wir haben alles Mögliche versucht, wir haben einen
zweiten Maschinenmeister angestellt, wir haben Hellmann an eine
andere Maschine gestellt, aber ganz kappte es da auch nicht. Man
kann doch nicht so teure Maschinen einem Mann über-
geben, von dem man weiß, daß er sie nicht beherrscht.
Wir haben uns dann bemüht, Hellmann andre Stellung zu
verschaffen, er hat sie abgelehnt. Es sind noch andre
Dinge vorgekommen, so daß wir uns schließlich fragen
müßten, ob wir eine weitere Beschäftigung von Hellmann noch
verantworten können. Wir haben mit ihm Rücksprache genommen und
ihm Zeit gegeben, sich nach einer andern Stelle umzusehen. Schließ-
lich haben wir ihm, so leid uns das auch that, kündigen müssen.
Gegen seine Eigenschaften war kein Wort zu sagen, aber er war
seiner Aufgabe nicht gewachsen. Daraus irgendwie Kapital gegen
die Partei zu schlagen, ist einfach unmöglich. Hätten wir Hellmann
für eine andre Arbeit das hohe Gehalt gegeben, das er früher bezogen
hatte, obwohl er seiner Aufgabe nicht gewachsen war, so würden die
Angestellten sich darüber beschwerten haben; und ihm weniger Lohn
zu geben, ja, das habe ich einmal gethan, aber nicht wieder; denn
dann müßte ich mir den Vorwurf der Lohnrückerei gefallen lassen.
Auch bei uns muß ebenso, wie in anderen Betrieben, jeder, der eine
Funktion abnehmen will, seiner Aufgabe gewachsen sein.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Zunächst wird dem Vor-
stande einstimmig Entlassung erteilt.

Der Antrag 9 wird angenommen, ebenso der Antrag
Krons-Städtgen, nachdem Weiser erklärt hat, daß die Kontroll-
kommission keinen Wert auf die Abstimmung ihrer Resolution lege.
Angenommen wird auch schließlich die Wülthausener
Resolution der Kontrollkommission.

Die Debatte wendet sich darauf den Anträgen zu,
die sich auf Agitation beziehen: 20, 22 und Antrag
Pfannsch (127): "Sekretäre sind nach Bedürfnis anzustellen.
Partei-Orte beziehungsweise Kreise oder die Provinzial-
Agitationskomitees haben das Vorschlagsrecht. Der Vorschlag ist für
den Parteivorstand, dem das Recht der Anstellung zusteht, nicht
bindend. Das Anfangsgehalt der Sekretäre beträgt 2000 M.,
steigend von 3 zu 3 Jahren um 200 M. Der Parteivorstand ist um
einen Sekretär zu bemühen."

Dr. Sidelum: Der Antrag Kronsberg will die Direkti-
ven, in welcher Weise die Agitation in Zukunft be-

zu gestalten ist. Er schlägt vor, eine Agitationskommission für das ganze Reich zu bilden, die eine systematische Agitation zu betreiben hat. Durch den Antrag Pfannkuch (127) ist ein großer Teil dessen, was wir wünschen, bereits ausgeführt, nur er möglicherweise nicht das, was unser Antrag hauptsächlich bezweckt, nämlich die lebhaftere Fühlung des Parteivorstandes mit den Parteigenossen draußen im Lande. Wenn jetzt dem Parteivorstande noch ein Sekretär hinzugefügt wird, so wird es ja möglich sein, daß dieser sich der Agitation mit besonderem Eifer widmet. Aber an dem ganzen System, das bisher geherrscht hat, wird dadurch nichts geändert. Ein Versuch mit einer solchen Agitationskommission könnte doch wenigstens für ein Jahr gemacht werden. Ich glaube ja, es wird wenn der Antrag Pfannkuch angenommen wird, auch nicht anders werden, als unser Antrag es will. Wenn die Sekretäre nach dem Bedürfnis der einzelnen Landesteile ange stellt werden, so wird man auch dazu kommen, sie von Zeit zu Zeit zu Konferenzen zusammen zu berufen, um sich darüber zu vergewissern, welche Agitationsstoffe auszubringen sind. Gerade in den Wahlkreisen, die wir bei der letzten Wahl bei einer Wahlbeteiligung unter 50 Proz. neu gewonnen haben, ist eine rege Agitation dringend notwendig; alle diese Kreise sind ohne weiteres als gefährdet zu betrachten. Wir bitten Sie, dem Antrag Dresden zuzustimmen.

Klisch-Breslau beantragt zur Geschäftsordnung, die Beratung des Antrages 20 mit der Beratung der zum Punkte „Organisation“ gestellten Anträge zu verbinden.

Dieser Antrag wird angenommen.

Rummel beantragt Klisch, auch die Anträge 22 und 127 zurückzustellen.

Vorsitzender Diez: Ich bitte Sie dringend im Interesse der Erfüllung dieser Wünsche, das nicht zu tun. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Diskussion über den Punkt „Organisation“ solche Dimensionen annimmt, daß man gezwungen ist, diese ganze Angelegenheit einer Kommission zu überweisen. Diese Kommission bringt vielleicht erst im nächsten Jahre ihre Resultate, während es sich bei dem Antrage Pfannkuch um sofortige Erfüllung eines seit Jahren gehegten Wunsches handelt. Hindern Sie das nicht, sondern nehmen Sie es an. Lehnen Sie den Antrag 22 ab. Besser wäre es noch, er würde von Elberfeld zurückgezogen.

Der Antrag 22 (Elberfeld) wird zurückgezogen.

Pfannkuch wiederholt zur Begründung des Antrages 127, daß die Steigerung des Gehaltes der Parteisekretäre nicht ins Unendliche gehen soll. Die Festsetzung der Maximalgrenze wollten wir uns aber für einen späteren Zeitpunkt vorbehalten, wo wir Erfahrungen gesammelt haben werden.

Bollmar: Ich stehe der Idee des Antrages 127 durchaus sympathisch gegenüber und möchte nur verheßen, daß in einem Punkte ein Mißverständnis entsteht. Es ist in dem Antrage gesagt, daß die Sekretäre vom Parteivorstande ernannt werden, daß ihr Gehalt so und so viel betragen soll. Es versteht sich meines Erachtens von selbst, daß es sich dabei nur um die Sekretäre handeln kann, die vom Vorstande ange stellt und bezahlt werden. Wir haben eine ganze Reihe von Sekretären, die von lokalen oder Bezirksorganisationen ange stellt sind und auf die der Antrag 127 selbstverständlich keine Anwendung finden kann. (Zwischenruf Pfannkuch: Vollständig einverstanden!) Das wollte ich nur feststellen, da der Wortlaut des Antrages eine andre Deutung zulassen könnte.

Hoffmann-Hamburg meint, man könne sehr wohl jetzt schon eine Maximalgrenze etwa von 3000 M. festsetzen. Es steht dem Parteitage dann ja immer noch frei, diesen Beschluß in einem späteren Jahre abzuändern.

Der Antrag Pfannkuch wird einstimmig angenommen.

Der Parteitag geht über zu dem Punkt: „Presse“.

Der hierzu vorliegende Antrag 124 betreffend Schaffung eines neuen illustrierten Wochenblattes wird nicht genügend unterstützt, desgleichen Antrag 125; Antrag 126 wird genügend unterstützt, ebenso folgender Zusatzantrag zu dem Antrage 33:

„Die angeführten Adressenverzeichnisse sind nicht auf Conto des bisherigen Leitungsvertrages zu bringen, sondern als Erweiterung des bisherigen Kalendernbalt aufzuführen.“

Es stehen demnach zur Diskussion die Anträge 28, 29, 32, 33, 35—39, 105 und 126. (126 wünscht die Herausgabe einer Jugendzeitschrift ähnlich der „Hütte“ aus Parteimiteln.)

Jentsch-Berlin IV begründet den Antrag 32 betreffend Ausgestaltung der „Neuen Welt“. Die „Neue Welt“ hat in ihren Illustrationen eine gewisse Einseitigkeit. Alle Errungenschaften wissenschaftlichen und technischen Gebiete werden vollständig übergangen, obgleich sie für das Proletariat von höchstem Interesse sind. Ebenso wie in der „Neuen Welt“ vor Augen geführt wird, was auf dem Gebiete der Plastik und der Malerei geleistet wird, ebenso ist es auch möglich, die technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften zur Kenntnis des Proletariats zu bringen, so daß es einigermaßen auf dem Laufenden bleibt. Nehmen Sie daher unsern Antrag an, oder überweisen Sie ihn dem Parteivorstande zur Verurteilung. Schließlich möchte ich den Vorstand bitten, zu erwägen, ob nicht die „Neue Welt“ in der „Vorwärts“-Druckerei hergestellt werden kann.

Jubel vertritt den Antrag 29, betreffend Jugendlitteratur. Der Gedanke ist nicht neu. Es sind schon ähnliche Versuche gemacht worden. Wir betonen immer, daß die Zukunft gehört, wenn die Jugend gehört, trotzdem haben wir heute nicht ein einziges Werk in unserer Litteratur, welches erstreblich auf unsere Jugend einwirken kann. Gewiß ist die Aufgabe schwierig, aber wir müssen trotzdem trachten, sie mit der Zeit zu lösen. Dann wird das Kapital, das wir für den guten Zweck aufwenden, sich reichlich verginsen. Was den Druck der „Neuen Welt“ anbelangt, so ist es durchaus begrifflich, daß die Berliner den Wunsch haben, daß die „Neue Welt“, wenigstens soweit es sich um die Auflage des „Vorwärts“ handelt, in der „Vorwärts“-Druckerei hergestellt wird. Der jetzige Zustand wird immer untragbarer. Sobald eine Sonntagsnummer einmal stärker verlangt wird, müssen die Berliner, um die „Neue Welt“ liefern zu können, immer erst in Hamburg nachbestellen. Das dauert 3, 4, 5 Tage. Es ist notwendig, daß hier eine Aenderung eintritt.

Bérand-Hamburg: Ich bin in der angenehmen Lage, mit dem Antrage Berlin IV mich einverstanden erklären zu können. Auch ich meine, daß mehr für Illustrationen in der „Neuen Welt“ geschehen muß. Am werden Sie sagen: Ja, warum sorgen Sie denn nicht dafür? Nun, in unsern Betrieben hat der Verleger bekanntlich nichts zu sagen, der Redakteur alles. Deshalb ist es mir unangenehm, daß dieser Antrag erfolgt ist. Ich wünsche nur, daß der Redakteur der „Neuen Welt“ sich diesen Antrag als Fingerzeig dienen läßt. Das Beste ist es, den Antrag Berlin IV, dem Vorstande zur Verurteilung und mit dem Entschlusse zu überweisen, recht bald an die Frage heranzugehen. Es ist weiter der Wunsch ausgesprochen, daß die „Neue Welt“ den technischen Errungenschaften folgen und sie besprechen soll. Wenn wir so die Aufgaben des Blattes erweitern, kann es nicht mehr als Wochenzeitschrift für politische Zeitungen gelten und für einen so billigen Preis abgegeben werden. Der Wunsch Berlins, die „Neue Welt“ entweder in der ganzen oder doch in der Berliner Auflage zu drucken, ist ja begrifflich. Berlin hat jetzt eine eigene Druckerei und ist in solchem Umfang eingerichtet, daß der Wunsch besteht, viele Druckerarbeiten zu erhalten und sie auch andern wegzunehmen. Auch in unserer Partei muß man mit Anstand operieren. Auf früheren Parteitagungen haben wir uns lange darüber unterhalten, ob Hamburg sich zum Druck der „Neuen Welt“ eine besondere Maschine anschaffen soll. Ich habe mich lange dagegen gestraubt, denn eine solche Maschine kostet ein großes Stück Geld und kann zu nichts anderem gebraucht werden. Erst als der Vorstand zu mir sagte: „Wenn Sie die Maschine nicht kaufen, dann wird die „Neue Welt“ in Berlin gedruckt“, entschloß ich mich zur Anschaffung der Maschine. Geht der Druck der „Neuen Welt“ nach Berlin, dann muß sich Berlin sofort eine solche Maschine anschaffen oder unsere Maschine übernehmen. Bei dieser Übernahme werden sich angesichts der großen Auflage harte, technische Schwierigkeiten einstellen, so daß

mindestens 4 Wochen lang keine „Neue Welt“ erscheinen könnte. Es ist richtig, daß Berlin jetzt den dritten Teil der Auflage besitzt. Es ist ungehalten über die hohen Frachtkosten, die es tragen muß. Aber diese Frachtkosten würden bei dem Druck in Berlin auf Hamburg fallen, und so wäre an dem finanziellen Ergebnisse für die Gesamtpartei nichts geändert. Jubel hat mit besonderem Nachdruck betont, es handele sich jetzt in Berlin um ein eigenes Parteigeschäft. Ja, das Hamburger Geschäft ist doch auch unser eigenes Geschäft. Es ist viel älter, als das Berliner (Heiterkeit) und hat der Partei großen Nutzen gebracht. (Sehr richtig!) In die Lage, in der jetzt der „Vorwärts“ ist, würde beim Druck in Berlin das „Echo“ kommen, dessen Auflage noch unausgeleitet steigt und dann Nachlieferungen der „Neuen Welt“ erforderlich machen würde. Auf einem Parteitage kann die ganze Angelegenheit nicht erledigt werden. Sie muß sehr genau besprochen und sollte deshalb dem Vorstande zur Erwägung überwiesen werden.

Vorsitzender Diez stellt nachträglich noch den Antrag 105 mit zur Debatte.

Wähler erhebt Widerspruch, daß Hendrich das Wort erteilt werde, bevor über sein Mandat endgültig entschieden sei.

Vorsitzender Diez: Es ist überall Sitte, so lange ein Mandat nicht für ungültig erklärt worden ist, seinen Inhaber zur Abstimmung und zur Rede zuzulassen. (Zustimmung.)

Hendrich: Die Hauptfrage scheint mir die zu sein: Wollen wir eine Zeitschrift, die sich nur an die Jugend wendet oder eine Familien-Zeitschrift, die dem Unterhaltungsbedürfnisse der Genossen mehr als bisher entgegenkommt. Aus rein praktischen Gründen muß man zu dem Schlusse kommen, daß für eine Familien-Zeitschrift, wenn auch nicht in ausreichendem Maße, bereits gesorgt ist. Was uns fehlt, ist eine Jugend-Zeitschrift. Jedoch hat in seinem Artikel in der Parteitage-Nummer der „Neuen Welt“ durchaus das Richtige getroffen, wenn er sich dagegen wendet, daß eine solche Jugend-Zeitschrift gewissermaßen eine Agitationschrift für unsere Jugend sei. Daß sie die Jugend in die sozialistische Gedankenwelt einführen soll, davon kann keine Rede sein. Eine derartige Zeitschrift wäre von vornherein zum Tode verurteilt; denn sie würde nicht gelesen werden, namentlich nicht von denen, für die sie geschrieben ist. Von der Kommissionsberatung bitte ich entschieden Abstand zu nehmen; denn dadurch würde die Schwierigkeit nur noch vergrößert. Eine solche Zeitschrift braucht einen geeigneten Verleger und einen geeigneten Redakteur. Sobald sich diese zwei zusammenfinden, ist jede Kommissionsarbeit überflüssig. Ich will Ihre Geduld, ja zum Teil Ungeduld, nicht lange in Anspruch nehmen, sondern vielmehr bitten, dem Antrage der Genossen in Durlach, der ja den Gedanken einer Jugendzeitschrift am entschiedensten zum Ausdruck bringt, zuzustimmen.

Dr. Liebkecht: Einige Worte zur Begründung des Antrages 105, der eine besondere Agitation unter den Proletariern wünscht, die zur Armee einberufen werden. Man wird einwenden: Wozu ist eine derartige Agitation denn notwendig — der Kampf gegen den Militarismus ist doch in unserm allgemeinen Kampf gegen den Kapitalismus einbezogen? Und wer nicht außerhalb der Kaserne Socialdemokrat geworden ist, wird es sicher in der Kaserne. Aber ich sehe nicht ein, weshalb wir nicht diese besondere Art der Agitation, die ja nebenher schon betrieben wird, spezialisieren und betreiben sollen, gerade deswegen, weil der Militarismus unser schlimmster Feind ist, und weil der Kampf gegen ihn nirgends besser geführt werden kann als unter den Soldaten. Natürlich nicht, während sie Soldaten sind. Aber wenn sie Socialdemokraten sind, bevor sie Soldaten werden, dann werden sie richtige Erfolge erzielen. Es ist ja die Anschauung der bedeutendsten Vertreter unserer Partei, daß der Militarismus in sich selbst zermorchen muß, bevor es gelingen wird, den socialdemokratischen Ideen zum Siege zu verhelfen. Da wir nicht in der Lage sind, direkt in der Kaserne Agitation betreiben zu können, wird es sich empfehlen, die Agitation in die Zeit zu verlegen, wo die Gehege sie nicht behindern. Natürlich ist eine solche Agitation in gewissem Sinne gefährlich, es sind überall trüben Fingern ausgelegt, aber wir brauchen doch diejenigen, die zum Militär austrücken, nicht zum Ungehorsam aufzufordern, sondern wir wollen nur unsere Ideen propagieren unter ganz besonderer Hervorhebung des Charakters des Militarismus, dann werden die Socialdemokraten wissen, was sie beim Militär zu thun haben. Das Militär ist ja für uns gefährlich, es stellt die brutale konzentrierte Gewalt des Kapitalismus dar und wird vielfach zu wirtschaftlichen Kämpfen gebraucht, um Streikbrecherdienste zu leisten. Ich erinnere nur an den Eisenbahnerstreik in Ungarn. Ich weiß sehr wohl, daß es eine große Gefahr wäre, wollten wir die Rekruten zum Widerstand auffordern, das würde dazu führen, daß ungezählte Jahre Jugendhaus und Gefängnis verhängt würden. Wohl aber müssen wir dafür sorgen, daß, wenn es einmal zu heftigen Zusammenstößen zwischen der gegenwärtigen Staatsgewalt und dem organisierten Proletariat kommt, sich die Staatsgewalt nicht mehr so stark fühlt, wie gegenwärtig, wo sie sicher ist, daß ihr die blindlings gehorchende Armee zur Verfügung steht. Ich weiß, daß unser Antrag insofern in Deutschland nicht den günstigen Boden hat, wie in andern Ländern, weil ein Glied in der Kette der Agitation noch fehlt, nämlich das Glied der socialdemokratischen Jugendorganisation. Aber wenn wir den Antrag annehmen, so werden wir auch in Deutschland Erfolge aufzuweisen haben. Es wird speziell die Aufgabe der Gewerkschaften sein, denen ja die jungen Leute angehören, auf sie einzuwirken. Offenlich wird der Antrag einen Impuls geben zu einer nachdrücklicheren Agitation gegen das Faustvolk des Kapitalismus, gegen den Militarismus. Ich bitte um seine Annahme.

Es läuft ein Antrag W. Fischer, Berlin-Freiwald-Bantow ein: Alle Anträge, die sich auf die Presse beziehen, darunter auch den Antrag 105, dem Parteivorstande zur Erwägung zu überweisen. (Webel: Das geht nicht für 105, das können wir unmöglich! — R. Fischer, Berlin: Laß mich nur machen!) Der Antrag wird genügend unterstützt.

Die Bedeutung der Kaufmannsgerichte für die Handlungsgehilfen.

Durch das am 1. Januar 1905 in Kraft tretende Gesetz, betreffend Kaufmannsgerichte, erfährt die Erledigung der Berufsstreitigkeiten der Handlungsgehilfen eine durchgreifende Aenderung. Die Handlungsgehilfen können ihre Klagen vor dem den Gewerbe gerichten nachgebildeten Kaufmannsgericht anbringen, das ihre Klagen rasch und billig erledigt. Der Hauptvorteil der Kaufmannsgerichte gegen den bisherigen Rechtsweg besteht aber darin, daß Handlungsgehilfen als Weisiger bei der Rechtsprechung mitwirken. Die Weisiger zu den Kaufmannsgerichten werden durch die Beteiligten selbst gewählt. Wahlberechtigt ist, wer das 25., wahlfähig, wer das 30. Lebensjahr überschritten hat. Die Wahlen müssen nach dem System der Verhältniswahlen vorgenommen werden. Diese Vorschrift soll den Handlungsgehilfen der verschiedensten Richtungen eine Vertretung sichern; inwiefern das möglich sein wird, werden die demnächst stattfindenden Wahlen zeigen.

Die durch den schmächtlichen Umfall der Rechten des Reichstags noch in letzter Stunde durchgebrachte Erhöhung des Wahlrechtsalters von 21 auf 25 Jahre und des Wahlfähigkeitsalters von 25 auf 30 Jahre hat zunächst fast die Hälfte der Handlungsgehilfen vom Wahlrecht ausgeschlossen. Mit den sozialen Fragen haben sich bisher fast nur die jüngeren Handlungsgehilfen beschäftigt; da die meisten von diesen noch nicht 25 Jahre alt sind, so sind sie auf die Wahl der Weisiger fast ohne Einfluß. Vollends unmöglich ist es diesen social thätigen Schichten, aus ihren Reihen Weisiger zu stellen. Es kann also leicht der Fall sein, daß die Anhänger der alten kaufmännlichen Vereine bei den Wahlen den Ausschlag geben werden. Und das kann für die Fortführung der Socialreform im Handelsgewerbe von großem Nachteil sein.

Die Kaufmannsgerichte haben das Recht, Gutachten und Anträge über Fragen, welche das kaufmännische Dienstverhältnis betreffen, an die Behörden und gesetzgebenden Körperschaften zu richten. Da sich diese Anträge auch auf Fragen des Lebenschlusses, der Sonntagsruhe, Ueberwachung der Schutzgesetze usw. erstrecken können, so kann diese

Bestimmung in den Händen social fortgeschrittener Weisiger zum Nutzen für die Gesamtheit der kaufmännischen Angestellten ausschlagen. Wenn aber die Weisiger aus den Reihen der alten social rückständigen Vereine hervorgehen, so ist sehr zu befürchten, daß diese Elemente die rückständigen Ansichten der alten Vereine in den Anträgen zum Ausdruck bringen werden. Die Gutachten und Anträge, die solche Weisiger ausarbeiten würden, würden wohl den Interessen der Prinzipale entsprechen, denen der Weisiger aber stracks zuwiderlaufen. Die Gegner einer Socialreform würden mit Behagen solche gefühlensindliche Gutachten und Anträge für ihre rückwärtigen Bestrebungen ausnützen. Jeglicher Fortschritt der Socialreform könnte gehemmt werden. Diese drohende Gefahr gilt es abzumenden.

Auch bei der Funktion als Einigungsamt könnten die aus den Reihen der alten Vereine hervorgegangenen Weisiger ihren Standpunkt: Harmonie der Interessen unter allen Umständen, zu Ungunsten der Handlungsgehilfen geltend machen. Es ist also durchaus nicht gleichgültig, welche Weisiger gewählt werden.

Die Kaufmannsgerichte stellen die Handlungsgehilfen vor neue Aufgaben. Vor den ordentlichen Gerichten konnte sich jeder durch einen rechtskundigen Prozeßvollmächtigten vertreten lassen. Vor dem Kaufmannsgericht ist eine geschäftsmäßige Vertretung nicht gestattet; hier muß jeder in der Regel seine Sache selbst führen. Wer da über seine geschäftlichen Rechte nicht informiert ist, kann leicht zu Schäden kommen. Wesestunde ist unter den Handlungsgehilfen noch wenig verbreitet, die Kaufmannsgerichte zwingen aber zum Studium der Gesetze. Auffklärung über die geschäftlichen Rechte kann niemand besser geben, als die Berufsorganisation; sich ihr anschließen, liegt schon allein deswegen im Interesse der Handlungsgehilfen. Dann wird eine starke Organisation auch die Gefahr beseitigen können, daß die Kaufmannsgerichte mit gefühlensindlichen Weisiger besetzt werden.

Von den Kaufmannsgerichten allein dürfen die Handlungsgehilfen alles Heil indessen nicht erwarten. Mit Anträgen und Gutachten werden die Weisiger im Handelsgewerbe nicht aus der Welt geschafft, dazu müssen die Handlungsgehilfen selbst Hand mit anlegen. Die beste Waffe zur Erringung von Fortschritten ist die gewerkschaftliche Organisation, sie zu stärken ist Pflicht aller, die für sich und ihre Berufsgenossen bessere Zustände herbeiführen wollen.

Leider muß konstatiert werden, daß der größte Teil der Handlungsgehilfen in unentschiedener Teilnahmslosigkeit dahinlebt und zum Besuche einer Versammlung, zum Lesen einer aufklärenden Schrift nicht zu bewegen ist. Nur durch mündliche Agitation können diese Gleichgültigen für die Gewerkschaft gewonnen werden. Wir hoffen, uns nicht vergeblich an die Solidarität der organisierten Arbeiterschaft zu wenden, wenn wir sie eruchen, die ihnen vertrauten und bekannnten Handlungsgehilfen auf den Ernst der Situation aufmerksam zu machen, und sie zum Beitritt zu der Gewerkschaft, dem Centralverband der Handlungsgehilfen und -Geheulenen Deutschlands, Eich Hamburg, zu veranlassen.

Der Centralverband nimmt alle Handelsangestellten ohne Unterschied auf. Für einen monatlichen Beitrag von 30 Pf. für weibliche und 1 M. für männliche Mitglieder gewährt der Centralverband Stellenlosenunterstützung auf die Dauer von 8 Wochen, Rechtschutz usw., ferner wird die Verbandszeitung „Handlungsgehilfen-Blatt“ den Mitgliedern frei und unentgeltlich zugestellt. Agitationsmaterial, Eintrittskarte, Probenummern des Verbandsblattes sind erhältlich bei dem Verbandsvorsitzenden Max Josephsohn, Hamburg 1, Valentinsdamm 92, II; in Berlin im Bureau der Ortsverwaltung Berlin, Neue Friedrichstraße 20, I.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Diez Verlag) ist uns zugehen die Nr. 20 des 14. Jahrganges eingegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervorgehoben: Zum Parteitag in Bremen. — Zur Schulfrage. Von Anna Gregor-Greif. — Bericht der Vertrauensdelegation der Genossinnen Deutschlands von Anfang August 1903 bis Ende Juli 1904. (Schluß). — Von der sozialen Frage. Von Julian Borchardt. — Der bedeutende ordentliche Verbandstag der Fabrikarbeiter. Von Luise Jell. — Aus der Bewegung. — Familien: Gefordertes Künstlerleben. Von Lu. Warten. Charlottenburg. (Schluß). — Notizen: Weibliche Fabrikinspektoren. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zum italienischen Generalstreik.

Paris, 19. September. (V. G.) Der Korrespondent des „Journal“ telegraphiert über Nizza folgendes aus Rom: Der Ministerrat beschloß, die zweite Reserve unter die Fahne zu berufen, um mit diesen Truppen in den durch den Streik bedrohten Städten die Ordnung aufrecht zu erhalten. Der Ministerpräsident hat seine Reise nach Nacconigi vertagt. In Porto Nuovo wurden viele Eisenbahnzüge angehalten, sogar Kinder warfen sich vor die Maschinen. Es kam zu Straßentumulten, wobei der 42jährige Arbeiter Barollo von Polizei-Agenten getötet wurde. Die Kspohelen wurden von der Genarmee besetzt, um die Medikamente für die zahlreichen Verwundeten bei den Straßentumulten vor der Vernichtung zu schützen; die Menge griff die Genarmee mit Steinen und Revolvern an. Bei dem Gedränge wurde ein Arbeiter totgeschlagen. Zahlreiche Fahnen, die anlässlich der Geburt des Thronfolgers ausgehängen, wurden von der aufgeregten Menge zerrissen. In Genua brangen die Ausständigen in den Bahnhof und verhinderten die Abfahrt der Züge. In Rivarcello wurden die Eisenbahnstrecken streckenweit aufgerissen, so daß der Eisenbahnverkehr unterbrochen wurde. In Mailand feiern sämtliche Eisenbahnangestellten. In Genua durchziehen die Streikenden die Straßen. Der Dampferdienst ist eingestellt worden. — Der Bürgermeister hat infolge der jetzigen zahlreichen Niedermegungen die öffentlichen Lustbarkeiten zum Zeichen der Trauer verboten. Die Arbeiterbörse hat den Mitgliedern schwarz umrandete Aufträge überreichen lassen, hiermit zum Ausstand auffordernd. — Der Streik ist in den großen Städten mit Ausnahme Mailands beigelegt. — Der Abgeordnete Gerardo Richard, der auf der Fahrt nach Rom zum Freimaurer-Kongress begriffen war, telegraphiert seinem Blatt „Pettit Republicain“, daß er mit zahlreichen andern Reisenden nach Nizza zurückkehren mußte, da der Zug entgleist war.

Mailand, 19. September. Die Streikbewegung ist im Abflauen begriffen. In Turin wurde die Arbeit wieder aufgenommen. In Mailand sind die Läden teilweise wieder geöffnet. Der auf einigen Eisenbahnlinien unterbrochene Verkehr ist wieder aufgenommen worden. Tritt nichts Unvorhergesehenes ein, so dürfte die Sache in Frieden ausgehen.

Bern, 19. September. (V. G.) Der Bundesrat wird sich in der morgigen Sitzung mit den schweizerisch-österreichisch-ungarischen Handelsabmachungen befassen. Falls zwischen Deutschland und der Schweiz ein neuer Handelsvertrag zu Stande kommt, kann die Schweiz den gegenwärtigen Vertrag mit Österreich-Ungarn nicht fortbestehen lassen.

Budapest, 19. September. (V. G.) Der von Arad abgegangene Personenzug entgleiste bei Remet-Szaso. Er stürzte einen 14 Meter hohen Bahndamm hinab, wobei zwei Bahnbeamte und neun Passagiere leicht verwundet wurden.

Lugano, 19. September. (V. L. V.) Nach einer hier abgehaltenen Protestversammlung italienischer Socialisten gegen das Ministerium Giolitti zog ein Trupp von 50 Personen vor das italienische Konsulat, riß das Konsulatswappen ab und warf es in den See.

Parteitag der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bremen, 18. September 1904.

Heute abend tritt hier im großen Saale des „Kasino“ der deutsche Parteitag zusammen, der fünfzehnte seit Fortfall des Socialistenkongresses. Die Bremer Genossen haben es vortrefflich verstanden, dem Kongress eine würdige Stätte zu bereiten. Ein mächtiges Schiff, das von grünen Laubgewinden und roten Fächern umrahmt ist, während ein großes Banner in den Bremer Stadtfarben: rot und weiß darüber weht, verkündet über dem Hauptportale, daß hier der Parteitag der socialdemokratischen Partei Deutschlands seine Beratungen abhalten wird. In dem Flur, der zum Saale führt, grüßt von rotem Postamente die Wüste Liebnichts, eine Arbeit des Berliner Bildhauers May. Der mächtige Saal selber hat socialistische Schmuck angelegt. An den Säulen, die die Galerie tragen, sind fünfzig prächtige Gewerkschaftsfahnen in Gruppen zu zwei und drei angebracht. Socialistische Inschriften in Goldbuchstaben auf roten Grunde laufen um den Balkon der Galerie herum, während in seinen Mittelfeldern auf Schildern die Namen der bisherigen Parteitage verzeichnet sind. An der einen Seite des Saales erhebt sich aus immergrünen Gewächsen eine eindrucksvolle Gruppe: die Kolossalstatue der Freiheit und darunter die Wägen von Lassalle, Engels und Karl Marx. Für das Bureau ist die breite Bühne bestimmt, während die Redner von der Tribüne davor, die zwischen den Tischen für die Presse steht, sprechen werden. Die Delegierten — es sind über dreihundert — sind an breiten bequemen Tischen untergebracht, die in sechs in der Mitte geteilten Längsreihen das Parterre des Saales füllen. Die Räume unter der Galerie sind heute für die Zuschauer freigegeben, während sie an den übrigen Tagen frei bleiben sollen. Eine dicht gedrängte Menge, die Bremer Parteigenossen und Genossinnen, füllt sie heute und die Galerie, die etwa tausend Zuhörern Platz bietet.

Männergesang leitet um 7 Uhr die Eröffnung des Parteitages ein. Ein freier Chor, der sich aus allen Arbeitergesangsvereinen Bremens gebildet hat, bringt Emanuel Wurm's Heiligensang und die Politische Internationale in Franz Diederich's Uebersetzung zum Vortrag. Lebhafter Beifall dankt den Sängern. Dann tritt, von stürmischem Beifall begrüßt, der Vertreter der bremischen Socialdemokratie im Reichstages

Schmalefeldt

Die Rednertribüne und heißt die Parteigenossen im Namen des Bremer Lokalkomitees herzlich willkommen. Die Bremer werden es sich angelegen sein lassen, den Delegierten den Aufenthalt so angenehm als möglich zu machen. Auch in Bremen ist früh die Fahne des Socialismus entfaltet worden. Ein einfacher Tischlergeselle, der aus Hamburg hierher gekommen war, Dedewitz mit Namen, hat zuerst den Samen des Socialismus hier ausgesäet; im April 1864 wurde er durch einen eigenhändig von Lassalle, jenen unvergleichlichen Agitator und Organisator, unterzeichneten Brief zum Vorkämpfer und Bevollmächtigten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins ernannt. Die Bremer Parteigenossen haben stets schwer zu kämpfen gehabt, einerseits gegen ein übermächtiges, fast übermächtiges Großkapital, andererseits gegen die damals noch rückständigen in Schlepptou der bürgerlichen Parteien sich befindenden Arbeiterklasse. Außerst schwer war der Kampf auch deshalb, weil man stets mit Erfolg versuchte, den sogenannten Lokalpatriotismus unter den Bremern zu hegen und zu pflegen. Alles, was von auswärts kam, wurde in Acht und Bann gehalten, bei den Bremer Großkaufleuten stand das Wort in Geltung: „Ausländer, Fremde sind es zumeist, die unter uns gefüt den Geist der Rebellion.“ Und noch bis auf den heutigen Tag wird jeder, der über das Weichbild Bremens hinaus geboren ist, als Ausländer betrachtet und entsprechend behandelt. Im Jahre 1896 wurde ein einfacher Arbeiter Heinrich Steinert deshalb aus Bremen ausgewiesen, weil er nach der Katastrophe der „Elbe“ versucht hatte, die vorhandenen Schäden aufzudecken und Bebel das Material zu übermitteln. Wegen dieses Kapitalverbrechens mußte er die Grenzen Bremens verlassen. Kurz darauf, im Jahre 1899, wurde ein Maurer ausgewiesen, der es gewagt hatte, mit seinen Kollegen Schuler an Schuler gegen das Großkapital zu kämpfen. Aber trotz allen Machinationen ist es nicht geglückt, unsere Bewegung nieder zu halten. Mit bewundernswürdiger Zähigkeit haben die Bremer Genossen die Maulwurfsarbeit verrichtet und sind allmählich zu einer derartigen Macht angewachsen, daß der bremische Wahlkreis jetzt einen socialistischen Abgeordneten hat. Schon 1890 wurde ein socialdemokratischer Abgeordneter gewählt, Julius Bruns. Das war aber mehr eine Zufallswahl. Damals war der Liberalismus noch gespalten und aus diesem Grunde siegte Bruns. Als darauf die Großkaufmannschaft einfiel, was auf dem Spiele stand, und uns daher 1893 als vereinigte liberale Partei gegenübertrat, wurde uns der Wahlkreis wieder entzogen. 1898 zeigte sich, daß wir große Fortschritte gemacht hatten; wir waren von 14 000 auf 19 600 Stimmen gestiegen. Trotzdem siegte Frese mit über 20 000 Stimmen über uns. 1903 endlich war es uns vergönnt, das Bremer Mandat zurückzuerobern. Mit 25 000 Stimmen schlugen wir den Gegner, der 23 000 Stimmen erhielt. Und diesmal haben wir — die Versicherung gebe ich Ihnen — den Wahlkreis für immer an uns gerissen. (Beifall.) Denn alles, was die Gegner gegen uns ins Feld führen konnten, haben sie ins Feld geführt, und deshalb werden sie jetzt den Wahlkreis nicht mehr zurückerobern.

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Der Parteitag hat große Aufgaben zu erfüllen, und wir sind uns alle bewußt, daß die gesamte Arbeiterchaft auf uns blickt. Die große Zahl der vorliegenden Anträge beweist die außerordentliche geistige Regsamkeit der Genossen. Mögen die Gemüter die und da etwas aufeinanderplayen, so wollen wir doch stets eingedenk sein, daß wir alle das Beste wollen, daß wir im Prinzip alle einig sind. In den Grundprinzipien sind wir alle einig und diese Einigkeit besteht darin, daß wir Schuler an Schuler kämpfen, um den Gegner zur Strecke zu bringen, um den Socialismus zum Siege zu führen (Beifall), der, wenn er siegt, den Völkern Freiheit und den Weltfrieden bringt. In diesem Sinne heiße ich Sie nochmals herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.) Das Wort ergreift nunmehr

Bebel

(mit stürmischem Hochrufen und minutenlangem Beifall begrüßt): Parteigenossen! Es ist mir von der Parteileitung der ehrenvolle Auftrag geworden, auf die herliche Begrüßung, welche uns soeben Genosse Schmalefeldt im Namen der Bremer Parteigenossen zugerufen hat, in Ihrer aller Namen auf das herzlichste zu danken. Wir sind gewiß alle gern nach Bremen gekommen, wir waren überzeugt, daß die Bremer Genossen alles, was in ihren Kräften steht, ausbieten werden, um uns die Tage, die wir hier in erster Arbeit zu verbringen haben, so angenehm wie möglich zu machen. Ich glaube, wenn es eines Beweises dafür bedarf, daß ihnen diese Aufgabe schon bis jetzt in hohem Grade gelungen ist, dann zeigen Ihnen das prächtige Lokal und seine glänzende Ausschmückung sowie das ganze Arrangement, daß unsere Bremer Genossen diese ihre Aufgabe zu unserer aller Zufriedenheit gelöst haben. Genosse Schmalefeldt hat recht: es stehen große Arbeiten bevor, Arbeiten, in denen die Geister nach mancher Richtung vielleicht differieren und aufeinanderplayen werden. Aber wir sind überzeugt, daß wie bisher noch immer so auch die diesmaligen Beratungen zum Teil und zum Vorteil der Partei ausfallen werden. Wir haben auf dem vorigen Parteitage in Dresden Debatten gehabt, wie sie kaum jemals auf einem deutschen Parteitage stattgefunden haben, wenn wir von jener Periode absehen, wo wir noch gespalten waren und uns auf das heftigste gegenseitig bekämpften. Wir sind scharf aneinander geraten. Unsere Gegner schloßen aus jenen Kämpfen die Hoffnung, jetzt sei der

Moment gekommen, wo in der deutschen Socialdemokratie endlich der große, längst erhoffte und ersehnte Krach eintreten werde. Der Krach ist nicht eingetreten und er wird auch nicht eintreten, davon bin ich fest überzeugt. Wir haben uns damals gründlich ausgesprochen, wir werden uns in diesen Tagen wieder aussprechen. So lange wie wir Parteitage abhalten, wird es immer vorkommen, daß Meinungsverschiedenheiten eintreten, einmal ernster, einmal milderer Art. Aber davon sind wir alle überzeugt, daß, wie immer diese Meinungsverschiedenheiten sich geltend zu machen suchen, schließlich doch immer der Grundgedanke obwaltet, dem Festen der Allgemeinheit, der Partei zu dienen. Wir werden aber nicht allein innerhalb dieses Parteitages, sondern wir werden auch in der späteren Zeit harte und schwere Kämpfe zu bestehen haben. Der Genosse Schmalefeldt sowohl wie das Völklein, das uns die Bremer Parteigenossen als Gruß zu diesem Parteitage eingehändigt haben, hat uns darüber belehrt, welche geschichtlichen Vorgänge im Laufe der vier Jahrzehnte, seitdem in Bremen eine socialdemokratische Partei besteht, Bremen selbst durchgemacht hat. Man kann sagen, was uns jenes Völklein erzählt und was uns heute Schmalefeldt vorgetragen hat, ist im Kleinen die Geschichte der gesamten Partei. Allüberall Kämpfe schärfster Art, zeitweilig Niederlagen, aber dann ging es vorwärts, immer vorwärts, bis wir zu dem geworden sind, was wir heute sind, und es wird weiter vorwärts gehen, bis wir das geworden sind, was wir alle werden wollen: die Sieger über die bürgerliche Gesellschaft, die Sieger über den bürgerlichen Klassenstaat. (Bravo!) Und wie können wir uns in diesem Kampfe bessere Waffen wünschen als die, welche uns unsre Gegner Tag für Tag selber liefern, sie sind es ja, die uns die Waffen selbst schärfen, ohne es zu wollen. Was hat sich nicht alles in den letzten Monaten nach Schluß des Reichstages und noch während des Reichstages zugetragen, wodurch die öffentliche Meinung und speziell auch die Stimmung der Parteigenossen auf das allerhöchste beeinflusst wurden. Wir erbliden im Deutschen Reich fast überall retrograde, rückwärtige Bestrebungen, nirgends einen großen Zug, nirgends einen großen Gedanken, der in unsem Staatwesen nach Verwirklichung trachtet, überall heimliche Erbarmlichkeit, überall ein Streben, jedem Fortschritt entgegenzutreten in der Furcht, daß jeder Fortschritt der Socialdemokratie zu nahe kommen und der bürgerlichen Gesellschaft schaden werde. Wenn einst vor jetzt elf Jahren der Reichstagsler Graf Caprivi bei einer Rede unsem leider verstorbenen Freundes Karl Grollenberger bemerkte: die verblödeten Regierungen brachten keine Gesetzesvorlage ein, die sie nicht zuvor daraufhin geprüft hätten, welche Wirkung sie auf die Socialdemokratie ausübe, so können wir sagen, dies Programm wird bis heute und noch in viel höherem Grade als zu Caprivi's Zeiten in Deutschland exekutiert, und mit dem vorzüglichsten Erfolge für die Socialdemokratie. Was konnten wir nur z. B. als Partei besseres wünschen, als daß nach jenen großen Debatten im Deutschen Reichstages über den Ruffenkurs, wo das Vorgehen der Königsberger Staatsanwaltschaft vom Reichstagsler, vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, vom preussischen Justizminister auf das allerentschiedenste vertreten, als notwendig, als durch die Gesetze gerechtfertigt dargestellt wurde, dann der große Königsberger Prozeß ein Bedachsel für das offizielle Preussentum, für das offizielle Reich wurde, wie wir es und schöner und blamabler für diese Einrichtungen nicht wünschen konnten. (Sehr richtig!) Was alles seit jener Zeit auf den verschiedensten Gebieten geschehen ist, alles hat nur dazu beigetragen, der Socialdemokratie Wasser auf ihre Mühlen zu liefern. — Man versucht ja jetzt in verschiedenen deutschen Staaten Wahlsreformen einzuführen. Die Wahlsreform ist in Bayern seit Jahrzehnten eine brennende Frage; unsem Parteigenossen ist das Verdienst zuzuschreiben, daß sie unangesehnt geblieben sind, bis endlich die Mehrheit der Kammer die Regierung zur Vorlage eines Gegenentwurfs drängte. Dieser hat der letzten Kammer vorgelegen. Die Mehrheit hat denselben auch zur Annahme gebracht, aber da keine Zweidrittelmehrheit infolge der feigen, erbärmlichen Haltung des bayerischen Liberalismus zu Stande kam, ist anzunehmen, daß dieses Gesetz, wie die Verhandlungen der ersten Kammer gezeigt haben, nicht zur Verwirklichung kommen wird. Gewiß, das Centrum hat in Bayern für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts gestimmt. Aber Parteigenossen, es hat mich ganz besonders interessiert, daß am 11. September, jetzt vor einigen Tagen, in der großen Versammlung im Söden Saal, in Luitpoldenhallen, Herr v. Orterer, der Präsident der Kammer, einer der Führer des Centrum, eine Rede hielt, in der folgende schöne Stelle vorkam: „Von der Socialdemokratie trennt das Centrum eine ganze Weltanschauung, und die Zeit sei nicht mehr fern, wo es im Deutschen Reich nur einen großen Kampf geben werde zwischen der Socialdemokratie und den konservativen Parteien, vor allem dem Centrum. Dann werde die staatliche Autorität — das sagte er in Beziehung auf die bayerische Regierung — froh sein, wenn sie sich auf die große Masse der konservativen katholischen Männer stützen könne im Kampfe gegen das Banner des Aufwundes. Jetzt kämpft es — das seze ich hinzu — noch Hand in Hand mit denen, die das Banner des Aufwundes tragen (Sehr gut!), weil es hofft, mit ihrer Hilfe das allgemeine Stimmrecht zu erobern; nachher hofft man dann mit Hilfe der bayerischen Regierung eine Wahlkreiseinteilung zu erlangen, die für immer, wenigstens auf absehbarer Zeit, dem Centrum die Herrschaft in Bayern sichert. Das war ein sehr schönes Geständnis Orterers. Ich meine, wir haben keinen Grund, uns einschüchtern zu lassen. Wir haben bisher in allen schweren und großen Kämpfen mit unsem Gegnern gekämpft und können mit Sicherheit darauf rechnen, daß wird auch in Zukunft so bleiben, umso mehr, da alle Bedingungen im Deutschen Reich, die sozialen, wirtschaftlichen und politischen, mehr und mehr der Socialdemokratie in die Hände arbeiten. Wir haben neben dem Königsberger Prozeß ja den Prozeß im Saargebiet gehabt, wo sich der Gegenwärtigkeit des Grafen Sillow in seiner ganzen Schönheit und Herrlichkeit einmal gezeigt hat. Sie wissen ja, was für Sorge ihm der Zukunftsstaat im vorigen Jahre gemacht hat, — ich meine, jene Rede, die er im vorigen Dezember gegen unsre Fraktion gehalten hat, konnte gar nicht besser illustriert werden, als durch jenen famosen Prozeß im Saarrevier, der uns in der nächsten Session ausgiebiges Material zur entsprechenden Kritik geben wird. Weiter aber! Auch das Vorgehen gegen unsem Genossen Wernerstorfer im liberalen Rufersaale in Hesse, das gleiche Vorgehen nachher in Baden — alles das zeigt, daß wenn es einmal auch nur dem Schein nach ein wenig ernsthaft wird, selbst in jenen Staaten, die heute als vergleichsweise freisinnig gelten, sofort die Reaktion einsetzt und der Wind, der heute in Berlin weht, auch für sie maßgebend wird. Es ist ja nicht meine Aufgabe, eine Rede über die politische Situation hier zu halten, ich habe mir nur diese kurzen Andeutungen zu machen erlaubt, um zu zeigen, daß unsre Gegner, die ja auch diesen Verhandlungen mit der denkbar größten Aufmerksamkeit folgen, keine Ursache haben zu jubeln und daß wir am allerwenigsten Ursache haben, irgend etwas in Zukunft zu fürchten. (Beifall.)

Damit erkläre ich den Parteitag für eröffnet. Es ist nunmehr Ihre Aufgabe, ein Präsidium zu wählen. Es war bisher, ich möchte sagen, eine erbliche Würde (Heiterkeit), daß Singer auf allen Parteitagen seit Fall des Socialistenkongresses den Vorsitz führte. Leider ist, wie Sie wohl alle wissen, Genosse Singer erkrankt. Niemand behauptet das mehr als er selbst, aber auch wir alle bedauern auf das lebhafteste, daß er verhindert ist, in unserer Mitte zu erscheinen. (Zusimmung.) Noch ein zweiter Genosse, den wir bisher auf allen unsem Parteitagen gesehen haben, Genosse Auer, ist leider infolge seiner Erkrankung nicht in der Lage, hierher zu kommen; seine Absicht war es allerdings, aber sein Arzt, seine Familie und seine

Freunde haben ihm auf das allerdringendste geraten, die vergleichsweise günstigen Fortschritte, die zu aller unserer Freude sein Gesundheitszustand in den letzten Monaten gemacht hat, nicht wieder dadurch in Frage zu stellen, daß er den Verhandlungen hier beizuhöhen. Diesen Wünschen hat er Rechnung getragen. Ich glaube aber die Hoffnung aussprechen zu können, daß sowohl Singer als auch Auer in nicht allzuferner Zeit wieder ihre vollen Kräfte der Partei zur Verfügung zu stellen in der Lage sein werden. (Beifall.)

Auf Vorschlag von Frau-Königsberg werden hierauf Dieh-Stuttgart und Ebert-Bremen zu Vorkämpfern mit gleichen Rechten gewählt. Die Wahl erfolgt einstimmig.

Dies übernimmt den Vorsitz: Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie uns durch die Wahl erwiesen haben. Wir versprechen Ihnen, die Verhandlungen unparteiisch zu leiten, wir bitten aber auch um Ihre Unterstützung und wenn wir mal einen Fehler begehen sollten — Sie sind ja durch den langjährigen Vorsitz von Singer verwöhnt worden (Heiterkeit) — um gütige Nachsicht. Ich bin fest überzeugt, daß der gute Geist, der bisher stets über unsem Verhandlungen geschwebt hat, auch diesmal uns treu bleiben wird. Vor kurzem hat der Reichstagsler unserer Partei das Zeugnis ausgestellt: Agitation, Organisation und Opferfreudigkeit. Hoffentlich wird das in Zukunft nicht nur so bleiben, sondern noch wesentlich besser werden. Wir werden bemüht sein, gerade in diesen Tugenden uns zu verbessern, damit es uns endlich gelingt, die alte morisch gewordene Gesellschaftsordnung zu beseitigen und eine bessere, höhere an ihre Stelle zu setzen. (Beifall.)

Zu Schriftführern werden auf Vorschlag von Buder-Korff gewählt: Jucht-Berlin, Schmidt-München, Präusein-Baader-Berlin, Dörnte-Gomober, Lehmann-Mannheim, Wasner-Stuttgart, Beder-Dortmund, Illenbaum-Eberfeld und Feldmann-Langenbielan.

In die Mandatsprüfungskommission entsendet der Parteitag auf Vorschlag von Straßmeier-Essen die Delegierten: Braun-Königsberg, Freythal-Berlin, Reidel-Birmasens, Krieter-München, Fischer-Seiffemersdorf, Hofrichter-Köln, Dätwell-Dortmund, Frau Dieh-Hamburg und Leopold-Reg.

Der Parteitag schreitet zur Festsetzung der Geschäftsordnung.

Dies: Es liegt ein Entwurf zu einer Geschäftsordnung vor. Diese Geschäftsordnung hat 14mal ihren guten Dienst getan, so daß wir vielleicht gut thun würden, sie ohne Debatte anzunehmen. Allerdings ist hierzu der Antrag 1 gestellt. Aber vielleicht wird es genügen, wenn ich erkläre, daß die Zeitung des Parteitages genau so verfahren wird, wie es in dem Antrag vorgeschlagen ist. Wir werden durch diese Erklärung wohl die Jungfräulichkeit unserer Geschäftsordnung schätzen. (Große Heiterkeit.)

Straßmeier-Essen: Nach dieser Erklärung des Genossen Dieh ziehen wir unsem Antrag zurück.

Hierauf wird die vorgeschlagene Geschäftsordnung en bloc unverändert angenommen.

Die Dauer der täglichen Sitzungen wird auf 9 bis 1 und 3 bis 7 Uhr festgelegt.

Es folgt die Festsetzung der Tagesordnung.

Die provisorische Tagesordnung, die der Parteivorstand vorschlägt, lautet: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes. Berichterstatter: Pfannkuch und Gerisch. 2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: Reiser. 3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: Ledebour. 4. Ruffener. Berichterstatter: R. Fischer. 5. Kommunalpolitik. Berichterstatter: Lindemann. 6. Der internationale Kongress in Amsterdam. Berichterstatter: Bebel. 7. Organisation. Berichterstatter: Gerisch. 8. Sonstige Anträge. 9. Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes des nächsten Parteitages.

Hierzu liegen die Anträge 2 bis 8 vor.

Vorsitzender Dieh stellt die Unterstützungsfrage.

Die Anträge 2, 4, 6, 7, die auf die Tagesordnung gesetzt haben wollen: Die Alkoholfrage, Koalitionsrecht und Partelle, das Wahlrecht in den einzelnen Bundesstaaten, die politischen Zustände in Deutschland (mit Bebel als Referenten), finden nicht die nötige Unterstützung.

Antrag 5: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Der Ruffenkurs in Deutschland und die politische Lage“ wird von den Antragstellern (Dortmund) zurückgezogen, nachdem der Vorsitzende sie darauf aufmerksam gemacht, daß sie bei der Behandlung der Anträge 106 und 107 (Königsberg und Ostbavelland) voraussichtlich zu ihrem Recht kommen würden.

Antrag 8 (Dresden A, Breslau, Essen, Jena, Eberfeld und Hamburg), der verlangt, die Organisationsfrage als Punkt 4 auf die Tagesordnung zu setzen, ist genügend schriftlich unterstützt.

Antrag 3 (Berlin, Rieder-Barnim, Varmen, Eberfeld, Bremen, Dortmund, Kattowich, Magdeburg, Rudenwalde, dritter sächsischer Wahlkreis, Offenbach, Potsdam, Spandau, Arnswalde, Stettin und Teltow-Deestow) will auf die Tagesordnung gestellt haben: Die Schulfrage.

Ueber diesen Antrag wird zunächst verhandelt:

Beider-Berlin: Wenn wir uns die Tagesordnung ansehen, so müssen wir finden, daß in ihr ein Punkt fehlt, der die Parteigenossen im Lande zum Kampfe aufreißt und sie begeistert. Fast alle Punkte der Tagesordnung sind mehr geschäftlicher Natur. Auch die Erörterung unsem kommunalpolitischen Programms wird diesem Mangel nicht ganz abhelfen. Deshalb beantragen wir die Schulfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Der Kampf gegen die Volksschule, den die Konservativen, das Centrum und die nationalliberale Partei gegenwärtig führen, ist eine der wichtigsten Angelegenheiten der inneren Politik. Es ist um so notwendiger für uns, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, als die Jungnationalliberalen und die Freisinnige Bereinigung sich über die Schulfrage bereits geäußert haben, freilich nicht so, daß die große Masse der Bevölkerung damit zu frieden sein könnte. Die Schulfrage ist brennend. Aller Wahrheitsliebe nach wird dem Landtage noch in der laufenden Session ein reaktionäres Schulgesetz vorgelegt werden. Aus dem preussischen Landtage sind durch das eide Wahlgesetz die Vertreter des Proletariats verbannt und können dort nicht unsem Standpunkt vertreten. Da bleibt uns nichts weiter übrig, auf unsem Parteitagen zur Schulfrage Stellung zu nehmen. Natürlich muß zur Behandlung eines solchen Themas ein Referent vorhanden sein; wir schlagen Ihnen hierzu den Genossen Dr. Kronen vor. Wir wünschen, daß die Schulfrage als Punkt 5 vor der Kommunalpolitik verhandelt wird, sowie der Staat der Gemeinde vorangeht. Es gilt für unsem Kampf gegen die reaktionären Anschläge auf die Schule eine feste Richtschnur zu geben. Das wird nicht allzuviel Zeit in Anspruch nehmen. Mit allem Nachdruck müssen wir die Forderung unsem Programms erheben: Trennung der Schule von der Kirche. (Bravo!)

Geyer: Ich rate Ihnen, die so reichhaltige Tagesordnung nicht noch durch einen neuen Punkt zu belasten. Besonders wenn wir die Beratung der Schulfrage als Punkt 5 einschließen, würden die übrigen Punkte der Tagesordnung darunter leiden müssen. Ich war erstaunt, als ich in der Presse die Meinung las, die Partei müsse in der Schulfrage Stellung nehmen. Das ist durch das Parteiprogramm bereits geschehen, das die Stellung der Partei zu diesen Fragen so klar festlegt, daß besondere Erörterungen nicht notwendig sind. Ich gebe zu, daß durch die Aufrollung der Schulfrage in Preußen die preussischen Genossen in eine besondere Erregung versetzt sind. Aber principieell müssen die preussischen Genossen, wie sie in dieser Frage zu handeln haben. Es könnte sich hier nur darum handeln festzustellen, welche Taktik die preussischen Genossen im Kampfe gegen die Reaktion hinsichtlich der Schulfrage einnehmen sollen. Auch das brauchen wir, glaube ich, hier nicht festzustellen. Denn den tatsächlichen Kampf werden sie gründlich erst aufnehmen können, wenn sie wissen, was

Die Reaktion auf dem Gebiete der Schule ihnen bieten wird. Dann wird sich schon zeigen, wie sie zu handeln haben. Außerdem können die preussischen Parteigenossen ja in einer besonderen Konvention sich über ihre Stellung in diesem Kampfe schlüssig werden. Diese Konvention könnte gleich im Anschluß an den Parteitag oder später stattfinden. Der Vorredner führte an, daß die preussischen Liberalen bereits Stellung genommen hätten. Wenn damit gegriegt sein sollte, daß die preussischen Genossen erst durch die Liberalen zur Stellungnahme hätten angeporrt werden müssen, so würde ich das für verfehlt halten. Denn die Socialdemokratie muß allen andern Parteien vorangehen, wenn es gilt, die Streiche der Reaktion zu bekämpfen. (Bravo!)

Bebel: Ich habe bereits in der „Neuen Zeit“ zu dem Antrage Stellung genommen und kann mich daher kurz fassen. Auch ich meine, daß wir die Tagesordnung nicht weiter belasten sollen. Es ist dringender wünschbar, daß diesmal weit gründlicher als sonst die aus der Mitte der Genossen hervorgegangenen Anträge behandelt werden. Ich bin noch aus einem andern Grunde gegen den Antrag. Es kann sich hier ja nicht darum handeln, eine taktische Entscheidung etwa über unser Verhalten im Lande zu treffen. Die Frage kann hier nur programmatisch behandelt werden. Die Debatte würde sich nicht auf die eigentliche Schulfrage beschränken, sondern die ganze Bildungsfrage berühren. Das ist eine Angelegenheit, die die Partei allerdings in höchstem Maße interessiert, und ich halte es für sehr wünschbar, daß eine solche Diskussion stattfindet. Ich glaube aber, daß wir diesmal keine Zeit dazu haben, da sonst die andern Gegenstände zu kurz kommen würden. Und speziell die Kommunalpolitik hat, nachdem wir sie schon vor zwei Jahren erörtert haben, ein Recht darauf, jetzt erledigt zu werden. Auch ich bin der Meinung, daß die preussischen Genossen ja eine besondere Konferenz einberufen können, wenn sie das Bedürfnis haben, sich über die Schulfrage auszusprechen. Im übrigen glaube ich, daß andre Gegenstände, besonders die Kanalvorlage, so lange Zeit in preussischen Landtage beanspruchen werden, daß der Schulentwurf kaum noch zur Erledigung kommen wird. Ich habe wahrhaftig eine sehr geringe Meinung von den Liberalen, aber das glaube ich doch, daß sie, mögen sie wollen oder nicht, diesen Entwurf bekämpfen müssen, genau so wie den Jeddyschen Entwurf von 1891. Der Entwurf dürfte — das ist meine Überzeugung, man kann ja irren — unter keinen Umständen im kommenden Winter erledigt werden. Die Erörterung würde also auf dem nächsten Parteitag noch rechtzeitig genug kommen. Auch deshalb bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Klara Zetkin: Auch ich möchte Sie dringend auffordern, die Tagesordnung nicht durch Aufnahme des Punktes Schulfrage noch mehr zu belasten, und zwar nicht nur aus den bereits angeführten Gründen, denen ich mich voll anschließe, sondern noch aus einem andern: Die Schulfrage bedeutet heute nationale Erziehungsfrage. Das ist bedingt durch die Entwicklung der Pädagogik einerseits, welche den Unterricht immer mehr zum erzieherischen Unterricht macht, und durch die Entwicklung der sozialen Verhältnisse andererseits, welche für immer größere Schichten der Bevölkerung, und zwar nicht nur des Proletariats, sondern aller Klassen, die Möglichkeit zur Erziehung der Kinder im Heim immer mehr einengt und immer mehr die Schulanstalten zu Erziehungsanstalten werden läßt. Wenn die Socialdemokratie sich mit dieser nationalen Erziehungsfrage befaßt, so bedeutet das nichts andres als die Verpflichtung, diese hochbedeutende Frage, die Frage unserer Zukunft, die die Zukunft der Menschheit ist, in ihrer ganzen Tiefe und Breite aufzurotzen und in aller Gründlichkeit zu erörtern. Das kann nicht nebenbei und zwischendurch geschehen. Wenn man das Bedürfnis fühlt, gegen die Verfassungskommission auf dem Gebiete der Schule Stellung zu nehmen, so genügt es, das in einer scharfen Resolution zu thun und im übrigen die Behandlung der Schulfrage, die ich sehr begrüßen würde, auf ein künftiges Jahr, vielleicht das nächste, zu verschieben. Dann können die Genossen im Lande vorher über diese schwierigen, komplizierten Probleme eingehend aufgeklärt werden, und wenn wir dann die Frage hier in dieser weitestgehenden Weise behandeln, so bin ich überzeugt, daß wir mit dieser Verhandlung eine gewaltige werbende Kraft auch auf Schichten einwirken werden, die außerhalb des Proletariats stehen, weil dann mit überzeugender Macht die Thatsache in die Erscheinung treten wird, daß die Socialdemokratie nicht nur für die Lösung der Fragen kämpft, sondern der Kulturfragen der ganzen Menschheit. (Lebhafter Beifall.)

Freihaller-Berlin: Ich kann die Gründe von Geher nicht unwidersprochen lassen. Geheiß ist unsere Stellung zur Schulfrage schon im Programm festgelegt, aber die Einzelheiten sind doch im Programm nicht erschöpfend behandelt. Wenn dieser Grund maßgebend wäre, dann bräuchten wir ja zu keiner Frage Stellung zu nehmen. Allerdings hat der Begründer unseres Antrages die preussischen Verhältnisse etwas sehr in den Vordergrund gerückt, und infolge dessen hat Geher gemeint, die preussischen Genossen werden ja selbst wissen, was sie zu thun haben. Aber es giebt Bundesstaaten, in denen es um die Schulfrage noch schlechter bestellt ist als in Preußen. Wenn gesagt ist, daß durch Annahme unseres Antrages andre Punkte zu kurz kommen würden, z. B. die Kommunalpolitik, so weise ich darauf hin, daß durch die Behandlung der Schulfrage für ein gut Teil kommunaler Fragen Klarheit geschaffen wird. Daß eine große Zahl von Anträgen gestellt sind, ist richtig, aber viele dieser Anträge beschäftigen sich mit der Organisationsfrage und decken sich zum Teil. Die Organisationsfrage aber wird so erledigt werden, daß sie den Parteitag nicht in dem Umfang beschäftigen wird, wie es der eine oder der andre glaubt. Ich bitte Sie deshalb, unserem Antrage zuzustimmen.

Hiermit schließt die Debatte.

Der Antrag 8 wird abgelehnt.

Den Antrag 8 begründet

Klubs-Breslau: In der Presse und in den Versammlungen haben die Anträge zur Organisationsfrage eine große Rolle gespielt. Ich bitte Sie, damit diese Frage nicht zu kurz kommt, die Tagesordnung umzustellen und die Organisationsfrage als Punkt 4 zu verhandeln. Vielleicht könnte man auch die Meißener hinter den Punkt Kommunalpolitik setzen.

Bühler-Gen: Die große Zahl der Anträge beweist, daß die Genossen in ganz Deutschland eine eingehende Diskussion der Organisationsfrage wünschen. Die Meinung der Genossen, namentlich derer, welche praktisch thätig sind, kann aber nicht zum Ausdruck kommen, wenn dieser Punkt erst an siebenter Stelle behandelt wird. Deshalb ersuche ich um Annahme des Antrages.

Pfannkuch: Nachdem der Parteitag beschlossen hat, die Schulfrage nicht zu beraten, brauchen wir eine Umstellung der Tagesordnung nicht vorzunehmen. Die Organisationsfrage wird zu ihrem Rechte kommen, und außerdem hat der Parteitag es ja in der Hand, wenn die vorangehenden Punkte über Gebühr unsere Zeit in Anspruch nehmen sollten, die Debatten abzukürzen, oder auch, wenn alle Stränge reihen, noch etwas über die sonst übliche Zeit hinaus so lange zu tagen, bis die Organisationsfrage geklärt und sprechreif ist. Ich glaube, daß wir, wenn wir die Tagesordnung unverändert lassen, allen gerecht werden.

Damit schließt die Debatte. Antrag 8 wird abgelehnt.

Die Tagesordnung lautet also:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes. Berichterstatter: W. Pfannkuch, A. Gerich.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: H. Meißner.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: G. Ledebour.
4. Organisation. Berichterstatter: A. Gerich.
5. Meißener. Berichterstatter: H. Fischer.
6. Kommunalpolitik. Berichterstatter: H. Lindemann.
7. Der internationale Kongreß in Amsterdam. Berichterstatter: A. Bebel.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes des nächsten Parteitages.

Pfannkuch: Die Bremer Genossen haben in ihrer Liebenswürdigkeit für Donnerstag einen Ausflug nach der Insel Helgoland geplant. Selbstverständlich konnten sie ihre Arrangements nicht endgültig treffen, denn der Parteitag ist ja souverän und hat selbst darüber zu bestimmen, ob er die Einladung zur Dampferfahrt annehmen will oder nicht. Nun bin ich ja selbstverständlich darauf gefaßt, daß diejenigen, die der Meinung sind, es könne nicht genug Arbeit geleistet werden, nicht damit einverstanden sein werden, daß der Donnerstag der Erholung gewidmet wird, um so mehr, da es sich um Arbeiten im Dienste der Partei handelt. Auch der Parteivorstand konnte natürlich keine definitive Stellung zu dem Vorschlage der Bremer Genossen nehmen. Meiner Meinung nach könnte es denjenigen, denen Strapaz darüber aufstehen, ob sie einen Tag der Erholung widmen dürfen, zur Bewusstseinsbildung dienen, daß sie sich sagen: Wenn wir in 5 Tagen unser Benium nicht erledigen, haben wir ja schließlich auch noch den Sonntag für uns. (Sehr gut!) Ich kann Sie nur bitten, dem Vorschlag der Bremer Genossen zuzustimmen.

Wir fahren von hier per Bahn nicht nach Bremerhaven, sondern nach Nordenham. Die preussische Eisenbahnverwaltung wollte nicht die Kulanz üben und dem Parteitag einen Extrazug zur Verfügung stellen. (Hört! hört!)

Die oldenburgische Regierung ist weitherzig. Wir sind daher angewiesen auf das Entgegenkommen der Eisenbahnverwaltung des Großherzogtums Oldenburg. Der Preis für die Fahrt von Bremen nach Nordenham und zurück beträgt 3 M. pro Person. Diesen Betrag haben die Delegierten aus ihrem eignen Portemonnaie zu bestreiten, während die Dampferfahrt einschließlich des Ein- und Ausbotes in Helgoland kostenlos ist. Diese Opfer bringen die Bremer Genossen dem Parteitagsschiff. (Beifall.) Wir würden morgens 6 Uhr 10 Minuten von hier abfahren und zwischen 1 und 2 Uhr in Helgoland sein. Die Rückfahrt ist zwischen 5 und 6 Uhr vorgelesen, so daß wir uns 3 bis 4 Stunden in Helgoland aufhalten können, um dieses von englischen in deutschen Besitz übergegangene Eiland zu besichtigen. Wir haben ja einen Genossen hier, der schon wiederholt eingehende Studien in Helgoland gemacht hat. (Weiterleit.) Es steht uns also auch ein Führer zur Seite. (Erneute Weiterleit.) Zwischen 11 und 12 Uhr nachts würden wir dann in Bremen ankommen. Ich bitte Sie, den Wunsch der Bremer Genossen zu erfüllen und die Einladung anzunehmen.

Schulz-Bremen: Ich bin in der sonderbaren Lage, die preussische Eisenbahnverwaltung in Schutz nehmen zu müssen. (Hört! hört!) Pfannkuch ist falsch unterrichtet, die preussische Eisenbahnverwaltung hat es nicht abgelehnt, uns einen Extrazug zu stellen, sie hat uns nur auf unser Ersuchen sehr lange warten lassen, so daß wir uns an die oldenburgische Verwaltung wandten. Außerdem lehnte die preussische Verwaltung jede Preisermäßigung ab; sie berief sich auf eine generelle Verfügung, wonach bis zum 27. September keine Ermäßigungen gestattet seien, während die oldenburgische Regierung uns die übliche Ermäßigung gewährte. Die Fahrt mit der preussischen Bahn nach Bremerhaven würde ca. 4 M. kosten, die mit der oldenburgischen nach Nordenham kostet nur 3 M., sie ist nicht unbequem und dauert auch nicht viel länger. Ich kann mich nur der Bitte von Pfannkuch anschließen. Sollten den Delegierten Bedenken aufsteigen wegen der verlorenen Zeit, so könnten wir ja eventuell eine Abendfahrt einschlagen. In Dresden haben wir zu unserm Bedauern die geplante Dampferfahrt nicht gemacht. Rechnen wir den halben Tag von Dresden an, so opfern wir schließlich auch nur einen halben Tag. (Große Heiterkeit.)

Der Parteitag nimmt mit großer Mehrheit die Einladung der Bremer Genossen an. Am Donnerstag fällt also die Sitzung aus. Schluß 8 1/2 Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Bremen, Montag, 19. September 1904.

Um 9 Uhr 5 Minuten eröffnet

Dies die Verhandlungen, indem er rügt, daß heimlich ohne Wissen des Bureaus eine Drucksache verteilt worden sei. Das sei unzulässig.

Weiter teilt der Vorsitzende mit, daß Begrüßungs- und Glückwunschs-Telegramme eingelaufen sind von der Partii socialiste française, von dänischen Socialdemokraten in Kopenhagen, von den Socialdemokraten Luxemburgs, von den ungarländischen Socialdemokraten in Budapest, dem Genossen Friedrich Lehner in London, dem Organ der socialdemokratischen Bewegung in Chicago „Neues Leben“ und von zahlreichen einzelnen Genossen. Der Genosse Reichstags-Abgeordneter Georg Horn teilt mit, daß er durch Krankheit verhindert ist, am Kongreß teilzunehmen.

Der Parteitag tritt hierauf in die Tagesordnung ein:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.

(Berichterstatter: W. Pfannkuch, A. Gerich.)

Von den hierzu gehörigen Anträgen werden unterstützt die Anträge 9, 20, 22, 23, 29, 32, 33, 35—39, 105, 108—110.

9. Parteigenossen in Dresden-A.:

Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, in den jährlichen Geschäftsbericht eine Statistik aufzunehmen, die ein Bild über die Bewegung in den einzelnen Wahlkreisen, die Zahl der politisch organisierten, die Beitragshöhe in den Vereinen und die Abonnentenzahl der Parteiblätter geben soll.

20. Die Parteigenossen in Rürnberg und Hamm-Socjet:

Zur Entlastung des Parteivorstandes ist eine Agitationskommission zu bilden, die mit den Provinzial- und Landesvorständen der Partei feste Fühlung zu unterhalten hat.

Aufgabe der Kommission ist die Organisation einer systematischen Agitation in Wort und Schrift. Die Zahl der Mitglieder dieser Agitationskommission wird auf jedem Parteitag neu bestimmt; die Wahl derselben überläßt er ebenso vielen Orten bezw. Landesorganisationen, als die Kommission Mitglieder zählt.

Das Mandat der Agitationskommission endet auf dem Parteitag, der seiner Wahl folgt. Die Wahl der Orte, welche die Mitglieder zu bestimmen haben, erfolgt von neuem auf jedem Parteitag. Die Kommission erhält einen händigen Sekretär, der vom Parteitag gewählt wird oder mit dessen Einverständnis vom Parteivorstand und den Kontrolleuren ernannt werden kann. Der Sekretär der Agitationskommission hat die beratende Stimme in den Sitzungen des Parteivorstandes. Die Kommission tritt nach Bedarf, mindestens aber einmal vierteljährlich zusammen.

22. Parteigenossen von Elberfeld:

Der Parteivorstand ist gehalten, schon jetzt in den Landesstellen, wo ein besonderes Bedürfnis dazu vorhanden ist und die Personensfrage befriedigend gelöst werden kann, besoldete Parteisekretäre anzustellen.

28. Parteigenossen in Durlach:

An Stelle der eingegangenen Zeitschrift „Die Hütte“ eine andre Jugendzeitschrift zu gründen. Die Verbreitung derselben ist zur Pflicht der einzelnen Parteivereine zu machen.

29. Parteigenossen von Teltow-Weeslow-Charlottenburg:

Es ist eine Zeitschrift für die Jugend ins Leben zu rufen und ein eventuelles Defizit bei Herausgabe derselben durch Parteizuschuß zu decken.

32. Parteigenossen in Berlin IV:

Um das Interesse für die „Neue Welt“ zu heben sowie dem Mangel an einer sozialistischen illustrierten Zeitung abzuhelfen, haben sich die Illustrationen der „Neuen Welt“ auch auf belehrende und interessante Begebenheiten zu erstrecken.

33. Die Parteigenossen in Ottenau:

Vom nächsten Jahre ab alljährlich im „Neuen Welt-Kalender“ die Adressen des Parteivorstandes, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, des Reichs-Arbeitersekretariats, sämtlicher Partei- und Gewerkschaftszeitungen Deutschlands, sämtlicher deutschen Arbeitersekretariate sowie die Adressen der der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossenen Gewerkschaften zu veröffentlichen.

Die Anträge 21, 23, 24, 26, 30, 31, 34, 40, 41, 111 finden die erforderliche Unterstützung nicht.

Vor Erstattung des Berichtes des Vorstandes ersucht der Vorsitzende die Mandatsprüfungskommission, sich zu ihren Verhandlungen zurückzuziehen.

Den Bericht des Vorstandes erstattet hierauf

Pfannkuch-Berlin:

Trotzdem die Einladungen zu dem Parteitag sehr frühzeitig ergangen sind, sind auch diesmal wieder eine Anzahl Anträge später als zulässig eingegangen. Diese Anträge werden jetzt gedruckt und den Delegierten während der Verhandlungen nachträglich zugehen. Im Bericht befindet sich ein Irrtum. In Lübeck ist der Umzug bei der Meißener nicht verboten worden; es wurde nur das Tragen von Fahnen dabei untersagt. Um derartige Irrtümer zu vermeiden, bitten wir, den Vorstand in Zukunft besser zu informieren und sich nicht darauf zu verlassen, daß der Vorstand sich aus der Parteipresse unterrichtet. — Zahlreiche Wünsche sind in Versammlungen und in der Presse geäußert worden, daß Vorkommnisse, wie sie auf dem vorigen Parteitag sich ereignet haben, sich nicht wiederholen mögen. Der Wunsch ist gewiß allgemein verbreitet. Es kann nicht meine Aufgabe sein, jetzt noch einmal auf die Dresdener Verhandlungen zurückzukommen und zu untersuchen, wer in Dresden das Karnickel gewiesen ist, das angefangen hat. Das eine aber glaube ich aussprechen zu müssen: Mag man über diesen Parteitag denken wie man will, er hat jedenfalls die Folge gehabt, daß das Parteigenossen der Genossen außerordentlich geschärft worden ist. (Sehr gut!) Meiner Auffassung nach haben alle die Anträge, die auf eine festere, geschlossener centralistische Form der Organisation der Partei abzielen, in letzter Linie ihre Entscheidung in den Dresdener Verhandlungen. Wenn diese Auffassung richtig ist und diese Anträge zur Schaffung einer einheitlichen Organisation führen werden, dann können wir mit Stolz sagen, daß die Verhandlungen in Dresden nicht unisono gewesen sind, sondern eine vorzügliche erzieherische Wirkung ausgeübt haben.

Ich gehe nun zum Bericht selbst über. Die Organisationsfragen werden ja als besonderer Punkt der Tagesordnung behandelt werden. Ich kann im allgemeinen nur erklären, daß selbstverständlich der Parteivorstand dem Streben nach einer geschlossenen Organisation mit erhöhter Aktionsfähigkeit, wie es sich in den Anträgen ausdrückt, nicht das geringste entgegenzusetzen hat. Man hat, freilich in sehr überzogener Form, dem Parteivorstand vorgeworfen, er sei mit Verwaltungsarbeiten derart überlastet, daß er nicht mehr in der Lage sei, die Initiative zu größeren politischen Aktionen zu ergreifen.

Wenn die Agitation nicht in dem von den Genossen gewünschten Maße hat stattfinden können, so hat das verschiedene Gründe. Man hat die Thätigkeit der weiblichen Vertrauenspersonen dem Parteivorstand als Musterbeispiel für eine wirkungsvolle und planmäßige Agitationsarbeit vorgehalten. Man vergißt, daß in den Zeiten der Entwicklung der Socialdemokratie — die Agitation unter den Frauen befindet sich bekanntlich in diesem Stadium — die Zahl der Agitatoren auch der Socialdemokratie eine verhältnismäßig viel größere war, damals war sozusagen jeder einzelne Parteigenosse ein begeisterter Agitator. Mit der Ausdehnung der Partei sind die Kampfmittel naturgemäß andres geworden. Vor allem brachte das Aufkommen der Gewerkschaftsbewegung in dieser Beziehung eine Veränderung mit sich. Es mußte selbstverständlich das Bestreben der Partei sein, die Arbeiter, welche durch Wahrung ihrer materiellen Interessen in den Gewerkschaften angezogen, für die Organisation gewonnen waren, zu überzeugten Socialdemokraten zu machen. Das war darum natürlicher, als daß die Führer der Gewerkschaften aus den Reihen der Socialdemokratie hervorgingen. Es ist ja eins der beliebtesten Argumente unserer Gegner, die freien Gewerkschaften als socialdemokratisch zu higmatisieren. Ich meine aber, die Gewerkschaften selbst sollten sich nicht dagegen streifen, mit dem Ehrenkittel socialdemokratische Gewerkschaften bezeichnet zu werden. (Sehr richtig!) Da wo es darauf ankommt, wird es ihnen stets gelingen, nachzuweisen, daß sie nicht direkt unter der Leitung der socialdemokratischen Partei stehen, daß sie aber als überzeugte Socialdemokraten ein Interesse daran haben, die Gewerkschaftsbewegung möglichst im Sinne der im Klassenkampf stehenden Arbeiterpartei, der Socialdemokratie, zu führen. Wir beneiden die Gewerkschaften nicht um die Erfolge in der Agitation, wir hoffen im Gegenteil, daß diese Zunahme der organisierten Arbeiter in den Gewerkschaften auch künftig im gleichen Maße steigen werde. Es darf aber nicht vergessen werden, daß die großen Erfolge der Gewerkschaften wesentlich auch dadurch erreicht sind, daß eine Reihe thätiger überzeugter Führer der politischen Bewegung entzogen wurden. — Dazu kommt dann, daß mit der Ausbreitung der Partei die Parteipresse außerordentlich gewachsen ist.

Wir haben etliche 70 politische Organe, wir sind stolz darauf, daß lästiges in den Redaktionen geleistet wird, wir sind stolz auf die steigende Verbreitung unserer Presse — wir haben über 600 000

35. Parteigenossen in Augsburg:

Dem Arbeiter-Kotizkalender ein Verzeichnis sämtlicher deutscher Parteizeitungen beizufügen.

36. Parteigenossen in Augsburg:

1. Eine Broschüre soll herausgegeben werden, in welcher alle irdischen Fälle von Wahleratismus und Wahlschwindeln geschildert und die Strafen mitgeteilt werden, zu welchen die Schwindler verurteilt sind. In einem Anhang sind die Aeußerungen und Thaten der Wahleratismusgegner mitzuteilen.

2. In einer Broschüre, deren Kolonnen zweispaltig zu drucken sind, sind Klassenurteile gegenüberzustellen. Diese Broschüre ist gratis zu verteilen.

37. Parteigenossen in Bamberg:

Von Zeit zu Zeit und namentlich in der Reichstagsession sind Abhandlungen über Reichstagsdebatten in der Form eines Flugblattes herauszugeben, um die Arbeiter, einschließlich der Landbevölkerung, über die Verhandlungen der Gesetzesmacherei auf dem Laufenden zu halten und die Vorzüge der socialdemokratischen Vertretung den Arbeitern vor Augen zu führen.

38. Parteigenossen in Berlin IV:

Bei allen Massen-Agitationsbroschüren ist auf der ersten oder letzten Seite das socialdemokratische Programm nach Möglichkeit zum Ausdruck zu bringen.

39. Parteigenossen in Bremen:

Der Parteivorstand wird beauftragt, die Herausgabe von im Preise billiger gestellter Broschüren im Auge zu behalten, die die verschiedenen theoretischen Fragen der politischen Oekonomie und den wissenschaftlichen Socialismus in gemeinverständlicher Weise behandeln.

105. Parteigenossen von Ebing, Potsdam-Spanbau-Ost-Habelland:

Die Partei möge unter den Proletariern, die zur Armee einberufen werden, vor dem Eintritt in dieselbe in geeigneter Weise Propaganda für die Ideen des Socialismus machen. Insbesondere sind die künftigen Soldaten durch Broschüren über ihre Pflichten gegenüber dem sogenannten „inneren Feinde“ aufzuklären. In diesen Broschüren ist den Soldaten auch Rat zu erteilen, wie sie sich angesichts der zahlreichen Soldatenmishandlungen zu verhalten haben.

108. Parteigenossen in Breslau:

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, während des kommenden Jahres in geeigneter Weise die öffentliche Aufmerksamkeit auf die bevorstehende grundlegende Abänderung des Strafrechts zu lenken und auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages den Punkt „Socialdemokratie und Strafrecht“ zu setzen.

109. Parteigenossen in Hamburg III (Hamm) Berlin V, Freiburg i. B., A. Michalis-Berlin, Ortsgruppe des Arbeiter-Abtinentenbundes in Mannheim, Genosse C. Wolfstein und R. Wehnle-Hamburg beauftragen auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Die Alkoholfrage“.

110. Parteigenossen von Spandau und Riebeck-Hannover-Linden nebst 88 Genossen beantragen, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Der Generalstreik“.

zahlende Abonnenten, und ihre Leserschaft macht sicher das drei- bis vierfache aus. Wir sind stolz darauf, daß selbst von bürgerlicher Seite die gute Leitung unserer Presse anerkannt wird. Aber wir dürfen nicht außer acht lassen, daß durch die 70 politischen Organe der Partei, denen eine fast gleiche Zahl von Gewerkschaftsblättern zur Seite steht, eine große Zahl agitatorisch tätiger Genossen, und zwar mit die besten, tüchtigsten und fähigsten Genossen, abfordern und dauernd der mündlichen Agitation entzogen werden. Unsere Genossen im Lande haben ja immer den dringenden Wunsch, Reichstags-Abgeordnete als Referenten zu bekommen; wenn das nicht geht, geben sie sich ja auch mal mit einem Landtagsabgeordneten oder Stadtverordneten zufrieden. (Weiterleit.) Immer aber wünschen sie, daß der Referent einen Titel hat. Unsere Genossen sollten doch von dieser Gepflogenheit lassen. (Sehr richtig!) Wir dürfen nicht vergessen, daß unsere Reichstagsabgeordneten auch einen bürgerlichen Beruf haben, daß sie meist gezwungen sind, den Kampf um Leben zu führen. Die Entscheidung, die sie von der Parteileitung erhalten, ist doch nur eine Entscheidung für die Unkosten, die ihnen während ihres Aufenthalts in Berlin erwachsen. In Prehärenzungen ist den Abgeordneten nahe gelegt, daß sie ihre Tätigkeit wesentlich erhöhen und eigne Initiative entfalten müßten, und es ist zu diesem Zweck eine planmäßige Einteilung der Arbeit vorgeschlagen. Wenn die Genossen, soweit sie Abgeordnete sind, allen Wünschen in legislativer Hinsicht nachkommen sollen, dann müssen sie sich ständig in Berlin aufhalten und können ihrem bürgerlichen Beruf nicht nachgeben. Dann erwächst aber auch der Partei die Pflicht, für ihren Unterhalt und den ihrer Familie aufzukommen. Ob die Partei dies will, soll jetzt nicht untersucht werden. Der Parteileitung sind jedenfalls die Hände gebunden, und es ist leichter Vorwürfe zu erheben, als es besser zu machen. In Mainz wurde gesagt, es seien immer dieselben „alten Kamellen“, die der Vorstand zu seiner Entschuldigung geltend mache. Aber wenn immer dieselben Beschwerden kommen, müssen wir das Gleiche antworten. Der Vorstand hat es niemals an Initiative fehlen lassen, wenn aktuelle Fragen auftauchen. Natürlich bestehen Meinungsverschiedenheiten darüber, was aktuelle Fragen sind. Das haben wir gestern bei der Schulfrage gesehen. Der Vorstand hat sich darüber sehr eingehend und wiederholt unterhalten und ist zu der Meinung gekommen, daß im nächsten Jahre noch vollkommen Zeit zur Erörterung dieser Frage sei. Aber die Genossen sehen die Tätigkeit der Liberalen, sie fürchten, meine ich fast, die Konturrenz derer um Raum. So kleinliche Gesichtspunkte sollten nicht maßgebend sein. Die Partei ist jederzeit in der Lage, eine starke Agitation für eine bestimmte wichtige Frage zu entfalten. Soll freilich der Usus der Katholikentage, der auch auf unsern internationalen Kongressen vorherrscht, bei uns eingeführt werden, daß man sich damit begnügt, eine Protestresolution zu beschließen, nachdem man eine Agitationsrede gegen das Treiben der Reaktion auf dem Gebiete der Schule angehört hat, bei uns eingeführt werden — nun, so müßte man sich darüber verständigen. Aber ich meine, der Socialdemokratie ist es würdig, wenn derartige Fragen auf die Tagesordnung kommen, sie nach gründlicher Vorbereitung gründlich zu erörtern. — Es wird der Parteileitung weiter vorgeworfen, daß sie bestimmte einzelne Materien hätte in Angriff nehmen müssen. Genosse Timm meinte in der „Neuen Zeit“, daß die Stengelsche Finanzreform die Gelegenheit geboten haben würde, unsere programmatische Forderung auf Einführung progressiver Einkommens- und Vermögenssteuern nachhaltig zu propagieren. Er hat auch noch andere Vorschläge gemacht in Bezug auf den Achtundtagsrat usw. Ich glaube, es wäre besser, derartige Einzelfragen nicht heranzuziehen, um der Parteileitung Vorwürfe zu machen. Wir haben jede sich bietende Gelegenheit benutzt, um solche Fragen zu propagieren. Es erübrigt sich die Agitation bei den Posttarif-Verhandlungen. Es wird gesagt, die Parteileitung hätte die damals hoch aufschwappende Bewegung in Fluss erhalten sollen. Ja, solche Bewegungen sind eben nicht dauernd auf der Höhe zu erhalten; sie nehmen nur in besonderen Zeiten einen allgemeinen Aufschwung. Das wird bei den Handelsvertrags-Verhandlungen wieder geschehen. Jetzt aber lernen wir deren Inhalt noch gar nicht. Wir können nur versichern, daß die Junter dabei jedenfalls auf ihre Rechnung kommen werden. Auf solche bloßen Vermutungen kann aber eine Partei wie die Socialdemokratie keine große Agitation gründen. Dazu müssen wir erst festen Boden unter den Füßen haben. Man hat uns weiter vorgeworfen, daß noch viel Gebiete vorhanden seien, die für die socialdemokratische Bewegung noch nicht erschlossen sind. Die Thatagen kennen wir auch. Auf dem linken und rechten Rheinufer, in Ost- und Westpreußen, in Posen und Schlesien haben wir noch viel Arbeit zu bewältigen. Zur Erklärung dieser Thatagen habe ich bereits auf die Gewerkschaften hingewiesen. Ich hätte weiter die Krankenkassen und Konsumvereine nennen können, die alle eine große Zahl von Kräften vollständig in Anspruch nehmen, sobald sie für die Agitation verloren gehen, weil sie sonst ihre geschäftlichen Arbeiten vernachlässigen würden. Finanziell sind wir ja in glücklicher Lage und in dieser Beziehung wird die Parteileitung jederzeit auf dem Posten sein. Die Hauptschwierigkeit ist, daß wir nicht die geeigneten Kräfte haben. Überschließen hat uns sehr viel Kopfzerbrechen gemacht. Genosse Winter ist durch sein Leiden — das wir natürlich nicht kannten; sonst hätten wir ihn nicht so lange auf diesem Posten gelassen — arbeitsunfähig geworden. Jetzt haben wir dort den Genossen Braun und es sind Anfänge vorhanden, um in Oberschlesien eine festgelegte Organisation zu ermöglichen. Nicht so glücklich waren wir in Posen; wir müssen abwarten, ob die jetzt dort tätigen Genossen die richtigen Leute an der richtigen Stelle sind. Auch für andre Gegenden, für den Ober- und Niederrhein, ist seit vielen Jahren die Anstellung von Parteisekretären gewünscht worden. Wir sind diesen Wünschen nicht nachgekommen, weil wir der Ansicht waren, daß, wenn überhaupt Parteisekretäre angestellt werden, andre Distrikte des Reiches eher berücksichtigt werden müssen. Wenn der Parteitag, wie ich annehme, die Anstellung von Parteisekretären beschließen wird, dann wird zu prüfen sein, inwieweit das Institut verwirklicht werden kann, um der Partei in bisher noch nicht erschlossenen Gebieten neue Anhänger zu gewinnen.

Weiter sind uns Vorwürfe gemacht worden, daß wir gegen den in der Luft liegenden Wahlrechtsraub, die Beschneidung oder Aufhebung des allgemeinen, gleichen, direkten Stimmrechts für den deutschen Reichstag, nicht entschieden genug die Initiative ergriffen hätten. Wir hätten rechtzeitig die Gefahr kennzeichnen und Mittel zur Abhilfe nennen müssen. Wie verschiedene aber die Meinungen in der Partei sind, beweist die Thatagen, daß uns von andern Parteigenossen, auf deren Stimme wir gleichfalls Gewicht legten, gerade nahegelegt worden ist, wir sollten nicht so oft mit dem Feuer spielen. (Sehr richtig!) Es könnte sich sonst das Sprichwort erfüllen: Wenn man den Teufel an die Wand malt, so kommt er. Jene Kreise, die damit umgehen, das Wahlrecht zu beschränken, könnten sich sagen: wir können machen was wir wollen, wir werden stigmatisiert als diejenigen, die das Wahlrecht beschränken wollen, also machen wir es. Bei drei Gelegenheiten hat der Parteivorstand die Frage trotzdem für aktuell gehalten, bei der sogenannten Gleichberechtigten, dann als und die Mittelung wurde, daß die mechanischen Vorbereitungen für Neuwahlen getroffen wurden und drittens als die Konvention der Konservativen und Rational-liberalen abgehalten wurden, darüber, wie man praktisch der Ausbreitung der Socialdemokratie entgegenzutreten könne. Bei der zweiten Gelegenheit wurden innerhalb der maßgebenden Kreise Bedenken erhoben und nur die Darlegung der positiven Thatagen ermöglichte es, daß schließlich beschlossen wurde, die Deffektivität zu alarmieren. Also Sie sehen: In der Parteileitung sind sachliche Differenzen auch vorhanden, aber sie werden ausgeglichen, ohne daß es zu persönlichen Differenzen kommt. Wenn jeder Genosse es ebenso macht, nur sachlich diskutiert und jede persönliche Anfeindung unterläßt, dann werden unsere Gegner nicht die Freude haben, über die Angriffe der Socialdemokraten unter sich zu frohlocken. Die Parteileitung hat bei den verschiedenen Fragen die Initiative ergriffen, ich erinnere an den großen Kampf in Crimmitschau. Da war es die Parteileitung, die Besprechungen mit den in Betracht kommenden Faktoren einleitete, und ich bin überzeugt, es wird heute niemanden geben, der mit der Führung und der Beendigung des Kampfes nicht einverstanden wäre. (Sehr wahr!) Mit den Führern der Gewerkschaften haben wir stets in

gutem Einvernehmen gelebt. Wegen der Frage der Maifeier haben wir versucht, mit der Generalkommission der Gewerkschaften und der Generalkommission ein Einverständnis zu erzielen, es ist uns nicht wohl gelungen, aber über die Art der Behandlung der Maifeierfrage in Amsterdam haben wir uns doch verständigt. Wir werden uns hier auf dem Parteitage weiter damit und in Verbindung damit auch mit der Frage des Generalkongresses zu befassen haben. Gewünscht hätte ich allerdings, daß der Antrag, der sich auf den politischen Streit bezieht, die genügende Unterfütterung gefunden hätte. (Sehr richtig!) Jedenfalls wird ja auch der politische Streit bei der Erörterung des Generalkongresses zur Sprache kommen. So dringend ist die Sache freilich nicht.

Ueber die Presse habe ich bereits gesprochen; ich habe nur noch eins nachzutragen. Seit 1898 wird auf allen Parteitagungen der Wunsch laut, daß wir eine geeignete Jugendliteratur schaffen sollen. Auch diesem Parteitage liegen solche Anträge vor. Sie gehen von der Meinung aus: wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft, ein Spruch, der auf der Frauenkonferenz dahin erweitert worden ist: wer die Frau hat, hat die Zukunft, weil die Frau die Kinder zur Socialdemokratie erzieht. Wir wissen unsere Aufgabe in dieser Hinsicht nicht und wissen wohl, daß mehr geleistet werden könnte, als geleistet worden ist. Ich sage „könnte“: es handelt sich hier um keine leichte Aufgabe. In Dresden ist ja ein solcher Versuch gemacht worden; ich bin überzeugt, daß die „Hütte“ nicht wegen Mangel an materiellen Mitteln eingegangen ist. Wenn das der Hauptgrund gewesen wäre, dann würden sich die Herausgeber mit bestimmten Anträgen an die Genossen in Dresden und durch sie an die Parteileitung um Unterfütterung gewandt haben, um so mehr, als ihnen bei früheren Gelegenheiten ja Aussicht auf eine solche Unterfütterung unter Erfüllung bestimmter Vorbedingungen eröffnet worden ist. Aber derartige Wünsche bedürfen gründlicher Prüfung und gründlicher Vorbereitung. Wenn wir einmal den Stab von Genossen, der jetzt in der Presse, in Arbeitersekretariaten, in Krankenkassen, in Gewerkschaften, in den Konsumvereinen vorhanden ist, verdoppelt zur Verfügung haben, dann werden wir alle diese Aufgaben leicht erfüllen können. Auf die Angriffe der Nationalisten, was wir denn mit unsern drei Millionen machen, was für Thaten wir auszuweisen hätten, hat Bebel in Amsterdam geantwortet, daß diese Leistungen erst kommen könnten, wenn wir die doppelte Anzahl Wähler hätten. Wenn dieser Wunsch in Erfüllung gegangen ist, dann werden wir auch alle Kräfte zur Verfügung haben, um die Aufgaben, die jetzt schon von der Parteileitung verlangt werden, vollständig zu erfüllen. Die Stärke unserer Partei verleiht manchen Parteigenossen zu dem Glauben, die Partei-Entwicklung könne mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts marschieren. Nun ist es richtig, keine einzige Kulturbewegung hat ein so rapides Vorwärtsschreiten aufzuweisen als unsere Bewegung. Wir sind durch unsre Siege, durch das rapide Wachsen unserer Macht so stolz geworden, daß wir der Meinung sind, wir könnten in der Zukunft nur noch mit Siegen rechnen, es handle sich nur darum, daß wir zum Sturmangriff schreiten um alles zu erobern. So liegen die Dinge in Wirklichkeit doch nicht. Auf allen Gebieten müssen wir mit dem Widerstand der Gegner rechnen, wir müssen unsere Kräfte genau abmessen und erwidern, ob sie ausreichend sind um Niederlagen zu verhüten. Eine richtige Taktik wird stets die Mittel genau abwägen und darauf aus sein, die vorhandenen Positionen zu behaupten und so zu befestigen, daß von ihnen aus neue Angriffe auf den Gegner erfolgen können. Aber verhärtet muß werden, daß gewonnene Positionen wieder aufgegeben werden. Ein derartiger Rückschlag ist schwer zu ertragen als ein Mißerfolg bei einem neuen Angriff. Wenn wir in diesem Sinne zusammenwirken, hoffe ich, daß wir auch in Zukunft Ersprießliches erreichen werden. (Lebhafter Beifall.)

Parteikassierer Bericht

erstattet den Kassenerbericht.

Der Ihnen gedruckt vorgelegte Kassenerbericht zeigt Ihnen, daß unsere Kassenerhältnisse in abgelaufenen Jahre durchaus befriedigend waren. Es ist der beste Abschluß, den der Parteikassierer jemals erzielt hat. (Bravo!) Nach Verteilung aller Ausgaben bleibt eine doppelte so hohe Summe übrig als früher die Einnahmen betragen haben. (Bravo!) Es wäre aber sehr falsch zu glauben, daß die Parteileitung in Verlegenheit wäre, was sie mit dem vielen Gelde anfangen solle. (Große Heiterkeit.) Mit dem Wachstum der Einnahmen sind auch die Ansprüche gewachsen, ja geradezu latinenartig angeschwollen. (Hört, hört!) Der gute Kassenerbericht hat einen förmlichen Sturm auf die Parteikasse hervorgerufen. (Hört, hört!) In einer einzigen Sitzung haben der Parteileitung Anträge auf Bewilligungen von im ganzen 100 000 M. vorgelegen. (Große Heiterkeit; Auf: Nicht zu wenig!) Die Sorge, was wir mit dem vielen Gelde anfangen sollen, ist also durchaus nicht vorhanden. (Weiterleit.) Wir sind entschlossen, die schwachen Punkte unserer Stellung in der nächsten Zeit sehr zu verstärken, und das wird große Ausgaben erfordern. Daß eine große Anzahl von Wahlkreisen gar nicht in der Tabelle vorhanden sind, daß andre sich mit einer gewissen Anstandsnummer abfinden, die durchaus nicht dem entspricht, was sie leisten können, das sind alte Klagen, mit denen wir uns schon oft befaßt haben, und worüber wir uns bei der Behandlung der Organisationsfrage näher unterhalten werden. Es muß bei dieser Gelegenheit hervorgehoben werden, daß die Leistungen der Kreise in den Zahlen unfres Kassenerberichts nicht ganz zum Ausdruck kommen. Magdeburg z. B. leistet noch viel für die allgemeine Agitation in der Provinz Sachsen. Vielleicht gestatten Sie mir, eine persönliche Bitte vorzutragen, die mir sehr bei verschiedenen Parteitagen auf der Lippe geschwebt hat. Verschiedene Genossen wünschen, daß ihre Beiträge unter einem Motto quittiert werden, das vielleicht in einem kleinen gefelligen Kreise angedacht ist, das sich aber geschmacklos ausnimmt, wenn es an erster Stelle in der Quittung im „Vorwärts“ steht. Ein Beispiel: Ein Verein, der offenbar den Humor pflegt, überwieb die Eintrittsgelder der neuen Mitglieder der Parteikasse, er wählte aber hierzu das Motto: Herkules des Schweinegockels. (Große Heiterkeit.) Das geht doch nicht, ich als Kassierer muß mich in solchen Fällen mit den Abendern in Verbindung setzen und sie höflichst ersuchen, das Motto zu ändern. Wir haben aber doch wichtigere Dinge zu thun, als solche überflüssige und unnötige Arbeit zu verrichten.

So günstig trotz mancher Ausstellungen der Kassenerberichts gewesen ist, ebenso günstig war die Entwicklung und der Stand der Parteipresse im vergangenen Jahre. Bei den Reichstagswahlen wird ja infolge der Aufstellung der Massen unsern Parteizeitungen immer ein größerer Abonnentenstand zugeführt. Erfahrungsgemäß ist aber nur immer ein kleiner Prozentsatz davon festzuhalten, und es wäre kein Wunder, wenn auch in diesem Jahre die gleiche Erscheinung zu Tage getreten wäre. Ganz ohne Verluste ist es allerdings nicht abgegangen, aber immerhin hat unsere Presse sehr gut abgeschrieben. 15 Blätter haben insgesamt 8008 Abonnenten verloren, aber in fast allen Fällen tragen bestimmte örtliche Vorgänge die Schuld daran, wie große Arbeiterausperrungen und dergleichen. Der Verlust an Abonnenten wird nur ein vorübergehender sein. Dagegen haben 39 Blätter einen Zuwachs von 47880 Abonnenten aufzuweisen. Insgesamt zählt unsere Presse gegenwärtig nach den Berichten, die diesmal so vollständig eingingen wie noch nie zuvor, 620 282 zahlende Abonnenten.

Sollte der Antrag 9 angenommen werden, so müßte ich die Genossen bitten, uns auch das notwendige statische Material zu liefern, denn sonst würde durch den Antrag gar nichts erreicht sein. Im Durchschnitt kommt auf jeden Abonnenten ein Restbetrag von 6 1/2 Mark pro Jahr, also 52 Pfennige pro Monat. Die Einnahmen aus den Inseraten beziffern sich auf 2 238 538 M.; diese Einnahme legt Zeugnis davon ab, welche Stellung unsere Presse im öffentlichen Leben einnimmt. Eine der erfreulichsten Erscheinungen bei dem Wachstum unserer Presse ist die starke Zunahme der Abonnenten der „Gleichheit“. Die zähe, aufopferungsvolle Arbeit unserer in erster Linie kämpfenden Genossen, die gewiß mancher von uns mit Bewunderung verfolgt hat, findet endlich den wohlverdienten Erfolg. (Beifall.) Einzelnen

unser Organe sieht man es freilich schon äußerlich an, daß sie immer noch Achenbrödel geblieben sind, sie haben an dem rapiden Aufschwung nicht teilgenommen.

Hier muß energisch eingegriffen werden. Es haben bereits eingehende Erwägungen darüber stattgefunden, wie den im Abonnentenstand noch zurückgebliebenen Blättern nachgeholfen werden kann. Namentlich im Königreich Sachsen steht in einer Reihe von Kreisen die Leserschaft in schrecklichem Mißverhältnis zu der Zahl der für uns abgegebenen Stimmen. Eine lange Erfahrung hat uns gezeigt, daß wir unsern Bestyand erst dann als einigermaßen besetzt und gesichert ansehen können, wenn die Zahl der Abonnenten unserer Presse den dritten Teil der abgegebenen Stimmen beträgt. Die bei den letzten Wahlen für uns abgegebenen Stimmen betragen drei Millionen. Wenn die Abonnentenzahl unser Blätter ein Drittel dieser Summe betragen soll, so muß sie noch um 380 000 gesteigert werden. Wir haben also noch ein tüchtiges Stück Arbeit zu leisten und hoffen, daß die von uns geplanten Maßnahmen erfolgreich sein werden.

Unter den Anträgen befinden sich einige, die sofort erfüllt werden können. Dazu gehören die Anträge 33 und 35. Eine weitere Reihe von Anträgen enthalten dankenswerte Anregungen: Die Anträge 32, 36, 37, 39 und 108. Dagegen sind die Anträge 28 und 29 betreffend die Jugendliteratur schwerer zu erledigen, weil eine solche Literatur nicht einfach durch einen Beschluß geschaffen werden kann. Hier verfehlt halte ich dagegen den Antrag 105, der bekanntlich will, daß die Partei unter den Arbeitern, die zur Arme einberufen werden sollen, eine besondere Agitation entfalte. Es ist doch nur zweierlei möglich: Entweder diese jungen Leute haben bereits an dem geistigen Leben der Nation und besonders ihrer Klasse mit Nutzen teilgenommen, dann wissen sie, wohin sie gehören. Ist das nicht der Fall, dann kann das vor dem Eintritt in das Heer durch Vorträge nicht nachgeholt werden. Wir würden dadurch den jungen Leuten das Leben beim Militär außerordentlich erschweren. Ich rate Ihnen deshalb, alle diese Anträge im großen und ganzen dem Vorstande zu überweisen. (Webel ruft: 105 ablehnen!) Jawohl: mit Ausnahme des Antrages 105, den wir abzulehnen bitten.

Spannung-Berlin

gibt einen Nachtrag zu seinem Bericht. Der Vorstand hat die Genossenschaft, Fragen, die eine größere finanzielle Tragweite haben, gemeinsam mit der Kontrollkommission zu erledigen, nicht, weil er die Verantwortung scheute, sondern um Meinungen mit der Kontrollkommission zu vermeiden. In einer dieser gemeinschaftlichen Sitzungen haben wir die Frage der Parteisekretäre erörtert und beschlossen, Ihnen folgende Vorschläge zu machen: Es möge der Parteileitung anheimgegeben werden, die Bedürfnisfrage zu entscheiden. Wird diese Frage bejaht, so sollen die Bezirke das Vorschlagsrecht für die Person des zu ernennenden Sekretärs haben. Der Vorstand soll aber an diese Vorschläge nicht gebunden sein, sondern das Recht haben, unter Umständen einen andern zu bestimmen. Als Anfangsgehalt schlagen wir 2000 M. vor. Selbstverständlich sind darin Reisen, Reisekosten u. dergl. nicht einbezogen. Das Anfangsgehalt soll von drei zu drei Jahren um je 200 M. steigen. Ein Maximalgehalt wollen wir vorläufig nicht feststellen. Wir können vorläufig die Entwicklung abwarten und dann ja jederzeit die Maximalgrenze bestimmen.

Bebel hat gestern bereits bedauert, daß Singer und Auer durch Krankheit ferngehalten sind. Von Singer kann ich sagen, daß sein bitterster Schmerz der ist, krank zu sein, ohne Schmerzen zu haben. Auer, den ich am vorigen Sonntag besucht habe, hat auf mich den erfreulichsten Eindruck gemacht, daß ich ihn seit zwei Jahren körperlich und geistig nicht so munter gesehen habe wie diesmal. Wir können also hoffen, daß er recht bald seine Krankheit überwinden wird. Nichtsdestoweniger mußten wir uns in diesem Frühjahr nach einer vorläufigen Arbeitskraft umsehen. Der wachsende Umfang unserer Arbeiten machte das notwendig. Zahlen sprechen da eine deutliche Sprache. Die Zahl der Eingänge an Briefen usw. betrug 3400, die der Ausgänge 5400, worunter die Massenendungen nicht einbezogen sind. Wir stellten also den Genossen Mollenhage ein und können heute sagen, daß wir in ihm vollständig das gefunden haben, was wir suchten. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, unbeschadet des Eintritts des Kollegen Auer den Genossen Mollenhage zur Vervollständigung des Bureau in den Vorstand zu wählen. Dann wird das Bureau, glaube ich, den Ansprüchen gerecht werden können.

Eben wird mir ein Zettel übergeben, in dem ich aufgefordert werde, die Stellung des Vorstandes zur Alkoholfrage mitzuteilen. (Unruhe und Udo-Rufe.) Das kann ich nicht, weil dazu erst eine Debatte im Vorstände stattfinden müßte. (Ruf: Beim Dieb! Heiterkeit.) Das aber glaube ich aussprechen zu dürfen: Die Alkoholfrage ist eine so brennende Frage nicht, daß sie unbedingt jetzt oder auch im nächsten Jahre auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt werden müßte. Wir können uns über die Frage ja weiter in Versammlungen und in der Presse unterhalten. Ob sie mal eine Parteifrage werden wird, will ich nicht erörtern, ich wünsche es aber nicht.

Weiser-Berlin

erstattet den Bericht der Kontrollkommission: Weiser kann ich mich diesmal nicht so kurz fassen, wie in den letzten Jahren. Bei der letzten Kontrolle über die Geschäftsführung des Vorstandes und der Parteionternahmen hatten wir keine Ursache zu irgend welchem Mitleid. Es war alles in bester Ordnung. Dagegen ist die Zahl der an uns gelangten Beschwerden größer als in den letzten Jahren. Schon in Dresden beschäftigte uns die unheilvolle Angelegenheit Emmel. Wir konnten damals ein abschließendes Urteil nicht fällen, sondern hielten ein Schiedsgerichtsverfahren für nötig. Das Schiedsgericht fand statt und erklärte, daß zur Klärung der Angelegenheit eine gerichtliche Klage Emmels gegen Weischeder wegen Verleumdung erfolgen müsse. Da die Verleumdungen verjährte waren, wiederholte Weischeder seine Verleumdungen und das Gericht hat dann in zwei Instanzen zu Ungunsten Emmels entschieden. Die Kontrollkommission beschloß daraufhin, das Urteil der letzten Instanz abzuwarten und zunächst die Genossen in Mülhausen nur aufzufordern, Emmel bis zur Entscheidung der Sache von allen Ehrenämtern zu entbinden. Leider haben die Mülhäuser Genossen dieser Aufforderung nicht entsprochen; sie haben uns abschließend eine Waapfeife verfehlt, indem sie in derselben Versammlung, in der sie über unsern Beschluß verhandelten, die Kandidatur Emmels für den Landesausflug aufstellten. Dem gegenüber habe ich im Namen der Kontrollkommission folgende Erklärung zu verlesen:

Ein Teil des Beschlusses der Kontrollkommission in Sachen der Mülhauser Parteigenossen bestand darin, die Parteigenossen in Mülhausen aufzufordern, bis zur Erledigung des Verleumdungsprozesses Emmel mit Vertrauensposten nicht zu betrauen. Dieser Beschluß wurde nach eingehender Verhandlung des Sachverhalts gefaßt, mit dem die Kontrollkommission sich leider bereits wiederholt zu beschäftigen Gelegenheit nehmen mußte. Er war der mildeste Ausdruck der Konsequenzen, welche sich nach dem einstimmigen Urteil der Kontrollkommission aus dem vorliegenden Thatbestand ergaben. Die Mülhauser Genossen im Wahlverein haben es für gut befunden, sich über diesen Teil der Entscheidung der Kommission hinwegzusetzen. Bei Kenntnisnahme der Entscheidung erklärten hinfolgende, der Aufforderung nicht nachzukommen, da kein Grund vorliegt, Emmel auf die bloße Anschuldigung Weischeders hin das Vertrauen zu entziehen. Der Wahlverein beschloß die Kandidatur Emmels für den Landesausflug aufzustellen. Die Kontrollkommission erblickt in diesem Verhalten einen schweren Verstoß gegen die parteigenössliche Disziplin, einen Verstoß, welcher die schärfste Rüge heraufschreckt. Der Arbeiter-Wahlverein in Mülhausen hatte in der Sache gar nichts mit Weischeder und seinen Anschuldigungen zu thun, wohl aber mit den Beschlüssen einer Partei-Instanz, welche vom Parteitage laut Organisationsstatut berufen ist, in schwebenden Angelegenheiten zu entscheiden. Die Kontrollkommission hatte diese ihre Aufgabe pflichtgemäß erfüllt; die sachliche Grundlage ihrer Beschlüsse bildeten denn auch keineswegs nur Weischeders Anschuldigungen, sondern noch ein

Welches Thatfachenmaterial. Die Kontrollkommission erachtet es für ihre Pflicht, auf die höchst bedenklichen Konsequenzen hinzuweisen, die unüberwindlich sind, wenn derartige unverantwortliche Disziplinwidrigkeiten von Parteigenossen ungerügt hingehen. Sie erachtet den Parteitag, daß derselbe mit ihr übereinstimme in der schärfsten Verurteilung dieses Vorgehens. Diese Verurteilung trifft sowohl die Mitglieder des Mülhauser Wahlvereins wie den Genossen Emmel, der durch die Annahme des Mandats in der gekennzeichneten Situation den Disziplinbruch unterstützte.

Ich bemerke noch einmal, daß die Kontrollkommission von ihrer Aufforderung an die Mülhauser Genossen von weiteren Beschlüssen gegen Emmel nur abgesehen hatte, weil sie das definitive Urteil abwarten wollte.

In Düsseldorf haben wir schon seit langen Jahren Verhältnisse, die man eigentlich für unbenutzbar halten sollte. Es sind dort zwei vollständige Parteien innerhalb der Partei. Das Resultat der Streitigkeiten war ein Schiedsgericht, in dem Gericht den Vorsitz führte. Leider traten innerhalb der Verhandlung Zustände zu Tage, die es Gerichte wünschenswert erscheinen ließen, das Schiedsgericht aufzulösen, um nicht weiteres Material zu einer Denunziation zu liefern. Zu der neuen schiedsgerichtlichen Verhandlung wurden Personen und ich als Vertreter der Kommission als Zuhörer zugezogen. Es kamen Zustände zum Vorschein, wie ich sie in meiner langen Parteizugehörigkeit noch nirgends gefunden habe, und auch heute noch ist es damit nicht besser. Das können Sie aus den heute verteilten Flugblätter erkennen, wenn Sie Ihre Zeit damit wegschmeißen wollen, sie zu lesen. Das Resultat der Verhandlung war, daß beide Parteien Mängel erhielten und daß gegen einen Genossen eine besonders scharfe Mäße beschlossen wurde. Zum Ausschluß dieses Genossen hatte man wohl Lust, aber nicht die Courage. (Hört, hört!) Das Urteil, das über diesen Genossen gefällt wurde, war eigentlich noch schärfer als ein Ausschluß, aber man sagte sich: Man kann die Klippe des Ausschlusses umgehen, wenn man den Menschen für verrückt erklärt. (Heiterkeit.) Als die Sache dann an die Kontrolleure kam, haben wir sie eingehend geprüft. Im allgemeinen schlossen wir uns dem Urteil des Schiedsgerichts an, aber Windhoff wurde ausgeschlossen, weil wir uns sagten, daß er sich sehr wohl dessen bewußt gewesen sein müsse, was er that. Sie finden die Begründung unseres Urteils auf S. 20 des Berichts.

In der letzten Zeit ist in Viefelsfeld ein Schiedsgericht zusammengetreten, das einen der ältesten dortigen Genossen, den Genossen Schwedendiel aus der Partei ausschloß. Es wurde ein Partei ausschloß. Es wurde ein Schiedsgericht beim Vorstand beantragt und dies fand unter dem Vorsitz von Lorbeer statt.

Es betrifft gerade diese Sache nach Ansicht der Kontrollkommission eine Angelegenheit von großem Interesse. Es handelt sich um den 33 Jahre alten Genossen Schwedendiel, den ältesten Genossen in Viefelsfeld, der bis heute sich als einer der bravsten Genossen betätigt, schwere persönliche Opfer in den ganzen Jahren gebracht und in den schwersten Zeiten zur Partei gefunden hat. Ein von beiden Seiten berufenes Schiedsgericht hat am 25. Juli einstimmig beschlossen: Der Beschluß des Wahlvereins in Viefelsfeld ist aufzuheben und Genosse Schwedendiel auch ferner als Genosse zu betrachten. Ich habe Ihnen in dieser Sache folgende Erklärung der Kontrolleure vorzutragen: Neuerdings mehren sich die Fälle mit der Zunahme des Kampfes auf wirtschaftlichem Gebiete, die zu Anklagen führen gegen solche Parteigenossen, welche als Mitglieder einer Gewerkschaft bei Streiks oder Auspöherungen durch ein entsprechendes Verhalten die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei verloren haben sollen. Dagegen ereignet es sich sehr selten, daß ein Ehrenstreik bei gewerkschaftlichen Organisationen deshalb zur Einleitung oder zum Antrag kommt, weil der der Parteigenossen zugehörige Parteigenosse in verächtlicher Weise es unterläßt, in dem politischen Kampfe und zum Zweck einer erfolgreichen Agitation für die sozialdemokratische Partei seine Pflicht einigermassen oder nach ganzem Vermögen zu erfüllen. Es besteht unter der Klassenbewußt kämpfenden Arbeiterklasse keine Meinungsverschiedenheit darüber und auch bei der Kontrollkommission ist kein Zweifel darüber gefaßt, daß bei der Notwendigkeit mit der Waffe des Streiks zu kämpfen, der mit Bewußtsein geübte Streikbruch als eine ehrlose Handlung gebrandmarkt und verurteilt werden muß. Mit Rücksicht auf die schweren Folgen einer Abwendung der unsolidarischen Handlungsweise muß von Fall zu Fall eine Beurteilung des Delictes in subjektiver und objektiver Hinsicht vorangehen, ehe der sozialdemokratische Richter die schwerste Strafe der moralischen Vernichtung eines bisherigen Parteigenossen, der nach allen Seiten seine Schuldigkeit getan hat, ausspricht. In der Viefelsfelder Streitsache bestreitet keine Richtung, daß die Tendenz der Streikbewegung sich gegen die Organisation der Unternehmer richtete und demgemäß lautete die Kampfparole. Der Meister des Genossen Schwedendiel steht diesem Prinzipialgegensatz fern, es konnte wenigstens seine Zugehörigkeit zu der bestehenden Gemeinschaft nicht behauptet werden, auch hatte er dem Genossen erklärt, daß er bereit sei, die Forderungen der Gewerkschaft zu erfüllen, wenn man mit ihm verhandelte. Er steht mit seinem Arbeitgeber in freundschaftlichen Verhältnissen. Als wesentlich steht fest, daß sein Geschäft in jenem Stadium des Kampfes, als Schwedendiel fortarbeitete, nicht unter die Zahl der Firmen zählte, die durch Arbeitsunterbrechung zur Nachgiebigkeit gebracht werden sollten. Es liegt hier ein Fehler in der Streiktaktik vor, wenigstens eine Abweichung von der sonst in gewerkschaftlichen Kämpfen angewandten Methode. Es darf aus diesem Grunde angenommen werden, daß die Auffassung Schwedendiels über seine Stellung in diesem Streik in dieser Thatfache begründet ist, abgesehen davon, daß Schwedendiel für Verschärfung seines hohen Alters und der für seine Ueberzeugung gebrauchten materiellen Opfer sich auf Beispiele aus der Streikprolix berufen konnte. Zweifellos wirkte diese Absonderung von der um ihre berechtigten Forderungen kämpfenden Kollegenchaft schädigend auf den Streik ein. Es darf aber nach der objektiven Lage des Falles bestritten oder bezweifelt werden, daß bei Schwedendiel das Bewußtsein für sein Unrecht vorhanden war. Die Kontrollkommission hält den Beweis für die Schuld Schwedendiels nicht für erbracht und bestätigt das freisprechende Urteil des Schiedsgerichts; sie ist bei objektiver Würdigung aller Momente der Ansicht, daß es der Streikkommission möglich gewesen wäre, den Fall Schwedendiel mit etwas mehr Geschick in geeigneten Augenblick ohne Erregung der Gemüter der Arbeiterklasse beizulegen.

Wie gesagt, die Kontrollkommission hat sich namentlich durch das hohe Alter des betreffenden Genossen veranlaßt gefühlt, dem Urteil des Schiedsgerichts beizutreten. Waslang ist in allen Gewerkschaften die Praxis geübt worden — ich habe das selbst von leitenden Personen des Maurerverbandes gehört —, daß man so alte Personen bei Streiks ruhig weiterarbeiten läßt, denn wenn sie arbeitslos werden, finden sie sehr schwer oder oft gar nicht wieder eine neue Stellung. Die Gewerkschaften sind bislang froh gewesen, wenn es möglich war, in einem solchen Falle den betreffenden ruhig weiter arbeiten zu lassen, weil sie sich sagten: er kann den Kohl doch nicht fett machen und wir sind einer ganz gewaltigen Verantwortung ledig. Die Kontrollkommission hat daher einstimmig den Protest des Wahlvereins Viefelsfeld auf Aufhebung des Schiedsgerichtsurteils abgelehnt.

Weiter beschwerten sich aus Lörzach in Baden die Genossen Marquardt, Bauer und Fröhling gegen den Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei wegen Veranlassung eines Schiedsgerichts gemäß § 2, Abs. 2 unseres Organisationsstatuts. Dieses Schiedsgericht, welches am 13. März dieses Jahres in Lörzach stattfand und sich mit dem Ausschluß der Beschwerdeführer befahte, ist nach Ansicht der Beschwerdeführer gegen die Bestimmungen unseres Statuts zusammengefaßt gewesen.

Die Kontrollkommission erklärte die Beschwerde für berechtigt und sprach die Nichtigkeit jenes Schiedsgerichtsurteils aus. Mit Rücksicht auf die inzwischen in Lörzach eingetretenen Umstände glaubt die Kontrollkommission, den Lörzacher Genossen eine Verständigung empfehlen zu dürfen. Die Zusammenfassung des Schiedsgerichts was in der That nicht den Bestimmungen unseres Statuts entsprechend. Der Parteivorstand war gar nicht gefragt worden, wie es das Statut verlangt. Man hatte in Lörzach geglaubt, den höchsten Streit beilegen zu können, auch ohne die großen Partei-

Zustanden anzurufen; das wird bestätigt durch ein Schreiben des Genossen Pfeiffle, in dem angegeben wird, daß das betreffende Schiedsgericht eine Entscheidung im Sinne des § 2 Abs. 2 unseres Organisationsstatuts nicht treffen konnte. Man habe aber geglaubt, den lokalen Streit auch auf einen lokalen Verbesseren zu können. Der Genosse Pfeiffle bittet, diesen Sachverhalt den Genossen zur Kenntnis zu bringen. Der Landesvorstand konnte daher den Ausschluß aus der Partei nicht aussprechen. Da dieser Irrtum dem Landesvorstand untergefallen war, mußte die Entscheidung der Kontrollkommission so wie mitgeteilt ausfallen.

Weiter beschäufte sich die Kontrollkommission mit dem Fall des Genossen Max Oppenheim in Rodenheim bei Frankfurt a. M. Dieser wandte sich an uns mit dem Ersuchen, eine Modifikation des Urteils des Parteischiedsgerichts vom 7. September d. J. in seiner Angelegenheit vorzunehmen. Die von Oppenheim zu den Akten des Parteiarchivs gegebene Erklärung war für die Kontrollkommission genügend, um seine Angelegenheit als damit erledigt zu betrachten. Weiter hat sich Frau Gubela-Berlin beschwerdeführend gegen die Vertrauensleute an die Kontrollkommission gewandt, weil sie durch den Beschluß der Vertrauensleute in ihrer Thätigkeit beschränkt sei; sie ersucht die Kontrollkommission um Aufhebung des Beschlusses. Die Kontrollkommission war aber der Meinung, daß ihre Kompetenz nicht so weit gehe. Aus der Partei ist Frau Gubela nicht ausgeschlossen, ob die Berliner aber ihre weitere Thätigkeit als wünschenswert erachten, das muß ihnen selbst überlassen werden. Frau Gubela ist schriftlich dahin beschieden worden. Einem Gesuch von Marel in Jurbge um Zuwendung einer Unterführung aus der Parteifasse konnte die Kontrollkommission nicht zustimmen. Der Parteivorstand hat den Genossen wiederholt und reichlich unterstützt, allerdings ist auch jetzt noch Rot vorhanden, aber wir können es nicht verantworten, wenn der Genosse fortlaufend unterstützt wird. Der letzte Fall, der uns beschäftigte, betrifft den Fall des Genossen Veit kontra badischer Landesvorstand. Er hat seine Entledigung gefunden, ohne daß die Kontrollkommission gesprochen hat. Wir haben nur den Wunsch, daß beide Teile jetzt befriedigt sein mögen und hoffen, daß dann in dem gemächlichen Ländle bessere und gemüthliche Verhältnisse Platz greifen werden.

Das ist mein Bericht. Ich habe schließlich noch im Namen der Kontrollkommission zu beantragen, daß Sie dem gesamten Parteivorstand für seine Thätigkeit Dankschreiben erteilen mögen. (Bravo!)

Gericht nimmt zur Ergänzung seines Berichts nochmals das Wort: Genosse Meister hat das in Düsseldorf thätig gewesene Schiedsgericht kritisiert und zwar in der ihm eignen drahtischen Weise, die ich ihm persönlich nicht im geringsten ablehne. Aber als Vorsitzender des Schiedsgerichts fühle ich mich doch verpflichtet, das Gericht in Schutz zu nehmen. Genosse Meister sagte, das Gericht habe nicht die Courage gehabt, Windhoff auszuschließen. Das trifft nicht zu. Das Schiedsgericht ging davon aus, daß unter den in Düsseldorf obwaltenden Verhältnissen ein Urteil, das irgend welchen Wert haben sollte, einstimmig gefaßt sein müßte und daß ein mit einer Mehrheit von 4 gegen 3 Stimmen gefaßter Beschluß für Düsseldorf absolut wertlos sei. Dazu kommt, daß der als Hauptschuldiger erklärte Genosse Windhoff jahrelang unser fleißigster und thätigster Genosse in Düsseldorf gewesen ist. Das war ein überaus großer Widerstandsgrund. Wer übrigens den Genossen Windhoff aus früheren Parteitagungen kennt, wird den Eindruck gewonnen haben, daß er im höchsten Grade fanatisch und rechtsaberrant ist. Sein Glaube, stets allein Recht zu haben und von einer gefaßten Meinung allen Einwirkungen gegenüber nie abzugeben, ist gradezu krankhaft. Das Schiedsgericht, das einstimmig sein Urteil abgegeben hat, bestand aus lauter alten Genossen, die schon den Rat gefunden hätten, die nötigen Konsequenzen zu ziehen, wenn sie den Ausschluß Windhoffs für nötig gehalten hätten. Aber wir haben uns gesagt, wie wir in der bürgerlichen Strafrechtspflege gegen die Todesstrafe sind, so wollen wir es auch Windhoff gegenüber noch einmal versuchen. Auch mit dem Ausschluß eines Genossen ist durchaus noch nicht alles erledigt. Das beweisen die Dinge, wie sie jetzt in Düsseldorf weiter gehen.

Also aus gründlicher Kenntnis der Verhältnisse heraus ist das Schiedsgericht dazu gekommen, zwar mit äußerster Schärfe zu verurteilen, aber den Ausschluß nicht auszuspochen.

Der Vorsitzende Dick schlägt vor, die Diskussion nach folgenden Punkten zu ordnen: 1. Agitation. 2. Presse. 3. Tagesordnung des nächsten Parteitags. (Zustimmung.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Becker-Dorimund: Am Vorstandsbericht habe ich nichts anzusetzen. Ich will nur die Verhältnisse im Ruhrgebiete besprechen. Seit die Reichstagswahlen vorüber sind, ist die Agitation dort vollständig bernaachlässigt worden. Die fähigen Kräfte werden durch die Bergarbeiterbewegung absorbiert. Haben wir einen thätigen Genossen ausgebildet, so kommt der Bergarbeiterverband und nimmt ihn uns weg. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, einen besoldeten Agitator für das Ruhrrevier anzustellen. Unser Kampf gegen das blaue und schwarze Pfaffenstum ist schwer, besonders gegen die katholische Kirche mit ihren zahllosen Organisationen. Ihnen haben wir nichts Nebenliches entgegenzusetzen. Und doch handelt es sich hier um ein weites und außerordentlich glänzendes Gebiet. Wir können im Sauerland Wurzel fassen, wir können in den Badenschen Wahlkreis eindringen. So viele Arbeiter sind dort vorhanden, die nach Aufklärung verlangen. Wie können sie ihnen nicht geben, weil Zeit und Personen fehlen. Wenn der Parteitag uns entgegenkommt, können wir einen ausrichtsvollen Weg beschreiten.

Koch etwas habe ich über die Presse zu sagen: Man hat mit Recht in den höchsten Löhnen das Lob der Presse gefunden. Aber es haben sich mit der Entwicklung auch gewisse Mißstände herausgestellt. Vor allem eine gewisse Uniformität. Ich habe in meiner Wappe zwei Tugendblätter, die an ein- und demselben Tage ein- und denselben Leitartikel gebracht haben. (Heiterkeit. Rufe: Wam und was war es?) Es handelte sich um die Löffelsteuer. Da sollte man doch meinen, daß jedes Blatt etwas Gutes und Selbständiges von eigenen Gesichtspunkten zu sagen hätte. Und da wird bei einer solchen Gelegenheit ein und derselbe Artikel aus ein und derselben Fabrik bezogen. (Auf: War er denn gut?) Selbstverständlich war er gut. (Große Heiterkeit. Rufe: Das ist doch die Hauptsache!) Nein, darauf kommt es nicht an. Wir werden ja immer der Amtsblattpresse vor, daß sie aus einer Luzele gespeist wird. Auch der Dresdener Antrag, der allerdings nicht die nötige Unterstützung gefunden hat, macht auf einen schweren Mißstand aufmerksam. Es muß einmal gründlich gezeigt werden, daß Redakteure für andere Blätter schreiben, für das eigene Blatt aber nichts thun und lieber Mitarbeiter bezahlen.

Schulz-Rosen: In dem Bericht des Vorstandes haben wir Rosener ja schon unsern Denzettel weggenommen. Es ist für mich gerade nicht angenehm, das rückständigste Gebiet des Deutschen Reiches hier vertreten zu müssen. Leider glauben verschiedene Genossen, sich dadurch Lorbeeren erwerben zu können, wenn sie sich in unsere örtlichen Verhältnisse einmischen. Dadurch erhält der Streit immer neue Nahrung. Wir verlangen jetzt, daß die polnischen Genossen, anstatt Madan zu machen und das große Wort zu führen, gemeinsam mit uns arbeiten. Bis heute ist leider eine gemeinsame Agitation noch nicht möglich. Würden nicht von außen Löhne hineingeworfen, die den einen oder den anderen den Stamm schwellen lassen, so wären die polnischen Genossen schon viel weiter. Sehr schwer haben wir unter dem Lokalmangel zu leiden, die Wirte in Posen, die uns ihre Lokale geben, werden ausgehungert, die Tanzlokale wird ihnen entzogen, sie werden auf Polizeistunde gesetzt, während Kneipen mit Dambubedienung die halbe Nacht offen haben. Der Wirt, der uns jetzt sein Lokal hergegeben hat, muß uns zehn Uhe schließen, vermutlich, damit die Arbeiter sich ausschließen können, um am nächsten Tage wieder für den Kapitalismus käuflich zu können. (Sehr gut.) Trotzdem lassen wir uns nicht beirren. Bis zum 1. Oktober 1906 haben wir uns kontraktlich ein Lokal gesichert und nachher wird der liebe Herrgott schon weiter helfen. Unsere Mitgliederzahl ist zwar jetzt noch klein, aber sie ist in ständigem Wachsen begriffen, und auf die Mitglieder, die wir haben, können wir uns verlassen. Die Organisations-

und Agitationsarbeit ist sehr schwer, dem Posen ist das Land der klassischen Kennt. Von 120 000 Einwohnern wohnen in Posen 24 000 in Wohnungen von einem Zimmer, die Arbeiterarbeit ist dort sehr verbreitet; dazu kommt das Unisichgreifen des Schnapskonsums in Posen. Unter diesen Umständen ist es natürlich nicht leicht, die Arbeiter aufzuklären. Kein Wunder, daß Posen die höchsten Kriminalitätsziffern aufweist! Die schwarze Garde sucht die Arbeiter zu verdammen, die Arbeitgeber zahlen schamlose Löhne, die Stadt selbst verfällt der größten Armut, da die Reichen aus Posen fortziehen. Wir haben jetzt die 15 Wahlkreise der Provinz Posen in drei Teile geteilt, um die Organisation besser betreiben zu können. Die Genossen, namentlich die von Schönlanke, richten an den Parteitag die Bitte, daß ihnen genügendes Material zur Verfügung gestellt wird, damit sie in der Lage sind, die Arbeiter aus ihrer Stupidität aufzuraffen. Die Presse genügt uns in Posen nicht, wir kommen mit unfremd Breslauer Organ nicht vorwärts. Namentlich, seitdem es keine Unterstützung mehr vom Parteivorstand bekommt, macht es uns mehr Schwierigkeiten als es uns helfen kann. Ich bin dem Parteivorstand dankbar, daß er uns auch in Zukunft unterstützen will. Unberechtigte Forderungen werden wir nicht stellen. Leider hat man Posen früher zu viel bewilligt, weil einzelne Personen es verstanden haben, dem Parteivorstand schöne Bilder vorzulegen. Das hat dazu beigetragen, daß die Ledberwirtschaft in Posen zunahm. Wir werden thätig weiter arbeiten und hoffen, mit Unterstützung des Parteivorstandes und der übrigen Genossen in Deutschland Fortschritte zu machen.

Müllerbaum-Überfeld: Der Vorsitz des Vorstandes auf Anstellung von Parteifunktionären macht meinen Antrag überflüssig. Wir freuen uns, daß sein Überstand gegen diesen Gedanken jetzt gebrochen ist. Bedenklich erscheint es mir, schon jetzt eine Geschäftsstelle für die Parteifunktionäre festzustellen. Das kann den einzelnen Landesstellen überlassen bleiben. Pfannkuch meint, wir sollten nicht immer bekannte Reichstags-Abgeordnete als Redner verlangen. Aber wenn wir die indifferenten Massen aufreizen wollen, müssen wir Redner haben, deren Namen einen guten Klang besitzen. Unsere Propaganda ist doch jetzt so stark geworden. Da muß es leichter als früher sein, Abgeordnete als Redner zu finden, oder es muß etwas faul im Staate Danemark sein. Man freut sich ja, wenn man auf den Parteitag die alten Kämpen in voller Frische wiedererleicht. Da sollte man meinen, sie sollten auch ein paar Wochen für die allgemeine Agitation übrig haben. Das muß sich bei irgendwie gutem Willen ermöglichen lassen. Jedenfalls sollte der Vorstand etwas Feuer dahinter machen. Unser nieder-rheinischer Agitationsbezirk hat jetzt den Genossen Wandert zu einer Agitations-tour, für deren zweiten Teil nicht weniger als 83 Versammlungen geplant waren, aufgefordert. Sie erfahren daraus, welches Bedürfnis vorhanden ist. Mittlerweile kommt die Nachricht, daß Wandert nicht kommen könne, weil er inzwischen einen Redakteurposten in der Erfurter „Tribüne“ übernommen hat. Als Ersatz wird Genosse Hoffmann geschickt, den wir ja acceptieren.

Es ist ja sehr schön, daß von den Partei-Unternehmungen Lieberschüsse erzielt werden; aber ich halte es für verfehlt, daß die Partei-Vorhandlungen Lieberschüsse abwerfen. So hat die Vorwärts-Buchhandlung einen Ueberzuch von 35 000 Mark erzielt. Sie scheint sich aber ein Muster an der Münchener Partei-Vorhandlung zu nehmen, indem sie den Preis für Agitationsbroschüren in die Höhe setzt. So kostet Versteins Agitationsbroschüre über Löffel 10 Pf. und die Broschüre über den Prozeß in Saarbrücken 20 Pf. Solche Broschüren, die zur Massenverbreitung bestimmt sind, sollten so billig als möglich verkauft werden, sonst dringen sie nicht ins Volk ein. Ich bitte hierin um Remedur.

Willy-Mühlhausen: Ich muß bemängeln, daß der Vorstand bei der Ausführung unserer Erfolge bei den Kommunalwahlen Mülhausen im Elsaß nicht erwähnt hat, obwohl es die einzige Stadt, wo wir die Mehrheit haben, die durch die Nachwahl noch verstärkt worden ist. Die Kontrolleure werfen uns vor, daß wir ihre Anordnungen nicht beachtet hätten. Wie liegt es aber in Wirklichkeit? Wir hatten ein Schiedsgericht gegen 2. 3 Genossen beantragt, aber kein Schiedsgericht gegen Emmel. Das Schiedsgericht beschloß den Ausschluß der zwei Genossen. Nachher kommt von der Kontrollkommission der Beschluß, daß Emmel seine Ehrenämter niederlegen solle und wir ihm keine neuen anvertrauen dürfen. Wie kommt die Kontrollkommission dazu, ohne vorher die Sache zu prüfen, auf die Anschuldigung eines gemeinen Denunzianten, eines politischen Gainers hin (Lurche), der mit den Mitteln der Gegner arbeitet, einen solchen Beschluß zu fassen. Sie konnten ja ein Schiedsgericht gegen Emmel beantragen. Man spricht Meister von weiterem Material. Weshalb ist uns dieses weitere Material nicht zur Verfügung gestellt worden? Auf bloße Anschuldigungen hin darf man doch nicht einen Parteigenossen verurteilen; er muß sich vorher äußern dürfen. Ich bitte Sie, die Resolution, die sich gegen die Mülhauser Genossen richtet, nicht anzunehmen. Die Kontrollkommission hätte einen andern Weg einschlagen können, dann wären wir emberstanden gewesen. Aber sie hat uns kein Wort gesagt, sondern über den Kopf der Organisation hinweg Beschlüsse gefaßt. Wir haben nicht das Recht, mit der Ehre eines Genossen, der jahrelang in der Partei steht, auf die Anschuldigungen einer einzelnen Person hin zu spielen. Jede Gelegenheit, sich über diese Anschuldigungen auszusprechen, hat ihm gefehlt. In dem Schiedsgericht, das eingeseht war, um den Ausschluß gegen die beiden Genossen zu prüfen, ist mit keiner Silbe über Emmel gesprochen worden. Jetzt geschieht ihm Unrecht.

Sindermann-Dresden begründet den Antrag 9. Nur durch eine schlagfertige Organisation können die großen Erfolge des 16. Juni hochgehalten und neue Erfolge errungen werden. Deshalb soll man jedes Mittel ergreifen, um die Organisation auszubauen. Ein solches Mittel ist zweifellos die Pflege der Statistik. Bei uns in Sachsen haben wir schon seit vielen Jahren eine solche Statistik, wie wir sie beantragen, es ist nicht allzuschwer, sie aufzustellen. Der Parteivorstand brauche sich zu diesem Zweck gar nicht an jeden einzelnen Wahlkreis zu wenden, sondern die verschiedenen Provinzial-Agitationskomitees werden ihm das Material zur Verfügung stellen. In Sachsen sind die Organisationen durch die Pflege der Statistik angepornt, und was für Sachsen möglich ist, wird auch für das übrige Deutschland möglich sein. Deshalb empfehle ich unsern Antrag zur Annahme.

Welters-Gießen: Es giebt bei uns noch große Arbeitermassen, die der Aufklärung bedürfen. Von uns aus konnte diese Arbeit in der Weise, wie es notwendig ist, bisher nicht durchgeführt werden. Es ist deshalb erfindlich, daß der Parteivorstand sich bereit erklärt hat, auf dieser Richtung hin das Nötige zu thun. Verschiedene Anträge wünschen die Herausgabe weiterer Broschüren. Nach meiner Meinung verfügen wir über genug Material; dagegen wäre es nötig, alljährlich einen kurzen Bericht über die Thätigkeit der Reichstags-fraktion herauszugeben. Zum Schluß möchte ich den Parteivorstand noch fragen, wie es sich mit der Entlassung eines lange im „Vorwärts“ beschäftigten Buchdruckers verhielt. Die Kreisblätter unserer Gegner sind aus Anlaß dieses Falles gegen unsere Parteileitung des „Vorwärts“ Gelegenheit geben, den Fall klarzustellen. Namentlich möchte ich wissen, ob es nicht möglich gewesen wäre, diesen lange Jahre als Seher im „Vorwärts“ thätigen Mann anderweitig zu beschäftigen.

(Schluß im Hauptblatt.)

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 51. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes bedeu wir hervor: Arbeiterkampf und Staatsgemalt. — Zum russisch-japanischen Krieg. Von Rudolf Kroll. — Die Unternehmerverbände in den Vereinigten Staaten. Von H. Simons. — Troz Krise: ein glanzvolles Lustspiel (Aus dem oberflächlichen Industriebezirk) Von Dr. August Blarer. — Kaiserarzfrage und Reichstatistik. Erweiterung von Dr. G. Fehler. — Literarische Rundschau: Dr. August Pieper und Helene Simon. Die Verabfolgung der Arbeiter in Fabriken Von ad. Dr. Erich Ribham. Die Wähe. Von Franz Dieberich. — Notizen: Kinderlegen und sein Ende? Von Will. Niepelt-Berlin.

Der Krieg in Ostasien.

Auch heute wird wieder gemeldet, daß die japanische Armee gegen Mukden vorgeht... Die Front der Japaner sei 25 Meilen lang und beschreibe einen großen Halbkreis.

Tokio, 18. September. (Neuter-Meldung.) Marshall Oyama hat heute früh gemeldet, daß General Ota in Liaojang 13 Russen zu Gefangenen gemacht habe.

Tschifu, 18. September. (Meldung des „Neuterischen Bureaus“.) Der russische Lieutenant Radziwill, der den Boerenzug auf englischer Seite mitgemacht hat, ist als Ueberbringer von Depeschen von Generalleutnant Stössel an den General Karopatsin hier angekommen.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Den Weg der Verständigung und Einigung fanden am Sonntag nachmittag in einer in den Arminhallen abgehaltenen Versammlung die Korrektoren Berlins.

Zur Lohnbewegung der Modelleure, Gipsbildhauer und Antrager nimmt morgen Abend eine Vertrauensmänner-Sitzung derselben im Gewerkschaftshaus Stellung.

Die Gürtler und Drücker

nehmen den Kampf um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, den sie vor fast einem Jahre nach einer Dauer von neun Wochen abbrechen mußten, wieder auf.

Etwa 3000 Angehörige der beiden Branchen waren am Sonntag im Saale der „Neuen Welt“ versammelt. Auf der Tagesordnung stand die Frage: „Was denken wir diesen Herbst zu thun?“

Verband in Berlin 10000 neue Mitglieder gewonnen. Ein großer Teil des Zuwachses kommt auf die in der Gelbmetallindustrie Beschäftigten.

In zwei Betrieben der Branche, bei Haller sowie bei Erich u. Gräß, sind die Arbeiter gegenwärtig im Ausstande, und nach den Aussagen der Rühnemänner müßte hierauf eine Aussperrung folgen.

Die Versammlung tritt dem Beschluß der Vertrauensmänner-Konferenz bei und beschließt: In den von den Vertrauensmännern benannten Werkstätten wird der am 28. September 1903 vor dem Berliner Gewerbegericht abgeschlossene Tarif am Montag den 19. September, früh, vorgelegt.

Die Ausführungen des Referenten fanden stürmischen Beifall. In der darauf folgenden Diskussion zeigte sich, daß die Gürtler und Drücker entschlossen sind, in dem von ihnen Vertrauensmännern vorgeschlagenen Sinne zu handeln.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Dann trennten sich die Versammelten unter begeisterten Hochrufen auf die für ihre Klasseninteressen kämpfende Arbeiterschaft.

Lohnbewegung der Metallschleifer, Galvaniseure und Hilfsarbeiter.

Nachdem am Sonntag die Gürtler und Drücker, haben gestern Abend auch die Metallschleifer, Galvaniseure und ihre Hilfsarbeiter in einer stark besuchten Versammlung beschloffen, in eine Lohnbewegung einzutreten.

Die Versammlung erklärt sich mit dem Beschluß der Vertrauensmänner-Konferenz einverstanden und beschließt, am Dienstag, den 20. September, in allen namhaft gemachten Betrieben die Tarifverträge der Schleifer und Galvaniseure vorzulegen.

Achtung, Luxuspapier-Branche! In folgenden Fabriken haben gestern die Kollegen und Kolleginnen die Arbeit niedergelegt: Ferd. Stange, Penzlin 3; Wöhme, Reichensbergerstr. 168; Bernhard u. Co., Wilhelmstr. 20; Schwertfeger u. Co., Reinholdsdorferstr. 51b; J. J. Lenrath, Schleierstr. 10.

Die Rechtschutzberlin haben am Montag früh die Arbeit einmütig niedergelegt, nachdem eine Einigung mit den Reichstransport-Unternehmern nicht zu erreichen war.

In Bezug auf eine von uns wiedergegebene Mitteilung des Meißnerverbands-Vorsitzenden Hensel über Mißstände in den Schlafräumen einer Schlächtereier in der Koppenstraße erucht uns der in Frage kommende Meister, mitzuteilen, daß das Behauptete nicht zutrifft.

Deutsches Reich.

Die Elektromonteur in Hannover sind wegen Nichtanerkennung des Tarifs in den Streik eingetreten. Bei drei Firmen sind die Forderungen bewilligt.

Mainz, 19. September. 100 Käfer sind in den Ausstand getreten.

Budapest, 19. September. In Großwarden streiken seit heute früh 3000 Banarbeiter.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Heute Dienstag, den 20. September, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung des Wahlvereins bei Dräsel, Neue Friedr. str. 35.

Grünau. Der Wahlverein hält heute Abend 8 1/2 Uhr seine Mitglieder-Versammlung ab, in der Genosse Wöste-Mizdorf seinen Vortrag über das Erfurter Programm fortsetzen wird.

Friedenan. Die Mitglieder-Versammlung ist nicht heute, sondern am Mittwoch nächster Woche.

Spandau. Morgen Mittwoch 8 1/2 Uhr ist in allen Bezirken Wahlabend.

Der Wahlverein Reinickendorf hält heute bei Leder, Residenzstraße 1-2, seine Versammlung mit Vortrag ab.

Gerichts-Zeitung.

Der auf den 21. d. Mts. und folgende Tage angefechtene gewesene Hauptverhandlungsbeamten in dem Hochstaplerprozeß gegen die Familie Walewski und Genossen ist gestern aufgehoben worden.

Ein Wohltäter der Menschheit.

Der Bankier Oskar Haffer hat sich eine Anklage wegen Verleumdung und Verleumdung zugezogen, die ihn gestern vor die vierte Strafkammer hiesigen Landgerichts II führte.

Die Ausführungen des Referenten fanden stürmischen Beifall. In der darauf folgenden Diskussion zeigte sich, daß die Gürtler und Drücker entschlossen sind, in dem von ihnen Vertrauensmännern vorgeschlagenen Sinne zu handeln.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Dann trennten sich die Versammelten unter begeisterten Hochrufen auf die für ihre Klasseninteressen kämpfende Arbeiterschaft.

Lohnbewegung der Metallschleifer, Galvaniseure und Hilfsarbeiter. Nachdem am Sonntag die Gürtler und Drücker, haben gestern Abend auch die Metallschleifer, Galvaniseure und ihre Hilfsarbeiter in einer stark besuchten Versammlung beschloffen, in eine Lohnbewegung einzutreten.

Die Versammlung tritt dem Beschluß der Vertrauensmänner-Konferenz bei und beschließt: In den von den Vertrauensmännern benannten Werkstätten wird der am 28. September 1903 vor dem Berliner Gewerbegericht abgeschlossene Tarif am Montag den 19. September, früh, vorgelegt.

Achtung, Luxuspapier-Branche! In folgenden Fabriken haben gestern die Kollegen und Kolleginnen die Arbeit niedergelegt: Ferd. Stange, Penzlin 3; Wöhme, Reichensbergerstr. 168; Bernhard u. Co., Wilhelmstr. 20; Schwertfeger u. Co., Reinholdsdorferstr. 51b; J. J. Lenrath, Schleierstr. 10.

Die Rechtschutzberlin haben am Montag früh die Arbeit einmütig niedergelegt, nachdem eine Einigung mit den Reichstransport-Unternehmern nicht zu erreichen war.

In Bezug auf eine von uns wiedergegebene Mitteilung des Meißnerverbands-Vorsitzenden Hensel über Mißstände in den Schlafräumen einer Schlächtereier in der Koppenstraße erucht uns der in Frage kommende Meister, mitzuteilen, daß das Behauptete nicht zutrifft.

Die Versammlung erklärt sich mit dem Beschluß der Vertrauensmänner-Konferenz einverstanden und beschließt, am Dienstag, den 20. September, in allen namhaft gemachten Betrieben die Tarifverträge der Schleifer und Galvaniseure vorzulegen.

Zur Lohnbewegung der Modelleure, Gipsbildhauer und Antrager nimmt morgen Abend eine Vertrauensmänner-Sitzung derselben im Gewerkschaftshaus Stellung.

Die Gürtler und Drücker nehmen den Kampf um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, den sie vor fast einem Jahre nach einer Dauer von neun Wochen abbrechen mußten, wieder auf.

Etwa 3000 Angehörige der beiden Branchen waren am Sonntag im Saale der „Neuen Welt“ versammelt. Auf der Tagesordnung stand die Frage: „Was denken wir diesen Herbst zu thun?“

Die Versammlung tritt dem Beschluß der Vertrauensmänner-Konferenz bei und beschließt: In den von den Vertrauensmännern benannten Werkstätten wird der am 28. September 1903 vor dem Berliner Gewerbegericht abgeschlossene Tarif am Montag den 19. September, früh, vorgelegt.

Achtung, Luxuspapier-Branche! In folgenden Fabriken haben gestern die Kollegen und Kolleginnen die Arbeit niedergelegt: Ferd. Stange, Penzlin 3; Wöhme, Reichensbergerstr. 168; Bernhard u. Co., Wilhelmstr. 20; Schwertfeger u. Co., Reinholdsdorferstr. 51b; J. J. Lenrath, Schleierstr. 10.

Die Rechtschutzberlin haben am Montag früh die Arbeit einmütig niedergelegt, nachdem eine Einigung mit den Reichstransport-Unternehmern nicht zu erreichen war.

In Bezug auf eine von uns wiedergegebene Mitteilung des Meißnerverbands-Vorsitzenden Hensel über Mißstände in den Schlafräumen einer Schlächtereier in der Koppenstraße erucht uns der in Frage kommende Meister, mitzuteilen, daß das Behauptete nicht zutrifft.

Die Versammlung tritt dem Beschluß der Vertrauensmänner-Konferenz einverstanden und beschließt, am Dienstag, den 20. September, in allen namhaft gemachten Betrieben die Tarifverträge der Schleifer und Galvaniseure vorzulegen.

Briefkasten der Redaktion.

N. 17. Gute Artikel und Notizen über den Gegenstand sind weit verbreitet in verschiedenen Zeitungen, Monatszeitschriften usw. zu finden.

Briefkasten der Expedition.

Sechster Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt). Im Inferat steht die Angabe des Lokals.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 18. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyberhaus. Der Schachspieltheater.
Cappella.
Neues König. Opern-Theater.
Wann wir allein. Die Roman-
Höfen.
Deutsches Kettenglieder.
Verliner. Zapfenstech.
Leitung. Der Richter von Salama.
Wefen. Wilhelm Tell.
Thalia. Der Weiberkönig.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Ballner-Theater.)
Die Kreuzschreiber.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-
städtisches Theater.) John Gabriel
Borkman.
Neues. Die lustigen Weiber von
Windsor.
Kleines. Nachtsyl.
Neubau. Eine Hochzeitsnacht.
Central. Die Fledermaus.
Casino. Mutter Gräbert.
Trianon. Ihr zweiter Mann.
Velle-Alliance. Die Dame aus
Trouville.
Quisen. Mein Leopold.
Deutsche Volkshöhle. Genoveva.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n
großen Teich.
Mythos. Venus auf Erden mit
Lans, das denkende Pferd.
Specialitäten.
Gerveld-Theater. Kur eine Nacht.
Um andern Morgen.
Wintergarten. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage-Theater. Dida. Speciali-
täten. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Um 8 Uhr im Theater: Von der
Zugspitze zum Watzmann.
Invaliden- Sternwarte. Invaliden-
straße 57/62. Stern-
warte. Täglich geöffnet von 7
bis 11 Uhr.

Central-Theater
Heute Anfang 8 Uhr.
Gastspiel der Opernsängerin, Gusti Förster
u. Bläserauftritt d. Fr. Mia Werber.
Die Fledermaus.
Operette in 3 Akten von R. Strauß.
Mittwoch u. Donnerstag: Gastspiel
der Opernsängerin Emmy Raabe-Burg.
Tannhäuser.

Luisen-Theater.
Sasemanns Töchter.
Mittwoch: Ehrliche Arbeit.
Donnerstag: Ehrliche Arbeit.
Freitag: Der Verschwenker.
Sonntag: Räubchen u. Heilbrom.
Sonntagabend: Der Verschwenker.
Abends: Ehrliche Arbeit.

National-Theater
Weinbergsweg 12a-13b.
Eröffnungsvorstellung:
Figaros Hochzeit.
Eröffnungstag wird noch bekannt
gegeben. 25/13

Deutsch-Amerikanisches
Theater.
Köpenickerstr. 67.
Heute: Gastspiel Adolf Philipp.
Ueber'n
großen
338. TEICH
Male: Anf. 8 Uhr. Ende 10 Uhr 30.
Sonntag, den 25., nachm. 3 Uhr:
Ueber'n grossen Teich.

Deutsche Volksbühne.
Carl Weh-Theat., Or. Franz. Str. 132.
Genoveva.
Tragödie in 5 Akten von Fr. Heibel.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch und Freitag: Genoveva.
Donnerstag: Die Räuber.

Residenz-Theater.
Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
8 Uhr:
Eine Hochzeitsnacht.
(Une Nuit de Noces.)
Schwan in 3 Akten von D. Kéroul
und R. Barre.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nora.

Apollo-Theater.
8 Uhr:
Venus auf Erden
von Paul Lincke mit der
Parodie
Hans, das kluge Pferd.
Ab 9 1/2 Uhr:
Der große Specialitäten-Teil:
Teims Truppe x Martin Kottner.
Harry Lamiro x Les Bonnes.
Mlle. Daguorre x Kosmograph.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Die wilde Kage.
Gesangspöffe in 4 Akten v. Rommstädt.
Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vor-
stellung 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Mittwoch: Der Galeerentwärt.
Donnerstag: Die wilde Kage.
Jeden Donnerstag, Sonntag und
Sonntag: Ball.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Ballner-Theater.)
Dienstagabend 8 Uhr:
Die Kreuzschreiber.
Mittwochabend 8 Uhr:
Die Kreuzschreiber.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Johannisfeuer.
Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.)
Dienstagabend 8 Uhr:
John Gabriel Borkman.
Mittwochabend 8 Uhr:
John Gabriel Borkman.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Medea.

Kleines Theater Neues Theater.
Bereinigtes Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt.
Abends 8 Uhr:
Nachtsyl.
Mittwoch: Das Pastors Rieko.
Donnerstag: Fräulein Julie.
Freitag: Nachtsyl.
Sonntag: Des Pastors Rieko.
Salome.
Mittwoch: Salome.
Donnerstag und Freitag:
Die lustigen Weiber von Windsor.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Direktion: Kren & Schönfeld. Belle-Alliancestr. 7/8.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Der Weiberkönig.
Große Ausstattungsstücke mit Gesang
und Tanz in 4 Akten.
Sonntag, 25. Sept., nachm. 3 1/2 Uhr:
Charleys Tante.

Belle-Alliance-Theater.
Dienstag, Mittwoch und Donnerstag:
Die Dame aus Trouville
Freitag: Lehtes Bühnenstück von
August Junkermann als Onkel Bräsig.



Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. internat. Künstlerkonzerte. x Theater-Abteilung.
Special-Anschanke der Berliner Bock-Brauerei.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte Invaliden-
straße 57/62.

P. CASTAN'S
PANOPTICUM
Friedrichstr. 195.

Rosa
das gelehrte Pferd!

ZOOLOGISCHER
ZARTEN
Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der Arena: See-Elefant.
Eintritt vom Garten 20 Pf., von
der Straße 30 Pf., Kinder d. Hälfte.
Beleuchtung bis 8 Uhr abends bei
elektrischem Licht.

Casino-Theater
Bohlingerstr. 37. Anf. 8 Uhr. Sonntag 7 1/2
Gr. Erfolg d. glänzenden Programms.
„Die Kunst dem Volke“.
9 1/2 Uhr: „Mutter Gräbert“
Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Der
Donnant.

Trianon-Theater.
Georgenstraße zwischen Friedrich- und
Unterstadtstraße.
Ihr zweiter Mann.
Lustspiel in 3 Akten von André Sylvaue
und Maurice Provez.
Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.
Nehm. Wochen- & Sonntag 9 Uhr.
die Erschaffung
eines Weibes
aus dem Nichts.
Dida die indische
Pocahuntas, Nachtigall.
Jean Paul, Komiker.
The Finlays.
Luise Verdier, Vortragskünstl.
14 erstklassige Nummern.

Stadt-Theater Moabit,
Wilt-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.
Bajazzo und seine Familie.
Volksschauspiel in 4 Akten v. d. Emery
und Max Bourice.
Anf. 8 Uhr. Entree 30, num. Pl. 50 Pf.
Nächste Vorstellung: Donnerstag,
den 22. Septemb.: Der große Prophet.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder
Saal:
Korsts
Norddeutsche
Humoristen
und
Quartett-Sänger.
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Humor. Solree der
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Ettablissement Guggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
Im großen schattigen Natur-
garten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonntags:
Fährmann-Walde-Sänger.
Sonntags
im Kaiserhof: **Tanz.**

Sechster Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt).

Sonnabend, den 21. September 1904:

Großes Herbst-Vergnügen

veranstaltet von den sozialdemokratischen Parteigenossen der Schönhauser Vorstadt.
Konzert, ausgeführt von Mitgliedern des Central-Verbandes der Civil-
Berufsmusiker Deutschlands (Ortsverwaltung Berlin) 248/18*
unter Leitung ihres Dirigenten **Max Behnfeld.** Turnerische Aufführungen von Mitgliedern
des Turnvereins **Fichte.**
Auftreten des **Nordstern-Ensembles** | **R. Schauf.**
Nach der Vorstellung: **Tanz.** Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Billet 30 Pf. — Kassenverkauf findet nicht statt. — Anfang 8 1/2 Uhr. Das Komitee.

Cirkus Busch.

20. September, abends 7 1/2 Uhr:
Südwest-Afrika.
15 Polarbären, brett. und nornel. von
Mr. Henriksen. „Chips“, engl. Soldat,
Sprung über 6 Pferde, Herr Burkhardt-
Footitt mit seinem „Titus“ und die
vorzüglichsten Gala-Programme.

Cirkus Sarrasani.

Dauaufgung.
Bei meiner Abreise aus dem mir
so lieb gewordenen Berlin fühle ich
mich veranlaßt, für die mir und
meinen Geschäfte allgemein erwiesenen
Sympathien und das gute Wohlwollen
meiner herzlichsten Dank zum Aus-
druck zu bringen. Der hiesige schön-
wöchentliche Aufenthalt wird mir stets
in angenehmer Erinnerung sein,
wie auch ich der Bitte Worte verleihe,
dem hochgeachteten Publikum von hier
und Umgegend in gutem Andenken
zu bleiben.
Auch den hochwohlwollenden Be-
hörden sowie der Presse hätte ich für
die mir zu teil gewordene Unterstützung
verbindl. Dank ab und zeichne mit
einem „Auf Wiedersehen!“
Dachachtungsboll ergebenst
H. Stosch-Sarrasani,
Direktor u. Besitzer d. Cirkus Sarrasani.

Sanssouci.

Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn
Heute Dienstag:
Die Maurer von Berlin.
Morgen Mittwoch:
Hotel Klingebusch.
Donnerst., Sonnt., Mont.:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
u. **Tanzkränzchen.**

Gustav Behrens

Specialitäten-
Theater.
Frankfurter-
Allee 85.
Neu! Gschwister Rafael, die schönen
Konzertmarinetten. Neu! Mr. Huson,
Excentric-Spaltensänger. Neu! Sal-
vator & Selma, Kräftigkeitsübungen auf
lebendem Viehdal. Neu! Original-
Koch. Außerdem die übrigen erst-
klassigen Specialitäten.
Anfang 7 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

Weimanns

Volkgarten-Theater.
Badstraße 56, Gosuudbrunnen.
Entscheidungs-
Ringkämpfe.
Konzert, Theater und Speciali-
täten-Vorstellung.

Seltener

Gelegenheitskauf.

Zum Umzuge
Saal- Teppiche = 50, 65 bis 90 Mk.
Salon- Teppiche = 30, 40 bis 65 Mk.
Spreise- Teppiche = 25, 30 bis 50 Mk.
Wohn- Zimmer- Teppiche = 20, 25 bis 35 Mk.
herren- Teppiche = 15, 18 bis 25 Mk.
Sofa- Teppiche = 6, 8 bis 14 Mk.
Bett- Teppiche = 1, 2, 2.50 bis 5 Mk.

Anßerdem offeriere die bei der Inventur zurückgebliebenen
ca. 680 Stück prima echt Belouvs (kein
Agintier), echt Tournay, echt Brüssel,
sowie echte Smyrna- u. Perser-Teppiche,
handgetnüpft, in allen Größen und reicher Musterwahl, mit
kleinen, unmerklichen Musterschleichen, jetzt zum Umzuge
für die Hälfte des regulären Wertes. 3712*
Teppich-Haus
B. Hurwitz, Rotes Schloss,
vis-à-vis dem National-Denkmal.
Telephon 1, 8311.

Typographia

Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgesser.
Gegr. 1879. — Chorleiter: Alexander Weinbaum. — M. d. A.-S.-B.
Sonntag, den 25. September

FEST-KONZERT

Mitwirkende: Alexander Heinemann (Bariton), Leo Gollanin (Tenor),
Berliner Tonkünstler-Orchester (50 Musiker).
Zur Aufführung u. a.: „Kolumbus“ von Joseph Brambach,
gelangt u. a.: „Kolumbus“ für Chor, Soli u. Orchester.
Anschließend: Festkommers zu Ehren der anwesenden Vertreter der
Bruder-Gesangsvereine, Vorstände usw.
Eintritt 75 Pf. einschl. Programm und Liedertexte. Anf. 6 1/2 Uhr.
Programme sind zu haben in den Musikalienhandlungen von
Stahl, Potsdamerstr. 39, Kaun, Grüner Weg 17; in den
Cigarengeschäften von Ihm, Wrangelstr. 58, Horsch, Gewerk-
schaftshaus, Gottfried Schulz, Kottbuser Thor, Emil
Schulz, Mittenwalderstr. 2; bei Augustin („Vorwärts“),
Lindenstr. 69. 65/15

Cirkus Schumann.

Heute Dienstag, den 20. September,
abends präcise 7 1/2 Uhr:
Vierte große Vorstellung.
Kolossaler Erfolg sämtlicher für hier
vollständig neuen Specialitäten.
u. a.: Die größte Sensation des
XX. Jahrhunderts: Der französische
Naturforscher Mr. Pernolet m. seinen
40 Krokodilen.
Georg Lurich,
der moderne Zambou.
Im Marstall des Grafen X.
Verdampftomime, dargestellt von
Pierden. Neuester Originalerfolg
des Direktors Albert Schumann.
Die besten Reklamsängerinnen der
Weltzeit: Soers Miniglo.
Herrn Albert Carrés großartig
hippologisches Polpourri.
Der phänom. Sprung
mit Heiler Herrn
Gause Tische über 6 lebende
Pferde von Boden zu Boden.
Militär vom Feldwebel abwärts
sowie Kinder unter 10 Jahren zahlen
an Hochtagen ermäßigte Preise.



Pas de Deux oriental.
Tilly Bébé mit ihren 12 Löwen.
Paula Worm, Operettensängerin.
Rudolf Segommer, Ventriloquist
Soverin und Mlle. Dorville in der
Pantomime „Der Trunkenbold“.
Harmony Four, Genangsquartett,
lebende Bilder.
Die Klein-Familie, Radfahrer.
Jane Pernay, Pariser Sängerin.
Die 6 Cocktails, Tanz-Ensemble.
Die Asahis, japanische Akrobatin.
Die 3 Moleors, Hochturner.
Biograph, darstellend d. Ringkampf
zwischen Hackenschmidt u. Jenkins.

Otto Pritzkow's

Abnormalitäten - Ausstellung
Münzstr. 16, am Alexanderpl.
Fedora, das Weib mit
den Löwentatzen.
Lebend! Lebend!
32 Jahre alt, 70 cm. gross.
Charlesto, das rätselhafte
medizinische Wunders.
Neu! Die kunstvoll plastisch
tätovierte Dame.
Eintritt 10 Pf.

Wohnungseinrichtungen

Diess
Matratze
nur M. 27
fr. Haus.
und
garto-
lose
Polster-
waren
w. Abbild.
Berlin O.
Lebusorstraße 15,
am Strausberg-Pl.
Paul Müller.

Möbel, 2952*

ganze Wohnungs-Einrichtungen
sowie einzelne Stücke äußerst billig.
Eigene Tischler-Werkstatt.
Berlin O.
Wiehr, Peterburgerstr. 62.
Unser tadelloses Konfir.

Krenzfolli
mild jed. andern vorgezogen.
3 Pf.-Dose best. Sardelbr.
40 marinirt. F. Heringe.
1 Dos. ff. Aaaf l. Gelse.
40 ff. Bückl. u. Sprott.
1 Os. Oelsard. 1 F. Koehb.
2 fette Rauchaale und
1 Stok. ff. Rauchaale.
10 Sort. 4 1/2 M. g. Nudn. Mit noch
1 D. ff. Nummer u. 1 D. Tafel L. G. S. 3 R.
E. Degener, Zwiternünde 83.
Großhändler-Export v. 1881. 101/7*

Kranz- und Blumenbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.
Bereins-Kränze, Balken- u. Blumen-
arrangements, Bouquets, Guirlanden
usw. werden fein u. preiswert geliefert

A. JANDORF & CO

SPITTELMARKT 16/17
Ecke Leipziger Strasse

BELLE ALLIANCE-STR. 1/2
Am Bücherplatz

GROSSE FRANKFURTER STR. 113
Ecke Andreas-Strasse

BRUNNEN-STR. 19/21
Ecke Veteranen-Strasse

Von Dienstag den 20. September bis Sonnabend den 24. September soweit der Vorrat reicht.

Gardinen

Gardinen 2mal Band, weiss oder crème	Meter	30, 45, 55 Pf.
Gardinen 2mal Band, weiss oder crème	Meter	60, 75, 95 Pf.
Gardinen abgepasst, weiss oder crème	Fenster, zwei Shawis	1 ⁷⁵ M., 2 ⁵⁰ M., 3 ⁵⁰ M.
Gardinen abgepasst, weiss oder crème	Fenster, zwei Shawis	4 ⁵⁰ M., 5 ⁷⁵ M., 6 ⁵⁰ M.
Stores moderne Muster, weiss oder crème	Stück	1 ⁷⁵ M., 2 ⁷⁵ M., 3 ⁷⁵ M.
Scheibengardinen weiss oder crème	Meter	28, 35, 45 Pf.
Congressstoffe glatt oder gestreift, weiss oder crème	Meter	45, 55, 60 Pf.
Tüllbettdecken für ein Bett, weiss oder crème	Stück	2 ¹⁵ M., 3 ⁷⁵ M., 4 ⁷⁵ M.
Tüllbettdecken für zwei Betten, weiss oder crème	Stück	4 ⁵⁰ M., 6 ⁵⁰ M., 7 ⁷⁵ M.
Rouleaux abgepasst, weiss oder crème	Fenster 2 Shawis	2 ²⁵ M., 3 ²⁵ M., 4 ⁷⁵ M.
Rouleaux abgepasst, rot oder altgold	Fenster 2 Shawis	3 ⁵⁰ M., 4 ⁷⁵ M., 6 ⁵⁰ M.
Rouleauxstoffe weiss oder crème	Meter	40, 65 Pf.
Rouleauxstoffe rot oder altgold	Meter	75, 95 Pf.

Möbelstoffe

Pomponfranze	Meter	9, 12, 22, 38 Pf.
Möbelschnur in bunt oder einfarbig	Meter	6, 8 Pf.
Gardinenhalter weiss oder crème	Stück	5, 15, 25, 35 Pf.
Gardinenhalter farbig	Stück	12, 18, 25, 40 Pf.
Fantasiestoffe für Sophasessige ca. 130 cm breit	Meter	1 ⁰⁵ M., 1 ⁸⁵ M., 2 ²⁵ M.
Fantasiestoffe für Sophasessige in rot oder bunt gemustert	Meter	2 ²⁵ M., 3 ⁰⁰ M., 3 ⁵⁰ M.
Möbelcattune schöne Muster	Meter	33, 45, 60 Pf.
Möbelcrêpe bunt gemustert	Meter	60, 90 Pf. 1 ⁴⁵ M.

Zuggardinen-Einrichtung mit Schnur und Quaste, complet 38 Pf.

Portièrenstangen mit almtlichem Zubehör 1⁹⁵ M.

Gardinenstangen nussbaum od. mahagoni imitiert, St. 23 Pf.

Läuferstoffe

Läuferstoffe für Zimmer oder Treppen-Beleg	Meter	25, 40, 65 Pf.
Tapestry-Läuferstoffe	Meter	1 ⁹⁵ M., 2 ²⁵ M.
Velour-Läuferstoffe	Meter	3 ⁵⁰ M., 4 ⁷⁵ M.
Cocos-Läuferstoffe	Meter	1 ⁰⁵ M., 1 ³⁵ M.

Jandorfs Wachstuch-Küchentischdecke Stück 28 Pf.

Satinkissen mit Volant, hübsche Muster, Stück 98 Pf.

Linoleum hübsche Muster, Meter 75, 90 Pf.

Jede Extra-Bestellung auf Portièren-Garnituren, Gardinenstangen etc. in kürzester Zeit lieferbar.

Holzwaren

Paneele, Nussbaumartig lackiert	ca. 50	60	80	100 cm.
	90 Pf.	1 ⁵⁵ M.	2 ⁴⁵ M.	2 ⁹⁰ M.
Vogelbauer	45, 90 Pf.	1 ⁴⁵ M.		
Vogelbauer-Arme	42, 85 Pf.			
Vogelbauer-Ständer	2 ⁷⁵ M., 4 ⁷⁵ M.			
Console	33, 45 Pf.			
Moderne Wandbilder	45, 90 Pf.			
Salon-Tische	95 Pf. 2 ⁴⁰ M.			
Salon-Säulen	1 ⁶⁰ M., 1 ⁰⁵ M., 2 ⁴⁵ M.			
Schirmständer	1 ⁰⁵ M., 2 ⁰⁵ M.			
Garderobenleisten				
	3	4	5	6 Haken
	28	35	42	48

Portièren

Portièren mit bunten Querstreifen und Franzen	Stück	85 Pf., 1 ⁰⁵ M.
Portièren einfarbig mit Bordüre	Stück	1 ⁰⁵ M., 1 ⁹⁵ M., 2 ²⁵ M.
Portièren mit hübscher Blumen-Bordüre	Stück	2 ²⁵ M., 2 ⁷⁵ M., 3 ⁰⁰ M.
Portièren-Garnituren Filztuch, 2 Shawis mit Lambrequin	complet	6 ⁷⁵ M.
Portièren-Garnituren Titian-Pfisch, 2 Shawis mit Lambrequin, reich bekarbelt	complet	10 ⁷⁵ M., 13 ⁷⁵ M.
Portièren-Garnituren Diagonal-Gewebe, 2 Shawis mit Lambrequin	complet	7 ⁷⁵ M.
Divandecken hübsche Muster		4 ¹⁵ M.
Portièren-Garnituren Diagonal-Gewebe, 2 Shawis, 1 Lambrequin, complet		4 ⁹⁵ M.
Scheiben-Schleier Brise-Bise, weiss oder crème	Stück	38 Pf.

Decken

Tischdecken Filztuch, reich bekarbelt, in mehreren Farben	Stück	2 ²⁵ M.
Tischdecken einfarbig, mit hübscher Bordüre	Stück	3 ²⁵ M.
Tischdecken Velvet-Pfisch, elegant bekarbelt	Stück	5 ²⁵ M.
Steppdecken in diversen Farben	Stück	3 ⁵⁰ M., 5 ²⁵ M., 6 ⁷⁵ M., 7 ⁵⁰ M.
Steppdecken, „Handarbeit“, viele Farben	Stück	8 ⁷⁵ M., 10 ⁷⁵ M., 11 ⁷⁵ M., 13 ⁷⁵ M.
Plättdecken	Stück	85 Pf., 1 ³⁵ M.
Schlafdecken hübsche Muster	Stück	2 ²⁵ M., 2 ⁵⁵ M., 3 ⁵⁰ M.
Wachstuch-Tabletdecken	Stück	4, 8 Pf.
Wachstuch-Wasserleitungsschoner	Stück	9 Pf.
Wachstuch-Eimerspindeldecken	Stück	23 Pf.
Wachstuch-Küchentischdecken mit Spruch, ca. 60/100 cm	Stück	38 Pf.

Teppiche

Perser Teppiche imitiert, 2seitig	Stück	4 ⁵⁰ M., 8 ⁷⁵ M., 11 ⁷⁵ M.
Axminster Teppiche	Stück	4 ⁵⁰ M., 7 ⁵⁰ M., 12 ⁷⁵ M.
Perser Vorleger imitiert, 2seitig mit Franse, Grösse ca. 50/100 cm	Stück	90 Pf.
Axminster Vorleger	Stück	75 Pf., 1 ⁴⁵ M., 2 ²⁵ M.

Eisenwaren

Porzellanquasten	Stück	4 Pf.
Schnurhalter	Stück	4 Pf.
Bildernägel	Dutzend	3, 4, 5, 7 Pf.
	ca. 1 1/2", 2", 2 1/2", 3"	
Consolhaken	Dtz.	8 10 12 15 Pf.
Vorhangstangen ausziehbar	Stück	8 Pf.
Teppichnägel	Dtz.	15 Pf., Dtz. 18 Pf.
Eiserne Gardinenstangen	ca. 100 120 140 160 180 cm	
	Stück	9 12 15 18 20 Pf.
Gallerieeisen	Paar	5 Pf.
Rollenkasten für Zuggardinenstangen	Paar	12 Pf.
Verzinte Ringe	Dtz. 2 Pf., Dtz. 3 Pf.	
Porzellanringe	1 Loch Stück 1 Pf., 3 Loch Stück 2 Pf.	
Garderoben-Ecken	St. 45, 70 Pf.	
Garderoben-Ecken mit Haken	Stück	90 Pf.
Handtuchhalter	45, 90 Pf. 1 ³⁵ M.	

Phonographen gut spielend, auf Eisenfüssen 2⁴⁵ M.

Bespielte Walzen Stück 58 Pf.
Columbia-Walzen Stück 90 Pf.

Dritte Konferenz der socialistischen Frauen.

1. Verhandlungstag.

(Schluß der Vormittags-Sitzung.)

Das Wort hat zur Berichterstattung

Fräulein Baader:

Als wir vor der Frauenkonferenz in München zurückkehrten, bewegte uns vor allem der Kampf gegen den Buhergesetz. Es galt eine gründliche Agitation zu entfalten. Um sie allgemein und einheitlich zu gestalten, ließ ich in Form von Circularen bestimmte Anweisungen an die einzelnen Vertrauenspersonen gelangen. Diese Anweisung hat gewirkt. Die umfassende Agitation bewirkte eine lebhaftere Beteiligung der Frauen an den Reichstagswahlen. Noch niemals sind so viel Frauen mit thätig gewesen, wie im verflochtenen Jahre. Zugleich wurde für Arbeiterinnenschutz und Kinderschutz agitirt. Auch hier wurde von der Centralstelle durch Verschaffung von Druckchriften und Broschüren Anregung und Anleitung gegeben. Für die Reichstagswahlen wurde ein besonderes Flugblatt für die Genossinnen herausgegeben, dessen Kosten der Parteivorstand getragen hat. Ueberhaupt hat der Parteivorstand alle unsere Forderungen glatt bewilligt. Auch eine größere Anzahl Exemplare des Handbuchs für die Reichstagswahlen und des Landtagswähler-Handbuchs sind uns bewilligt worden; wir haben sie allen rednerisch thätigen Genossinnen zur Verfügung gestellt.

Als nächste Aufgabe trat dann die Agitation an uns heran, die sich an das Kinderschutzgesetz knüpfte. Gelang es uns auch nicht, die Gesetzgebung zu beeinflussen, so war der ideale Erfolg dieser Agitation doch sehr bedeutend. Die Frauen wurden aufgerüttelt und ihnen das Unrecht klar gemacht, das in der Ausbeutung der Kinder durch das Kapital liegt. Das Kinderschutzgesetz an sich bringt, ist geradezu lumpig zu nennen. (Sehr richtig!) Das eigne Kind ist schlechter gestellt als das fremde. Und das Wenige, was das Gesetz bietet, kann durch Bundesratserlasse noch beschnitten werden. Diese Fragen gehen uns Frauen besonders an. Ihr mütterliches Gefühl begreift es, daß es überhaupt verboten werden muß, das Kind erwerbsmäßig thätig sein zu lassen. Das Kind ist zum Lernen da, zum Arbeiten sind die Erwachsenen da. (Sehr Zustimmung.) Wir haben in der Kinderschutzfrage die leicht verständliche Broschüre Agahds an die Vertrauenspersonen und Rednerinnen versendet.

In die verflochtene Arbeitsperiode fiel auch der Heimarbeiter-schutzkongreß. Der Beschluß unserer Münchener Konferenz, sich an diesem Kongreß zu beteiligen, wurde ausgeführt. Die Centralstelle erließ einen Aufruf an die Genossinnen, und verschiedene Orte beschieden den Kongreß. Sie wissen, welches Aufsehen dieser Kongreß überall erregt hat. Durch ihn wurde gewissermaßen das nadtie Elend aus dem Dunkel ins helle Tageslicht gezogen. In Arbeiterkreisen war dies Elend freilich längst bekannt, aber andern Leuten wurde besonders durch die Ausstellung erst vor Augen geführt, unter welcher elenden Lebensbedingungen der Arbeiter der Heimindustrie schmachtet. Der Lohn des Heimarbeiters pendelt nach dem Vassalischen Worte beständig um die Hungergrenze herum, ja sinkt unter sie herunter. Die Regierung freilich hat sich um diesen Kongreß nicht gekümmert. Graf Bülow fand nur Zeit, die bürgerlichen Frauen des internationalen Frauenkongresses zu sich zu bitten, ihnen die Hand zu führen und sich von ihnen den Hofzug vormachen zu lassen. (Heiterkeit.) Das Elend der Heimindustrie geht ihm wohl zu sehr an die Nieren. Da schent er sich vor näherer Kenntnisnahme. Wenn aber die Damen kommen in seidenen Kleidern und Spitzen, dann verachten ihnen die glatten Herren: Wir sind ja auch für die Gleichheit, aber augenblicklich ist nichts zu machen. (Heiterkeit.) Beachtung werden wir erst finden, wenn wir in ganz andern Massen auftreten und viel lauter schreien als bisher! (Sehr Zustimmung.)

So viel über die allgemeine Agitation. Als die Reichstagswahlen aufgeschrieben waren, machten wir uns, von der Parteipresse darauf aufmerksam gemacht, das Stückchen politischen Rechts zu nuge, das die Gesetzgebung uns läßt. Auf die wenigen Wochen, die zwischen der Ausschreibung einer Reichstagswahl und ihrer Verabreichung liegen, dürfen wir bekanntlich einem politischen Verein angehören. Natürlich gehört eine gewisse Reife der Bewegung dazu, wenn dieses Recht ausgenutzt werden soll. Die Centralstelle forderte in einem Circular die Genossinnen auf, von dem Rechte, einen Wahlverein zu gründen, Gebrauch zu machen. Mit dem Erfolge können wir recht zufrieden sein. In Berlin, in der Umgegend von Berlin und in Altona wurden politische Frauenwahlvereine für die bestimmte kurze Zeit gegründet. Der Berliner Verein gewann ziemlich tausend weibliche Mitglieder, und die Geldsammlungen ergaben im Vereinsjahre ein viel reicheres Ergebnis als früher. Die Frauen haben ja im allgemeinen weniger Geld als die Männer. Ihr Lohn ist geringer und sie trennen sich schwerer vom Groschen. Aber in der Wahlzeit haben auch die Frauen ihre Taschen aufgeknöpft und eingesehen, daß sie am besten sparen, wenn sie für die allgemeine Sache etwas leisten. Jedenfalls konnten als Ueberschuß von Berlin aus 300 M. und von Altona aus 100 M. an die Wahlkasse der Partei abgeliefert werden. Diesen Erfolg dürfen wir nicht niedrig einschätzen. Wir könnten die Agitation ganz anders betreiben, wenn wir freies Vereinsrecht hätten. Aber Graf Posadowski meint: Das steht den Frauen nicht an. O doch steht es uns an! (Sehr richtig.) Wir müssen jedes Stückchen Recht ausnützen und dürfen uns unter keinen Umständen das Recht, das wir haben, beiseite lassen. Gegen jeden Uebergriff der Behörden müssen wir Front machen. So hat man in Bochum sogar versucht, den Frauen die Teilnahme an öffentlichen Versammlungen zu verbieten. Das ist ein Bruch des Gesetzes, das auch die Beamten zu beachten haben. Nachträglich werden die Beamten ja rektifiziert. Aber „rektifiziert“, das heißt auf deutsch oft: Du hast es gut gemacht, Du wirst befördert. (Große Heiterkeit.)

Jetzt macht man uns Aussicht darauf, daß uns zur sozialpolitischen Betätigung ein weiteres Vereinsrecht eingeräumt werden soll. Aber wo liegt die Grenze zwischen politischer und sozialpolitischer Betätigung? Jeder Politist, jeder Staatsanwalt denkt verschieden darüber. (Sehr richtig!) Der Berliner Bildungsberein der Frauen ist wegen politischer Betätigung aufgelöst worden, weil ein Arzt in einem Vortrage über die Ernährung des Säuglings darauf aufmerksam gemacht hatte, daß von den Kommunen die Beschaffung gesunder Säuglingsmilch gefordert werden müsse. (Große Heiterkeit.) Aber gerade diese Sachen gehen uns an. Wir leben nicht allein für uns, sondern gehören einer großen Gemeinschaft an. Wir werden ebenso gut wie die Arbeiter vom Kapital ausgebeutet und vom Reiche durch Steuern geschöpft. Weshalb soll uns die Erörterung politischer Fragen verboten sein? Mit aller Kraft müssen wir deshalb die Agitation für ein freies Vereins- und Versammlungsrecht weiter betreiben. (Sehr richtig!) Das notwendige Material habe ich den Genossinnen in einem Circular zugänglich gemacht, das auch die Aussprüche der Minister Posadowski und Hammerstein enthält und auf den Initiativantrag der socialdemokratischen Reichstagsfraktion hinweist.

Ein Circular, das dauernden Wert hat und für längere Zeit gültig bleiben wird, giebt Anweisungen und Anregungen zur Förderung der Agitation. Es wird auf die Beteiligung an den Gewerkschaften und auf die Werkstätten hingewiesen und in denjenigen deutschen Ländern, in denen die Frauen nicht das Recht haben, sich an politischen Vereinen zu beteiligen, zur Gründung von Frauen-Bildungsvereinen geraten. Die Bildungsbestrebungen machen durch ihre Vermittlung von Wissen die Gehirne empfänglicher für die Aufnahme politischer Ideen. So haben die Bildungsvereine eine große Wirksamkeit ausgeübt und ihre Zahl nimmt ständig zu. Wir verbreiten eine leicht verständliche Broschüre von Frau Wallig

Repler, die ein ganzes Programm der Fragen giebt, die im Frauen-Bildungsverein zu behandeln sind. Wenn ein Hygieniker in einem solchen Verein z. B. über die Säuglingspflege spricht und seine Forderungen aufstellt: sonnige Luft, saubere Betten, gute Milch — wie manche Arbeitermutter begreift da zum ersten Male den Zusammenhang der Dinge, wenn sie sich sagen muß: Ja, all das kann ich meinem Kinde ja gar nicht geben. Wie soll ich es betreuen, wenn ich in der Fabrik so lange arbeiten muß. Und die Forderung einer Verkürzung der Arbeitszeit wird ihr begreiflich werden. (Sehr richtig!)

Wir haben dann weiter ein Regulativ für die Vertrauenspersonen ausgearbeitet. Ihre Zahl hat sich in den letzten zwei Jahren außerordentlich vermehrt. In München waren es 54, jetzt haben wir 108. Allerdings erhalte ich von manchen dieser Vertrauenspersonen nie eine Zeile, und ich weiß nicht, ob sie für die Bewegung arbeiten. Bekanntlich hatte die Central-Vertrauensperson ihre Aufgaben bisher im Nebenamt zu erledigen. Ich mußte meinem Berufe nachgehen und konnte nur die freien Stunden und die Abende meinem Amte widmen. Seit kurzem ist das anders geworden. Die Central-Vertrauensperson soll jetzt ihre ganze Zeit der Bewegung widmen. Sie wird nun einen größeren Druck auf die säumigen Vertrauenspersonen ausüben können. Mit manchen Orten war der jährliche Verkehr sehr lebhaft. Besonders erfreulich ist, daß sich in Gegenden, wo man gar nicht vermuthen sollte, daß eine Frauenbewegung vorhanden ist, in Ost- und Westpreußen, Vertrauenspersonen gefunden. Die Arbeit unserer Agitatorinnen auch auf dem Gebiete gewerkschaftlicher Kleinarbeit ist nicht vernachlässigt worden. Mancher neue Anknüpfungspunkt ist gefunden worden.

Mit Freude begrüßen wir diese Fortschritte. Natürlich ist auch der Briefwechsel mit der Central-Vertrauensperson viel reger geworden, wenn ich auch nicht angeben kann, wie groß die Zahl der ein- und ausgehenden Briefe war, da eine Liste darüber wegen Zeitmangels nicht geführt werden konnte. Auf der nächsten Konferenz aber werden sich bestimmte Zahlen geben lassen. Dann wird sich auch zeigen, aus welchen Orten die Vertrauenspersonen nicht schreiben.

Die Verbreitung unserer Presse zeigt einen geradezu enormen Fortschritt. Die „Gleichheit“, die in München erst 4000 Abonnentinnen hatte, hat jetzt 12000. Das ist das beste Zeichen, wie rege agitirt worden ist, und ein Beweis, daß die Frau bei ordentlicher Anleitung auch für ernste Lektüre zu haben ist. Wir hören ja freilich noch allerlei Beschwerden, das und das müsse anders gehalten sein, das verstanden die Frauen nicht. Aber es handelt sich hier um schwere Aufgaben. Der Frau, die bisher nur Kasperlportromane gelesen hat, sind alle politischen Dinge böhmische Dörfer; sie muß alles erst lernen. Allein es wäre falsch, zu verlangen, daß sich die „Gleichheit“ diesem niedrigen Niveau anpassen solle. Ein anderer Ausweg muß geschaffen werden, durch Flugblätter und leicht verständliche Schriften. Wer aber erst ein wenig weiter ist, der findet in der „Gleichheit“ ein unerhöfliches Material, das nur noch viel besser ausgenutzt werden sollte zu schönen, einfachen Flugblättern, die, von einfachen Frauen geschrieben, sich den Bedürfnissen der verschiedenen Gegenden anpassen.

Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen hat sich gehoben, wenn sie auch noch viel zu klein ist im Vergleich zu der Zahl der erwerbsthätigen Frauen. Hier liegt noch viel notwendige Arbeit vor uns.

Als eine Einrichtung, die die politisch thätigen Frauen im Verein mit den Gewerkschaften getroffen haben, sind die Verwerdungskommissionen der Arbeiterinnen ins Leben getreten. Die Arbeiterinnen sind so abhängig und eingeschüchtert, daß sie sich nicht direkt an den Gewerbe-Inspektor zu wenden wagen. Die Arbeiterinnen wissen auch gar nicht, daß sie bestimmte Rechte haben. Hierüber müssen sie durch die Verwerdungskommissionen aufgeklärt werden. Die beste Gelegenheit dazu geben die Werkstättenstunden. In allen Orten sollten diese Kommissionen errichtet werden. Die Gewerkschaften wieder sollten dafür sorgen, daß diese Kommissionen mit dem notwendigen Material an Büchern, Gesetzen usw. ausgerüstet werden. Das müssen und können die örtlichen Gewerkschaftskomitees leisten. (Sehr Zustimmung.)

So steht uns auch hier ein gutes Stück Arbeit bevor. Aber neue Kräfte haben sich uns zur Verfügung gestellt. Es sind Talente unter den Arbeiterinnen gewacht worden, die bisher geschlummert hatten. Hier hat eine Frau gelernt, öffentlich zu reden, dort betätigt sich eine andre schriftstellerisch. Und da haben besonders die Anregungen unserer Konferenzen segensreich gewirkt. Aber noch immer fehlt es uns an Agitatorinnen, deren Heranbildung in München beschlossene worden ist. Wir sind eben Proletarier in jeder Hinsicht, nicht bloß nach der Lebensstellung, sondern auch nach den Schulkenntnissen. Mühsam erringen wir uns die notwendige Bildung. Les- und Diskutierabende sind mit gutem Erfolge eingerichtet worden. Wir richten uns mit dem Gesetz ein und fördern unsere politischen Kenntnisse, ohne das Gesetz zu übertreten. Diese Abende werden von durchgebildeten Genossinnen geleitet, aber auch Genossen sind uns behilflich gewesen.

Nur aus den Geldsammlungen geht nicht hervor, daß die Bewegung gewachsen ist. Ich habe 70 M. weniger eingenommen, als in den vorhergehenden zwei Jahren. Da muß ich den Appell an die Genossinnen richten: Thut denbeutel auf! (Sehr Zustimmung.) Wir haben immer einen Stolz darin gesetzt, unsere Agitation aus eignen Mitteln, nicht aus dem Säckel des Parteivorstandes, zu betreiben. Nun war das letzte Jahr, das Wahljahr, für unsere Sammlungen sehr ungünstig. Und Ende 1903 wurde auch von den Arbeiterinnen der letzte Groschen für Crimmitschau geopfert. Auch dokumentiert sich in der Summe, die mir zugegangen ist, nicht alles, was für die Bewegung überhaupt zusammengebracht worden ist. Einzelne Kreise haben die Kosten selber bestritten. (Sehr richtig!)

Damit bin ich am Schluß. Ich hoffe, daß auch die heutige Konferenz wirken wird zum Segen nicht nur unserer, sondern der allgemeinen Bewegung. (Sehr Zustimmung.)

Auf Vorschlag von Frau Jettin wird beschlossen, diesen Bericht gemeinsam mit dem Referat von Frau Greifenberg-Augsburg über die allgemeine Agitation zu diskutieren.

Allgemeine Agitation.

Die Berichterstatterin Frau Greifenberg giebt einen interessanten Rückblick auf die ersten Anfänge der proletarischen Frauenbewegung an der Hand einer von Frau Jettin verfaßten Zusammenstellung, die 1893 auf der Chicagoer Weltausstellung ausgestellt wurde. Sie erinnert an die Organisationsbestrebungen vor und unter dem Socialistengesetz unter besonderer Hervorhebung der Thätigkeit des Vereins zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen, des Vereins der Wäntelwäscherinnen und des Nordvereins der Arbeiterinnen in Berlin. Dieser Verein und alle andern, die sich in Jell, Rudowalde, Gera, Halle, Düsseldorf usw. gebildet hatten, wurden wieder polizeilich aufgelöst, ihre Leiter zum Teil sogar mit Gefängnisstrafen belegt. Als Grund für die Auflösung des Hauptvereins wurde angegeben, daß die Ausbreitung dieser Bewegung eine Gefahr für Deutschland darstelle. (Heiterkeit.) Wenn also die Frauen sich aufzuklären, sich zu bilden beginnen, wenn sie für ihre Gleichberechtigung kämpfen, ist Deutschland gefährdet. — Nach all diesen Mißerfolgen konnten die Frauen nicht bald wieder eine ihnen freistehende Organisationsform finden; deshalb forderten sie die männlichen Genossen auf, sie in ihre Organisationen aufzunehmen. Hier aber begegneten die Arbeiterinnen vielfach dem Vorurteil, daß sie nicht gleichberechtigte Kolleginnen, sondern untergeordnete Hilfskräfte seien. Zahlreiche Arbeiter nahmen noch an, daß beim Fortschreiten der Produktionsverbesserungen die Frauen aus den Fabriken und Werkstätten gänzlich verschwinden würden. Die Verunsicherung hat sie eines Besseren belehrt. Von 1882—1893 hat die Zahl der männlichen Arbeiter um 6% die der weiblichen um 35% zugenommen. In den Großbetrieben ist die Zahl der männlichen Arbeiter um 15,8 Proz.

die der weiblichen um 26,8 Proz. gestiegen, in den Kleinbetrieben die der männlichen aber nur um 1 Proz., die der weiblichen um 40 Proz. I Zeit sehen die Arbeiter die Notwendigkeit ein, die Frauen aufzuklären, sollen diese ihnen nicht Schamkonkurrenz machen.

Im Jahre 1890 forderte der deutsche Parteitag zu Halle, 1891 der internationale Kongreß in Brüssel eine lebhaftere Propaganda unter den Frauen. In den achtziger Jahren hatte von einer Frauenbewegung größeren Umfangs nicht die Rede sein können, so viele Anregungen auch einzelne Vorkämpferinnen gaben. Auch die Gewerkschaften hatten vor dem Entstehen der großen Centralverbände nur minimale Erfolge verzeichnen können. Erst seit Anfang der neunziger Jahre wurde die Bewegung lebhafter. 1898 wurde die Frauenagitation als besonderer Punkt auf die Tagesordnung des Parteitags gesetzt. Außer den Anregungen, die das Referat und die Resolution der Genossin Jettin bot, nahm der Parteitag noch zwei Resolutionen an, von denen die eine eine vermehrte Thätigkeit der Frauen für die Gewerkschaften forderte, die andre die Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen an allen Orten vorschrieb. Um eine zielbewusste Agitation im Sinne dieser Beschlüsse zu entfalten, regte Genossin Jettin im Jahre 1900 die Abhaltung einer Konferenz der thätigen Genossinnen an. Genossin Baader als Vertrauensperson that alles mögliche, um die Genossinnen für den Gedanken dieser Besprechung zu gewinnen. Der Erfolg blieb nicht aus. In Mainz waren zur Frauenkonferenz 20 Delegierte erschienen, 1901 hatten wir schon 25 weibliche Vertrauenspersonen, denen wir durch das in Mainz beschlossene Regulativ einen Wegweiser gegeben hatten. Auf der Frauenkonferenz zu München erweiterten wir die Frage der Heranbildung weiblicher Agitatorinnen. Gewiß hat die Referentin Genossin Jettin praktische Ratschläge gegeben, aber woher sollen die Frauen die Zeit nehmen, geistig zu arbeiten? Die Männer sind wenigstens nach der Arbeit frei und können dann lernen, was ihnen ihr abgematteter, erschöpfter Körper noch zu begreifen erlaubt. Aber auch die Frauen haben wenigstens den Willen, geistig vorwärts zu kommen. Nicht, wie ein Minister gesagt hat, einige excentrische Frauen machen die Bewegung, sondern gerade die Masse der arbeitenden Proletarierinnen. Das beweist die zahlreiche Teilnahme der Frauen an öffentlichen Versammlungen, in denen sie nicht nur zuhören, sondern auch meist schon verstehen, weil ihr ureigenstes Interesse sie verstehen heißt. Wir können auf einen großen Erfolg — ich nenne es einen großen Erfolg — zurückblicken. (Zustimmung.) Auch die heutige Konferenz soll uns wieder neue Anregungen zur planmäßigen Agitation geben. So stolz die Bourgeoisie auf die „Einheit“ des Vaterlandes ist, so haben wir doch eine große Reihe verschiedener Vereinsgesetze, denen wir uns anpassen müssen in unsern zahlreichen Vaterländchen. In Hamburg, Bremen und Sachsen ist eine große Zahl von Frauen in den politischen Organisationen; das preussische Vereinsgesetz ist rigoros und reaktionär, aber das bayerische Vereinsgesetz ist noch viel schlimmer.

Auch an öffentlichen politischen Versammlungen, von den Vereinen ganz zu schweigen, können die Frauen erst seit 1899 teilnehmen. Selbst aus ihnen weisen sie die untergeordneten Polizeibehörden noch heute häufig aus. Es besteht ferner im bayerischen Vereinsrecht die Bestimmung, daß Minderjährige, d. h. Personen unter 21 Jahren, nur an allgemeinen, nicht an „öffentlichen“ Versammlungen teilnehmen dürfen. (Heiterkeit.) Ein Polizeibeamter, der auf eine Frage ganz richtig bestimmte, daß „öffentliche“ Versammlungen solche seien, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, „allgemeine“ z. B. solche, die Berufsfragen erörterten, wollte gleichwohl aus einer Versammlung, in der ich über „Ereignis und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation“ sprach, die Minderjährigen ausweisen.

Unter diesen verschiedenartigen Vereinsgesetzen sollen also Frauen-Bildungsvereine gegründet werden; unerlässliche Vorbedingung dafür ist aber das Vorhandensein von Leitern und Führern am Ort, um Auflösung und Bestrafung zu vermeiden. Denn der Mensch soll noch geboren werden, der sagen kann, wo die Gewerkschaftsbewegung aufhört und die Politik anfängt. Ein Beamter erklärt die Verkürzung der Arbeitszeit für politisch, ein anderer schon die Verwerdungskommissionen. Welche Fortschritte trotzdem die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen gemacht hat, zeigen folgende Zahlen: Es gab 1892/93 in den Gewerkschaftsverbänden 7000 weibliche Organisierte von 700 000 in der Industrie beschäftigten Frauen. 1898 stieg die Zahl der Beschäftigten auf 1 145 875. Die Zahl der organisierten Frauen auf 12 255. Mehrere große Streiks, die in diesem Jahre stattgefunden hatten, waren gute Agitationsmittel für die Gewerkschaften gewesen. So erklärt sich der Rückgang der Organisierten auf 11 884 im Jahre 1897. Und heute zählt die Generalcommission der Gewerkschaften 40 000 weibliche Verbandsmitglieder! Zu diesem Erfolg haben auch die Männer ein Teil beigetragen. Aber den Hauptteil des Erfolges können die thätigen Genossinnen für sich beanspruchen; die weiblichen rednerischen Kräfte sind deshalb auch sehr begehrte, weil sie, die Charakter und Leben der Frau selbst mitleben, diese leichter persönlich gewinnen können. Der Erfolg, der erzielt worden ist, ist wesentlich auch dem Umstände zuzuschreiben, daß seit 1896 nicht nur in öffentlichen Versammlungen agitirt wird. Die Vorkämpfer, die eine stätliche Zahl von Frauen in ihrer Organisation haben, haben auf geistlichem Wege, durch Familienzusammenkünfte, Deklamationen und Langbergangungen die Arbeiterinnen zu sich herangezogen, sie veranlaßt, in die Werkstättenstunden zu kommen und ihnen dort stets durch eine rednerisch tüchtige Frau die Ziele der Organisation, wenn auch schlicht, auseinanderzusetzen. So hat auch die Zahl der an den Lohnkämpfen beteiligten Arbeiterinnen gewaltig zugenommen. 1892 waren an Angriffsstreiks 32 639 Personen, darunter 2468 Frauen, beteiligt; an Abwehrstreiks 960 Frauen. Im Jahre 1903 zählte man bei Angriffsstreiks unter 53 760 Personen 2841 weibliche, bei Abwehrstreiks unter 67 830 nicht weniger als 9899 weibliche.

Gewiß dürfen wir dabei nicht vergessen, daß es brutale Arbeitgeber genug giebt, die ihren Arbeiterinnen das Organisationsrecht wehren. Gerade darum nehmen wir ja auch am politischen Kampfe teil. Eine straffere Organisation zu schaffen, ist hier, in Hamburg, in Sachsen nicht schwer. Aber im übrigen Deutschland werden die Parteiangelegenheiten immer mehr in den Wahlvereinen der Männer erledigt. Aber die Grundlage zu einer Centralisation ist durch die Befolgung der Centralvertrauensperson geschaffen, da diese ihre ganze Kraft jetzt der Bewegung widmen kann. An vielen Orten geht die Bewegung noch nicht ordentlich vorwärts. Selbst wenn thätige Genossinnen da ihren Wohnsitz haben, läßt ihnen die allgemeine Agitation nicht genügend Zeit zur Arbeit am Orte. Auch heute noch gibt es Genossen, die der Frauenbewegung feindlich gegenüberstehen (Sehr richtig!), sie ins Räckerliche zu ziehen suchen. (Erneutes Sehr richtig!) Genossin Baader zur Ehre sei es gesagt, daß sie ihre ganze Kraft in die Arbeit hineingelegt hat. Bis vor kurzem noch gezwungen, für ihren Lebensunterhalt zu sorgen, hat sie fast Uebermenschliches geleistet. Jetzt wird sie noch mehr Anregungen geben können. Aber wenn die Vertrauensperson an einem Orte kein Lebenszeichen von sich giebt, kann sie auch nichts thun. Da müssen wir uns eben gegenseitig anregen und ergänzen. Die Brandberger Genossinnen verlangen nun, daß die rednerisch thätigen Genossinnen die neu gewordenen Kräfte gleich einarbeiten sollen. Der Antrag ist sehr gut, aber praktisch unbedurchführbar. Mit ein oder zwei Tagen ist da nichts getan. Soll aber die Rednerin sich tagelang dort aufhalten, so mangelt es an Geld. Der Antrag scheitert an unserer Kasse, wenn auch die Opferwilligkeit der Genossinnen von Jahr zu Jahr wächst. Im Vorjahre verlangte ein Antrag Leipzig, es sollten durch Les- und Diskutierabende rednerische Kräfte gesammelt werden. Denen, die heute das neue Evangelium ins Land hinaustragen, ist es oft nicht möglich, sich auch dem noch zu widmen. Und die Arbeiterinnen sind abends ermüdet und müssen für den Haushalt sorgen. Aber wo es möglich ist, sollen die Kräfte so gesammelt werden.

Außer den Volksversammlungen und Werkstättenstunden soll auch die Geselligkeit gepflegt werden. Kommen auch die Arbeiterinnen

Um, um sich zu amüßeren, braucht doch der Ernst des Lebens und die schweren Kämpfe, die wir durchmachen, nicht vergehen zu werden. Als ich im Vorjahre auf einer Agitationsreise in Sachsen war, ließ bei einem Fest des sozialdemokratischen Vereins in Leipzig Blagowitsch Genosse Platzmann die Mitglieder zur Polonaise antreten, gerade gegenüber der Bühne. Dann forderte er mich auf, eine Ansprache zu halten. Einige Tanzlustige murmelten zwar, aber sie hörten doch schließlich zu. (Weiterkeit.) Von den Bescheidverdelmissionen lesen wir ja oft in unserer lokalen Parteipresse, daß ihre Mitglieder da und da wohnen und Bescheidwerden „entgegennehmen“. Sie sollten aber, wenn ihre Zeit es möglich macht, an den Gewerkschaftsversammlungen teilnehmen und die Arbeiterinnen über die Zustände in den Fabriken ausfragen. Die andre Aufgabe, die Bescheidwerden sorgfältig vorzuprüfen, haben die Bescheidverdelmissionen stets erfüllt, wie der jüngst verstorbene Gewerbeinspektor Borchshofer und der in München ausdrücklich anerkannt haben. Doch muß die Tätigkeit der Bescheidverdelmissionen noch mehr in die Massen hineingetragen werden.

Ich hoffe, daß die folgende Diskussion Anregungen zu Verbesserungen zahlreich bieten und dazu beitragen wird, daß auch fernerhin die Genossen ihr Augenmerk mehr und mehr auf die proletarische Frauenbewegung richten, sie anerkennen als das, was sie sein soll, nicht eine Sonderbewegung, sondern ein Mittel, die Frauen und Proletarierinnen zum Klassenbewußtsein zu erziehen, damit neue Kämpfe für die Sozialdemokratie gewonnen werden und damit die Partei einen Rückhalt hat nicht nur an den Männern, sondern auch an der wachsenden Zahl aufgestärkter Frauen. Ebenso wie die Männer in der Sozialdemokratie niemals ohne die Frauen zum Siege gelangen werden, ebenso können die Frauen nur von der Sozialdemokratie aus Not, Druck und Elend befreit werden. Um das zu erreichen, wollen wir Hand an Werk legen. (Lebh. Beifall.)

Mit der Diskussion über diese beiden Referate wird die über die zum Punkte „Allgemeine Agitation“ eingelaufenen Anträge verbunden.

Antrag Bromberg: 1. Die Agitation unter den Frauen des Ostens ist intensiver wie bisher zu betreiben.

2. Die für die Agitationskreise bestimmten Referentinnen sind nicht nur zur Abhaltung von Versammlungen in die Orte zu schicken, sondern die Zeit ist derartig einzuteilen, daß für jeden zu bearbeitenden Ort Zeit genug verbleibt, um feste Verbindungen zu schaffen und die gewonnenen Genossinnen eingehend über ihre Pflichten zu orientieren.

Antrag Köln: Die Konferenz macht es den am Orte zu wählenden Vertrauenspersonen zur Pflicht, überall da, wo dies möglich ist, eine Kommission zu wählen, bestehend aus gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen, die mit Hilfe des Gewerkschaftsstellens die Organisierung der Arbeiterinnen zu fördern hat.

Die Genossinnen Berlin beantragen: „Es sind Ermittlungen anzustellen darüber, wie viele der erwerbstätigen Frauen, deren Männer organisiert sind, einer gewerkschaftlichen Organisation oder einem Bildungsverein angehören.“

In der Diskussion erhält zunächst das Wort Genossin

Kähler-Dresden:

Wir können mit den erzielten Resultaten zufrieden sein und ich beantrage daher, die Central-Vertrauensperson zu entlasten. Dabei wollen wir nicht verkennen, daß eine ganze Reihe von Vertrauenspersonen die proletarische Frauenbewegung nicht, wie sie sollten, mit Lust und Liebe fördern. Aber ich will niemand einen Vorwurf machen. Wenn eine Frau aus vorgehobenem Posten sieht, daß sie allein steht, und von den andern verläßt wird, auch von den Genossen, die die tiefe Notwendigkeit der Frauenbewegung nicht begreifen, dann erlahmt ihre Kraft und Lust, und so kommen wir dann zu den Vertrauenspersonen, die sich mit der Central-Vertrauensperson überhaupt nicht in Verbindung setzen. In Mainz warnte ich selbst davon, überall die Bildung von Bildungsvereinen zu dekretieren, ohne daß wir wüßten, ob wir auch nur aus den Massen der einzelstaatlichen Vereinigungen entschlüpfen könnten. Jetzt aber erscheint es mir notwendig, in den Ländern, wo der naturgemäße Anschluß an die sozialdemokratischen Organisationen nicht möglich ist, der Agitation einen Rückhalt und ein festes Ziel zu geben. Daneben muß das System der Vertrauenspersonen schon mit Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen bestehen bleiben. Die Hauptsache aber besteht darin, daß wir die Vorurteile brechen, die wir selbst geschaffen haben. (Sehr richtig!) Ein Teil der Genossinnen ist selbst noch nicht aufgeklärt genug, um die Frauenbewegung zu unterstützen, der andre legt den Hauptwert auf die Gewinnung der Wahlstimmen der Männer, die Macht im Parlament geben. So ist die Frauenbewegung nicht nur im Osten, sondern in ganz Deutschland vernachlässigt. Da darf man nicht gegenüber dem Antrag Bromberg sagen, daß er nicht durchführbar ist. Er ist es, wenn wir genügend Geld haben. (Sehr richtig!) Würde für die Frauenorganisationen daselbst aufgebracht werden, wie für die Männerorganisationen, dann würden sie ganz anders aussehen. Rednerin bittet, den Antrag Bromberg nicht abzulehnen, sondern der Central-Vertrauensperson zur Ausführung bei gelegener Zeit zu überweisen. (Beifall.)

Frau Plum - Essen:

Bis zum 6. Januar d. J. konnte von einer Organisation der Frauen in unserm Kreise nicht die Rede sein. An diesem Tage versammelten wir 600 bis 700 Mädchen und Frauen, eine sehr große Zahl für die erste Versammlung. Wir gewannen sofort 225 Abonnenten für die „Gleichheit“ und zählen deren jetzt annähernd 500. (Bravo!) Das zeigt, welche Arbeit die Genossinnen am Orte geleistet haben. Wir haben alle Gelegenheiten zur Agitation benutzt, die Märkte, die Kaiserfeier, die Unterhaltungsabende. Dabei ist unsere Arbeit sehr schwer, wir haben keine weibliche Fabrikarbeit, nur Haus-, Industrie und besonders die Frauen der so schwer zugänglichen Bergleute. Am meisten hat uns in unserm Struppgebiete die Kaiserfeier vom Tischstuhlschneiden genützt. Sie hat uns zu dem Resultat der Reichstagswahl und der Gewerbevereinswahl vom 8. Januar verholfen, wo wir die christlichen Gewerkschaften und Tischstuhlschneider mit über 600 Stimmen Majorität besiegt haben. (Lebhaftes Bravo!) Dieses Beispiel hat uns den Wert des Zusammenklusses nahegelegt. Gerade bei den Gewerbevereinswahlen haben auch wir mit unserer Agitation eingeseht. Gewiß wird von den einzelnen Orten viel gegen die Centralstelle gesündigt. Aber in der Versammlung vom 6. Januar, als Frau Jick und Frau Kähler ein Scherflein von uns für die Trimmischauser verlangten, haben wir es nicht abgeschlagen. Ich hoffe, daß wir in der nächsten Zeit noch tüchtig vorwärts kommen. (Lebhafter Beifall.)

Darauf tritt die Mittagspause ein.

Der Nachmittags-Sitzung wohnten mehrere Reichstags-Abgeordnete, auch die Parteivorstands-Mitglieder Gerich und Pfankuch als Zuhörer bei.

Vor in der Tagesordnung fortgefahren wird, giebt die Vorsitzende Frau Jettin der Konferenz Nachricht von dem folgenden von Frau Peiermann-Dresden eingegangenen Protest:

„Die Unterzeichnete ist beauftragt, als Vertrauensperson des 5. sächsischen Reichstags-Wahlkreises der Konferenz folgenden Protest zu unterbreiten: Die politisch organisierten Frauen des 5. sächsischen Reichstags-Wahlkreises protestieren jetzt und in Zukunft ganz energisch gegen die willkürlichen Handlungen der Berliner Genossinnen, zum Beispiel Besichtigung des Internationalen Kongresses in Amsterdam, Anstellung der Vertrauensperson usw. Sie erklären sich im Princip mit der Anstellung einer beförderten Sekretärin einverstanden mit der Forderung, daß nur die Frauenkonferenz in diesem Falle kompetent ist, wenn mindestens zwei Drittel der örtlichen Vertrauenspersonen dafür sind.

Die Genossinnen halten es für ihre Pflicht, zu betonen, nicht als Marionetten zu gelten, sondern als vollwertige, jederzeit als mitthätende und mitredende Genossinnen gewertet zu werden.

Mit Parteigrüß

Magd. Petermann.

Frau Jettin:

Es ist notwendig, einiges auf diesen Protest anzugehen, um zu zeigen, wie unberechtigt und leichtfertig dieser Protest ist. Es handelt sich absolut nicht um einen willkürlichen Akt der Berliner

Genossinnen bei der Besichtigung des Amsterdamer Kongresses. Die Anregung erfolgte von den Genossinnen von Berlin, Hamburg und Altona-Otensen. Erst auf die Anregung hin hat sich unsere Central-Vertrauensperson mit sämtlichen örtlichen Vertrauenspersonen in Verbindung gesetzt und sie gebeten, dazu Stellung zu nehmen. Jweimal ist dies auch in der „Gleichheit“ geschehen und schließlich ist von der Centralstelle noch einmal ein Circular in diesem Sinne erlassen worden. Da kann man wirklich nicht von einem Willkürakt reden und die, die den Protest angezettelt haben, haben das öffentliche Leben verschlafen oder verschlafen wollen. Dasselbe gilt von der Besichtigung der Sekretärin. Man ist zu der Besichtigung erst geschritten, nachdem mit den Vertrauenspersonen der großen Städte und Industriezentren Rücksprache genommen war. Nur die erst kürzlich angestellten Vertrauenspersonen sind nicht gefragt worden. Gerade diese sind am wenigsten kritisch, sie himmeln allen Vorschlägen am leichtesten zu. Die Besichtigung der Genossin Vaader ist auch von dem Parteivorstand gebilligt worden. Wir haben aus Gründen der Vereinigungsbildung Abstand genommen, die Sache öffentlich zu verhandeln. Wir haben hier Abstand genommen, weil wir in der Ausstellung von Mandaten und Zulassung von Gästen sehr weitgehend sind. Ich schlage Ihnen vor, über den Protest zur Tagesordnung überzugehen und ihn dem Papierkorb zu überantworten. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird in der Diskussion fortgefahren.

Frau Zeise - Köln:

Berichtet über die Agitation im Kölner Bezirk. In dem schwarzen Köln, dem halben Rom, hat die Agitation große Fortschritte gemacht. Eine Organisation war nicht möglich aus vereinsgesetzlichen Gründen. Die Kölner Genossinnen haben sich mit dem Gewerkschaftsstellens in Verbindung gesetzt und Anschluß gefunden. Es sind eine stattliche Anzahl Gewerkschaftsmitglieder gewonnen worden. Die ganze Agitation fällt aber auf Köln-Stadt, in den Vororten fehlt es noch an geeigneten Kräften. Wir können Ihnen nur den Antrag der Genossinnen empfehlen. Weiter empfiehlt sich die Gründung von Frauen-Bildungsvereinen, damit wir mehr rednerische Kräfte bekommen, die unbedingt notwendig sind.

Frau Thiel - Zellow - Bredlow will zum Vereins- und Versammlungsrecht sprechen, wird aber ihre Ausführungen verschließen, bis dieser Punkt der Tagesordnung verhandelt wird.

Frau Wadwig - Dresden (4. sächs. Kreis):

Berichtet über ihre Tätigkeit in ihrem Kreise. Sie hat 80 Besprechungen und 18 Versammlungen in einem Jahre abgehalten. Sie tritt dafür ein, sich mehr mit den männlichen Parteigenossen in Verbindung zu setzen. Die Bescheidverdelmission hat sich mit der Dame in der Gewerbe-Inspektion in Verbindung gesetzt. Aber diese hat nicht immer Wort gehalten. Wir verhandeln jetzt mit dem Gewerbeinspektor selbst und haben mit ihm bessere Erfahrungen gemacht als mit seiner Gehilfin. In einem Falle hat er auf unsere Veranlassung einen Betrieb revidiert und die Arbeiterinnen von einer Arbeit in einem völlig unhygienischen Raum befreit. Wir dürfen also nie müde sein und in unserer Agitation nie erlahmen, wenn wir zum Ziele kommen wollen.

Frau Vosse - Bremen:

Ueber Bremen ist nicht viel Erfreuliches zu berichten. Die Bewegung wurde hierher von der nun verstorbenen Guillaume Schönd getragen. Diese Frau hat mich für unsere Sache begeistert. Durch sie kam ich zu der Ehre, hier eine Führerrolle zu spielen. Ich that, was in meinen schwachen Kräften lag, es konnte nicht viel sein. Ich bin eine arme Proletarierin, hatte wenig Bildung und Wissen. Keine Dreifigkeit, mich öffentlich im Reden zu versuchen, war mein einziges Verdienst. Ich konnte nicht viel leisten. Die Bewegung ging etwas vorwärts, aber bald wieder zurück, sie schloß schließlich ganz ein. Erst durch die Mainzer Konferenz wurde sie wieder etwas emporgehoben. Es giebt bei uns viele Genossen, die Gegner der Frauenkonferenzen sind, aber ich halte sie doch für sehr nützlich. Sie bringen doch immer wieder frisches Leben in die Bewegung, und auch diese Konferenz wird für Bremen nicht verloren sein. Wir haben uns mit dem Gewerkschaftsstellens in Verbindung gesetzt. Ein Erfolg kann aber nur erreicht werden, wenn die Männer ihre Frauen und Töchter zur Organisation anhalten. (Beifall.)

Frau Linnwig-Dresden:

Berichtet über die Verhältnisse in ihrem Kreise. In Sachsen dürfen sich die Frauen politisch organisieren. Die Frauen zahlen für die politische Organisation ihre Beiträge. Deshalb mögen die Gelder an unsere Centralstelle spärlicher fließen. Das Verhältnis zu den männlichen Genossen ist in letzter Zeit besser geworden, aber es ist immer noch häufig der Fall, daß die Männer keinen Wert darauf legen, daß die Frauen sich organisieren. Unsere Männer müssen bei ihren Frauen und Töchtern die erste Aufklärungsarbeit verrichten. Dann werden auch deren Kinder aufgeklärt sein. In Dresden hat bei den Wahlen zu dieser Konferenz sogar ein Genosse gesagt, die Frauen wollten nur Vergnügungstreiben machen. Nun urteilen Sie selbst, ob wir hier zum Vergnügen sind, oder um erst über den Fortgang unserer Bewegung zu beraten? (Beifall.)

Frau Luß-Berlin:

Unser Verhältnis zu den Berliner Genossen ist das denkbar beste. Und wenn sie mal nicht wollen, dann giebt es einen sanften Nippenstoß. (Weiterkeit.) Wo es an genügender Interesse fehlt, wird unser Berliner Antrag nachgeholfen. Zu dem Dresdener Protest möchte ich noch bemerken, daß er wohl von Berlin nach Dresden gegangen ist und Dresden nur den Namen gegeben hat. (Sehr gut.) Er tritt hier unter solcher Adresse auf. Ueber die mangelnde Hilfe der Männer möchte ich doch nicht allzuviel klagen. Bist du Gottes Sohn, so hilf dir selbst. (Lebh. Beifall.)

Frau Fabrenwald-Hamburg:

Unser Agitation in der Frauenbewegung ist von Anfang an schwer gewesen. Schon in den vier Jahren habe ich Les- und Diskussionsabende in Berlin abgehalten. Ich habe aber die Erfahrung gemacht, daß unsere Genossinnen von der schweren Tagesarbeit ermüdet, bei der Vorlesung eines wissenschaftlichen Buches einschlafen. (Weiterkeit und Zustimmung.) Es kann ihnen gar kein Vorwurf daraus gemacht werden. Wissenschaftliche Bücher sind auch so umfangreich, daß sie nur in vielen Abenden vorgelesen werden können. Jwei-, dreimal kommen die Genossinnen, dann bleiben sie weg. Viel praktischer ist, aus guten Broschüren kleine Vorträge herauszuziehen und diese vorzutragen. Da sind Schriften von Frau Jher, und es ist anzuerkennen, daß sie da Grobhartiges geleistet hat. Da ist Frau Vilh Braun: in ihren Schriften ist sie grohartig, wenn sie auch sonst nicht so ist, wie wir sie gern haben möchten. (Weiterkeit.) Statt der Lesabende schlage ich also Vortragsabende mit Diskussion vor. Zum Neben müssen die Genossinnen aber erst angeregt werden. Unterhaltungsabende haben wir schon in den vier Jahren gehabt. Ich glaube aber nicht, daß ich mit solchen Unterhaltungsabenden meinen Genossen vom dritten Hamburger Wahlkreise kommen dürfte. (Weiterkeit.) Sie haben uns so schon nicht besonders gern. (Erneute Weiterkeit.) Es ist ja richtig, daß manche Arbeiterin nur durch ein bißchen Klaviergeklümpel und Pühetreten (Weiterkeit) herangezogen werden kann, aber unsere Aufgabe ist es, sie durch den Sozialismus zu Sozialisten zu erziehen. (Sehr richtig!) Im kommenden Winter wollen unsere Bürgerlichsdarsteller in Hamburg und in kleinen Kreisen über die Armenpflege und die Bescheidverdelmissionen unterrichten. Zu dem Kölner Antrag möchte ich bemerken: Unter keinen Umständen darf die Hülse der sich jetzt in Berlin selbst etablierenden weiblichen Gewerkschaftskommission in Anspruch genommen werden. (Sehr richtig!) Wir Frauen lassen uns das Recht zu wählen nicht nehmen; wir stehen auf dem Standpunkt des Schneiderverbandes in Bezug auf die weibliche Gewerkschaftskommission, die sich selbst etabliert hat.

Frau Jettin (unterbrechend): Stellung zu dieser Gewerkschaftskommission zu nehmen ist Sache der Gewerkschaften und nicht Sache der Frauenkonferenz. (Sehr richtig!) Ich bitte diese Frage hier nicht zu berühren.

Frau Fabrenwald: Dann ist es gut, daß es schon gesagt ist. (Weiterkeit.) Rednerin schließt mit der Aufforderung zu reger Agitation. Als wir zum ersten Male angeklagt waren, sagte der Untersuchungsrichter, als wir sein Zimmer betraten, spöttisch zu uns: Da kommt die Heilsarmee. Das Wort ist bei mir hängen

geblieben. Ja, wir wollen die Armee sein, die den Arbeiterinnen und allen Ausgebeulten das Heil bringt. (Bravo.)

Dr. Robert Michels-Warburg:

Spricht seine Freude über die große Summe von Tätigkeit, Aufmerksamkeit und Intelligenz aus, die sich in der Frauenbewegung zeigt, vermehrt aber, daß in dem ausgezeichneten Referat von Frau Vaader nicht ein Grund angegeben worden ist, weshalb man sich an dem Berliner Kongreß der bürgerlichen Frauen nicht beteiligt hat. Ich begreife den Standpunkt durchaus, daß die proletarischen Frauen nichts mit den bürgerlichen Frauen gemeinsam haben. Aber dieser Standpunkt bedeutet doch nicht, daß man nicht bei einem speziellen Anlaß mit den bürgerlichen Frauen zusammen tagen darf. Seit wann scheint die Sozialdemokratie den Umgang mit Bürgerlichen, als seien sie pestkrank? Im Parlament findet diese Berührung doch Tag für Tag statt. Auch der Heimarbeiterschußkongreß ist ja mit bürgerlichen Reformern gemacht worden. Die proletarischen Frauen hätten sich nichts vergeben, wenn sie der außerordentlich lebenswürdigen Einladung zum Frauenkongreß gefolgt wären. Auch der Gang der bürgerlichen Frauen zur Kaiserin und zu Herrn von Bülow hätte uns nicht vorher verschrecken brauchen. Auch das Parlament schickt ja Delegationen zum Kaiser. Der Verlauf des Kongresses wäre ganz anders gewesen, wenn die sozialdemokratischen Frauen mitgemacht hätten. Gewiß ist sehr viel auf dem Kongreß gesündigt worden und die Beteiligung an ihm ist nicht immer mit den richtigen Gründen verlangt worden, so von dem Genossen James Broß im Vernsteinischen „Montagsblatt“, der da behauptet hat, die bürgerlichen Frauen hätten demokratisch verfahren, als sie die Kaiserin besuchten, und dann die Anekdote von der amerikanischen Genossin erzählt, die der Kaiserin die Hand gereicht habe. Ich hebe das hervor, um nicht zu den Revisionisten gezählt zu werden. Ich halte es nicht für eine Schande, Revisionist zu sein, aber ich bin es nicht. Die bürgerlichen Frauen kommen nicht aus ihrer Haut heraus, aber wenn wir dabei gewesen wären, hätte man sich geniert. Was nimmt die Reaktion sich nicht alles heraus, wenn sie allein unter sich ist. Man denke an Abgeordnetenhäuser, an Herrenhäuser und dergleichen damit den Reichstag, wo sich die Reaktion doch mehr in Acht nimmt. So wäre es auch hier gewesen. Das Gewissen der bürgerlichen Frauen wäre durch unsere Anwesenheit geschärft worden. Gerade aus agitatorischen Gründen hätte man hingehen sollen. Was für Vorurteile bestehen nicht gerade bei den bürgerlichen Frauen gegen die Sozialistinnen. Sozialdemokratische Frau bedeutet ihnen soviel wie Petroleumengel. (Weiterkeit.) Wenn wir unsere Prinzipien nicht überall hin tragen, werden diese Vorurteile nicht aufhören. Einigen Damen meiner Bekanntschaft gab ich eine kleine Broschüre der Frau Jettin: Die Frauenfrage und das Proletariat. Als sie sie gelesen hatten, meinten sie: Ja, wenn alle so wären! Ich erwiderte: Ja, sie sind alle so, Frau Jettin ist besonders rot. Daß unsere Anschauungen Woden fanden, beweist der Beifall, der der Genossin zuteil wurde. Und dieser Beifall kam nicht von proletarischer Seite. Nicht eine Verwässerung des Princip bedeutet dieses Zusammengehen mit den bürgerlichen Frauen. Unser Programm soll klar, deutlich und scharf ausgesprochen, nicht gebeugt und nicht angepaßt werden. Aber es soll ausgesprochen werden. Vergessen wir auch nicht, daß es den bürgerlichen Frauen gelungen, Proletarierinnen, die Handlungsgehilfinnen zu organisieren, und wie ihnen Proletarierinnen der Koffarbeit, die Lehrereinnen, noch immer folgen. Vor diesen hätten wir unsern Standpunkt vertreten müssen und nicht jagen sollen, wir thun nicht mit.

Es wird von den Genossinnen viel darüber gesagt, daß die Männer der Frauenbewegung Steine in den Weg wälzen. Woran liegt das? Die Frau ist befangen in religiösen Vorurteilen und nicht leicht dahin zu bringen, mit dem Manne zu gehen. Das Hauptgewicht muß auf den Erfolg des kirchlichen durch das sozialistische Element gelegt werden. Der Satz: Religion ist Privatfache ist nicht mehr im Programm angebracht, weil er falsch verstanden wird, als bejage er: Religion ist Burt; wer fromm ist, mag fromm bleiben. Die Männer denken frei, aber die Anschauungen der Frau gehen wieder auf die Kinder über. Ich möchte einmal eine Statistik unter den Parteigenossen mit folgenden Fragen aufnehmen: Ist Ihre Frau kirchlich? Haben Sie Ihre Kinder taufen lassen? Ist Ihre Tochter konfirmiert? Ich glaube, viele sehr angefehene Parteigenossen würden diese Frage sehr schlecht bestehen. (Weiterkeit.) Auch sollte der Parteivorstand einmal ermitteln, wieviel Parteigenossen eine Frau besitzen, die der Partei angehört. Die Fälle, wo Mann und Frau gleichzeitig unserer Partei angehören, gehen nicht über die Hunderte hinaus. (Widerpruch.) Was die Frauenbewegung in Hessen anlangt, so haben wir die Qualität der Frauen auf unserer Seite, aber noch nicht die Quantität. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Frau Jick-Hamburg:

Ich muß zunächst einiges auf die Vorwürfe des Vorredners erwidern. Er hat die Veranstaltung der bürgerlichen Frauen in Parallele mit dem Reichstag gestellt. Aber die Zusammensetzung des Parlaments haben wir nicht geschaffen. Wir haben keinen Einfluß auf diejenigen Vertreter, die wir nicht in das Parlament geschickt haben. Gerade die bürgerlichen Frauen, mit denen wir zeitweilig zusammengehen sollen, haben sich so rückständig wie möglich erwiesen. Ihre berufliche Vertreterin, Frau Dr. Schirmer, erklärte, daß sie das Wahrecht nicht verlange für die Frauen, sondern nur für die Damen (sehr wahr!), daß sie es gebunden wissen wollte an einen Census, an die Ansfähigkeitsdauer u. s. f., ganz wie die männlichen Reaktionen das Wahrecht für die Arbeiterverlaulieren wollen. Wenn man uns auffordert, zumutet, auf dem Kongreß der Frauen zu erscheinen, die unsere politischen Todfeinde unterstehen, nicht um unsere grundsätzlichen Forderungen zu diskutieren, sondern um uns Reformen in homöopathischen Dosen zuzugestehen zu lassen, so betrachten wir das als eine Herabwürdigung. (Lebhafter Zustimmung.) Wenn man durchaus eine Parallele ziehen will, so frage ich: Gehen unsere Genossen zu den Parteitag des Freisinn oder der Nationalliberalen? (Sehr gut!) Wenn es etwas giebt, was unsere Ablehnung nachträglich motiviert und gerechtfertigt hat, dann ist es der Causofflag gewesen, den die bürgerlichen Frauen zum Reichstagsanleger unternommen haben in dem Moment, wo die Regierung das Frauenwahlrecht zu gewähren ablehnte. Wenn wir auch den Gang nicht mitgemacht hätten, wir hätten doch die Verantwortung übernommen für das, was wir nicht nur als Dummheit empfinden, sondern auch als Entwürdigung bezeichnen müssen. (Lebhafter Beifall.) Die bürgerlichen Frauen organisieren Proletarierinnen, meinte Genosse Michels. Aber sie organisieren, wo eine Organisation besteht, wo wir vor ihnen organisiert haben, die Handlungsgehilfinnen; sie tragen Zersplitterung in das Proletariat hinein. Man sagt, hinter den bürgerlichen Frauen siehe noch das geistige Proletariat, die Lehrereinnen, die uns noch nicht kennen. Aber wir führen unsere Verhandlungen niemals unter Ausschluß der Öffentlichkeit, und wer die kleinste Neigung hat, kennen zu lernen, was wir erstreben, und wofür wir eintreten, komme uns anzuhören. Das Feld unserer Arbeit beim Proletariat des Kopfes und der Hand ist so ungeheuer, daß wir es gar nicht verantworten könnten, unsere Zeit unter bürgerlichen Frauen zu vertribeln, die in Bezug auf die Forderungen, bei denen wir mit ihnen gemeinsam vorgehen könnten, längst nicht mehr fortgeschritten, sondern längst geradezu zurückgefallen. Warum sollten wir da die Großen, die wir so notwendig brauchen, für das hohe Entree zum Frauenkongreß ausgeben, um die Erlaubnis zur Teilnahme zu haben und eventuell fünf Minuten Redezeit bewilligt zu bekommen. (Beifall.)

Ich gehe nun dazu über, Ihnen folgenden Antrag der Hamburger Genossinnen zur Annahme zu empfehlen:

In Erwägung:

Daß die Vereinsgesetze im größten Teil des Deutschen Reiches den Frauen das politische Vereinsrecht vorenthalten, daß aber dem Wesen der sozialdemokratischen Partei entsprechend den Genossinnen das Recht gewahrt bleiben muß, Mitglieder der sozialdemokratischen Partei zu sein und als gleichberechtigt an ihren Arbeiten und Entscheidungen teilzunehmen; daß mithin die Anträge auf Reorganisation der Partei besonderer Prüfung bedürfen, beantragt die Frauenkonferenz:

Der Parteitag wolle die Anträge auf Abänderung des Organi-

Faktionsstatus einer Kommission überweisen, welcher auch Vertreterinnen der Genossinnen angehören.

Und hat bei diesem Antrag nicht etwa der Gedanke geleitet, mit Rücksicht auf die Frauen die strammere und bessere Organisation der Partei hinterlassen zu wollen oder zu verlangen, daß man langamer vorgehen soll, wo die Interessen der Partei größere Schnelligkeit erfordern und eine reaktionäre Gesetzgebung unsere Teilnahme hindert. Wohl aber sind wir der Meinung, daß sich Mittel und Wege werden finden lassen, die beiderseitigen Interessen auszugleichen. In welcher Weise die beiden Gesichtspunkte vereinigt werden sollen, darüber soll eben die Kommission befinden. Deshalb bitte ich Sie, meinem Antrage zuzustimmen.

Ich komme zur Frage der gegenseitigen Unterstützung der männlichen und weiblichen Genossen. Auf beiden Seiten ist vielfach geklagt worden. Von den Genossinnen ist aus Mangel an Erfahrungen wohl oft nicht der rechte Weg gewählt worden, von den Genossen ist aus Ueberbürdung, aus Mangel an Zeit manches vernachlässigt worden. Der beste Weg, Frauenorganisationen da zu begründen, wo sie noch nicht bestehen, ist der, sich von den organisierten Genossen die Frau nennen zu lassen, die sich schon lange genug in der Organisation eingearbeitet hat und sich ihr am besten anpaßt. So haben wir es in Essen mit dem besten Erfolge gemacht und die Genossinnen unterstützen die Frauenbewegung in jeder Weise.

Man sagt, daß die Frauenarbeit da unmöglich ist, wo keine industrielle Frauenarbeit besteht. Gewiß ist nur dort das Klassenbewußtsein so stark und intensiv; aber auch die andern Frauen können wir gewinnen, wenn wir sie als Mütter, Hausfrau und Bürgerin packen. Beim Kinderbeschutz-Gesetz können wir die Mütter gewinnen, mit der Agitation gegen den Pollwucher die Hausfrau, und wenn dann die Frauen in unsere Vereine kommen, werden sie empfinden über die reaktionäre Handhabung des Vereinsgesetzes und diese Empörung umsetzen in lebhafteste Parteithätigkeit. Da wollten in Essen die Milchhändler die Preise heraufsetzen. Sofort veranstalteten die Genossinnen Essen, an denen wir überhaupt unsere helle Freude haben, eine öffentliche Versammlung und setzten mit der Gegenagitation ein.

Außerordentliches Schwierigkeiten begegnet die Frauenbewegung in der Tat bei den Handlungsgehilfinnen und Näherinnen. Auf die Gründe kam ich hier nicht eingehen. Aber wenns so schwer ist, diese Arbeiterinnen durch Versammlungen und Werkstattbesprechungen zu gewinnen, so müssen alle Genossen und Genossinnen die Pflicht üben, überall in der Familie bei ihren Bekannten, wo sie solchen Arbeiterinnen begegnen, diese veranlassen, sich zu organisieren und nicht ihren Klassen Genossen das Stild Vrot aus der Hand schlagen. (Die Vorsitzende Frau Jettin macht die Rednerin wiederholt auf den Ablauf der Redezeit aufmerksam.) Genossin Dr. Michels wollte noch von Hessen sprechen. Hessen, Baden und Württemberg sind in der Frauenbewegung noch weit zurück, nur in Bayern hat in der letzten Zeit durch die Agitation der Genossin Weisenberg einige Fortschritte gemacht. Hoffentlich wird die Frauenbewegung bald nicht nur im Norden und Westen, sondern auch im Süden Erfolge zu verzeichnen haben. (Lebhafte Beifall.)

Frau Huben (zur Nichtigstellung): Im Interesse der Wahrheit muß ich feststellen, daß Frau Stritt als Vertreterin der bürgerlichen gemäßigten Frauen und Frau Gauer im Namen der bürgerlichen Radikalen im Juniheft der „Socialistischen Monatshefte“ sich für das allgemeine Wahlrecht in unserem Sinne ausgesprochen haben. Hinzufügen will ich, daß auch ich, die ich auf der äußersten Linken stehe und mich fast zu Ihnen rechne, sehr bedauere, daß die Socialdemokratie auf dem Kongress nicht vertreten war. Die wenigen Worte Lily Brannsch schlugen schon wie zündende Wetter ein. So, wenn eine bürgerliche Rednerin sagte, die weibliche Landarbeit wäre leider bößlich verschwendet und Lily Brannsch erwiderete, es seien zwei Millionen Proletarierinnen in der Landwirtschaft beschäftigt. Seien Sie versichert, Sie haben mehr Freunde unter den bürgerlichen Frauen, als Sie wissen, aber diese wissen, daß sie auch unter den Socialdemokraten Freunde haben (Frau Jettin rief: Die sind auch danach!) — Große Heiterkeit, auch wenn zwischen den Spitzen persönliche Reibungen bestehen.

Frau Bieh (zur Nichtigstellung): Die Meinung, Ansicht und den Glauben der Frau Stritt in allen Ehren, aber der Kongress hat nichts beschlossen, was dem Vortrag der Frau Dr. Schirmacher widerspricht. Im Jahre 1901 haben überdies die bürgerlichen Frauen in einer Eingabe an den preussischen Landtag ein Kommunalwahlrecht verlangt, das an gewisse Steuerleistungen gebunden sein sollte. (Lebhafte sehr richtig!) Uebrigens scheint mir, wir hätten wichtigeres zu thun, als auf bürgerliche Kongresse zu gehen, um die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen davor zu bewahren, daß sie Dummheiten machen. (Lebhafte Beifall.)

Frau Bösch-Leipzig
berichtet von der Leipziger Bewegung. Mit großem Erfolge betreiben wir die Werkstatt-Agitation. Das erkennen selbst unsere Leipziger Genossen an, die sonst nicht viel bei uns anerkennen. (Heiterkeit.) Wir haben schon Hunderte von Arbeiterinnen den Werkstätten zugeführt. Schwieriger als das Gewinnen von Mitgliedern ist das Erhalten. Sehen die Arbeiterinnen nicht sofort greifbare Vorteile, so kehren sie der Gewerkschaft wieder den Rücken. Wir brauchen daher sehr geliebte Genossinnen für die Werkstatt-Agitation und es würde sich empfehlen, ihnen eine kleine Vergütung für ihre Auslagen und ihren Zeitverlust zu gewähren. Ausgebildet werden diese Agitatorinnen an den Diskussionsabenden, die als Lehrerin seit langem in dankenswerter Weise Genossin Dunkel leitet. — Die Bewerksammlungen haben wir seit der Begründung des Arbeiter-Sekretariats einmengen lassen. Wir haben auch im städtischen Arbeitsnachweis Gelegenheit, die Arbeiterinnen auf ihre Organisationspflicht hinzuweisen. Unser Schmerzenskind ist der Frauenverein in Leipzig. Wir haben nur 200 Mitglieder, weil die Parteigenossen uns überall Steine in den Weg legen. Ueber Partei-Angelegenheiten wird in der Familie überhaupt nicht gesprochen. Die Frauen gelten für zu dumm, infolge dessen gehen die Kinder in bürgerliche Turn- und Vergnügungsvereine. Partei wollten wir Propagandaveranstaltungen abhalten; die meisten Parteibereine versagten ihre Mitwirkung; ein e gulbesudete Versammlung belamen wir zusammen. Aber da trat ein hochgestellter Parteigenosse auf und kritisierte uns so, daß uns zum Schluß nur ein Mitglied tren blieb. (Heiterkeit und Beifall.)

Josephsohn - Hamburg
berichtet die Schwierigkeit der Organisation der Handlungsgehilfinnen. Seine Gewerkschaft sei ein Kuriosum, insofern sie mehr weibliche Mitglieder zähle als männliche. Die Handlungsgehilfinnen würden bekanntlich durch die alten finanziell starken kaufmännischen Vereine ferngehalten. Redner geht dann auf verschiedene Maßnahmen ein, durch die die socialdemokratische Frauenbewegung mehr für die Organisation der Handlungsgehilfinnen interessiert werden soll. Vor allem dürfe es nicht vorkommen, daß Parteigenossen oder gar ein Parteiorgan wie vor einigen Jahren die „Rainer Volkszeitung“, geradezu zum Eintritt in die kaufmännischen Hilfsvereine anfordern. Dann fährt der Redner fort: Von dem Berliner Kongress der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen hielt uns schon das Gefühl fern. Die tiefste das Interesse der bürgerlichen Frauen an der Socialpolitik und dem Wohle der Proletarierinnen ist, konnte man aus der Lage der Frau de Nooy aus Königsberg erkennen, die an dem Tage an dem über das Frauenstimmrecht bei den Kaufmannsgerichten gekämpft wurde, über die Organisationen der Handlungsgehilfinnen vor leeren Bänken sprach. (Hört! hört!) Die bürgerlichen Damen waren drauß bei der Schlagsahne beschäftigt. (Große Heiterkeit.) Die bürgerlichen Frauen haben auch in Hamburg gegen die Wahl von August Bebel agitiert, gegen den Mann, der einen Teil seiner Lebensaufgabe darin gesehen hat, für die Befreiung der Frau zu kämpfen und dessen Buch noch gelesen werden wird, wenn die Namen der versammelten Damen in alle Winde verweht sein werden. (Stürmischer Beifall.)

Frau Wartenberg-Dittensen
stimmt in Bezug auf die Gleichgültigkeit der männlichen Genossen, auf denjenigen Wert der Lebende der Genossin Zahnenwald zu.

Zu ihrem Kreise werden hauptsächlich öffentliche Frauenversammlungen abgehalten. Die Einnahme für 1903 betrage 203,30 M., davon gingen 100 M. an den Parteivorstand. Mat hätte sicherlich auch Geld an die Central-Vertrauensperson gesandt, wie man auch 1902 und 1904 40 und 50 M. an den Parteivorstand geschickt habe, wenn man jemals eine Aufforderung erhalten hätte.

Frau Huben (zur Nichtigstellung): Ich möchte aus eigener Erfahrung feststellen, daß der Saal beim Vortrag der Frau de Nooy brechend voll war und daß in Hamburg nur ein Teil der bürgerlichen Frauen gegen Bebel agitiert hat.

Vorsitzende Frau Jettin: Die bürgerlichen Frauen Hamburgs haben offiziell beschlossen, für die freisinnig-bürgerlichen Kandidaten einzutreten. Wenn ein kleiner Teil der bürgerlichen Frauen sich bewußt war, welchen Schandfleck diese Handlung bedeute, so macht das den einzelnen bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, die ihr politisches Gewissen nicht befreit haben, alle Ehre, aber damit ist die Handlung der andern nicht gerechtfertigt. — Die Mitteilung von der Leere des Saales beim Vortrag der Frau de Nooy ging durch alle Blätter, und der Vorwurf wäre ernst genug gewesen, damit die bürgerlichen Frauen, die sich bei jedem Anlaß und ohne jeden Anlaß an die Presse wenden, ihm entgegengetreten wären. (Beifall.)

Frau Popp-Wien:

Auch nach unserer Meinung hat es nicht den geringsten Wert für uns, in bürgerliche Versammlungen zu gehen. Diejenigen Frauen, die wirklich nicht nur ihre Klasse, sondern ihr ganzes Geschlecht unter einem Druck stehen, die für seine Gleichberechtigung und Würdigung kämpfen wollen, kommen von selbst zu uns, versuchen socialdemokratische Theorie und Praxis bei uns zu lernen. Sie sind dabei nicht erfüllt vom Dünkel, etwas Großes zu thun, sondern rechnen es sich zur Ehre, zu den Proletarierinnen, die noch den harten Tagesarbeiten nur noch mühselig lernen, zu kommen, und für sie zu arbeiten. Vor Jahren hat Dr. Käthe Schirmacher in einer Wiener Versammlung, in der sie über Arbeiterinnen sprach, sich darüber beschwert, daß dem Frauenblatt „La Fronde“ die Nachtarbeit der Seerinnen verboten worden sei, obwohl dies ein durchaus gesunder Verus sei. (Lachen.) Die Krankenversicherer hätten sie eines besseren belehren können. Wozu sollen wir da zu den bürgerlichen Frauen gehen? Die proletarische Frauenbewegung ist etwas ganz für sich, das nur mit der Socialdemokratie zusammenhängt. (Lebhafte Zustimmung.) Die wirklich freigesinnigen bürgerlichen Frauen gehen bei den Wahlen zum Land- und Reichstage in unsere Wahlkreise und freuen sich, daß wir ihre Arbeitskraft verwenden, wie die der Proletarierinnen. Es ist auch unverständlich, wie Frauen gegen die Kandidatur Bebel's haben auftreten können; auch uns erfüllt ein solcher Beschluß mit Entrüstung. (Lebhafte Beifall.)

Frau Jettin:

Ich muß dem Genossen Michels noch einiges erwidern. Er meinte, der Frauenkongress würde durch unsere Teilnahme einen andern Verlauf genommen haben. Daß diese Meinung irrig ist, beweist schon die Thatsache, daß die radikalen Gruppen der bürgerlichen Frauen die Mehrheit des Kongresses nicht weiter nach links drängen konnten. Die Mitwirkung der radikalen Gruppen war resultatlos, es wäre auch resultatlos geblieben, wenn von uns jemand fünf Minuten mit hoher Erlaubnis hätte sprechen dürfen. Genossin Michels sprach von einer andern Stimmung, die den Kongress beherrscht haben würde. Wir sind realpolitisch genug, auf Stimmungen zu achten. Sie verwehen wie Flugand vor dem Winde, sie sind nicht der Granit, auf den wir bauen können. (Zustimmung.) Die Geschichte lehrt uns, daß die bürgerlichen Frauen Fleisch und Bein vom Fleische der Bourgeoisie sind. Sie können nicht aus ihrer Haut heraus, sie können nicht aus ihrer Klasse heraus. (Sehr richtig!) Das hat auf dem Heimarbeitertag eine bürgerliche Frau Alice Salomon selbst zugegeben. Sie sagte, sie müsse sich quasi entschuldigen, aber die bürgerliche Frauenbewegung habe mit zu großen Schwierigkeiten wegen des Vorurteils der Räder zu kämpfen. Das ist charaktervoll gesprochen und mir lieber, als süße Versprechungen, hinter denen keine Thaten stehen. Genossin Michels meinte, wir hätten den bürgerlichen Frauen das Gewissen geschärft. Was nicht die Thatsachen vermögen, was nicht die Wissenschaft vermag, das wird auch das zündende Wort einer Socialdemokratin nicht erreichen. Der eiserne Panzer des Klassenvorurteils kann dadurch nicht gebrochen werden. In den Parlamenten liegt doch die Sache anders. Genau wie wir in den verabschämungswürdigen kapitalistischen Klassenstaat hineingeboren werden, ohne daß wir gefragt werden, ob wir auch darin leben wollen, so müssen wir auch mit den staatlichen Einrichtungen uns abzufinden suchen. Wo ich aber meine Mitarbeiterin frei wählen kann, da gehe ich nicht zu Leuten, von denen uns eine abgrundtiefe Kluft trennt. (Beifall.) Gewiß erheben auch wir Reformforderungen, aber welcher Unterschied besteht in der Verwertung. Sie wollen damit die bürgerliche Gesellschaft stützen, wir wollen das Proletariat kampffähig machen, damit wir die heutige Gesellschaft stützen können. Beim Heimarbeitertag sind nicht wir zu den bürgerlichen Reformen, sondern diese zu uns gekommen. Die bürgerlichen Reformen mühten sich unter die Speere des Klassenbewußtseins Proletariats zu schlagen, um nur etwas zu erreichen. Die bürgerlichen Reformen haben sich vor unsern Kartens gespannt, dem wir die Richtung gaben. Deshalb konnten wir uns am Arbeiter-Schul-Kongress in Jülich beteiligen und mühten die Beteiligung an dem Konventikel der Exzellenzen in und außer Dienst in Brüssel abzulehnen. (Lebhafte Zustimmung.) Auf dem Frauentag erteilte Beifall nicht bei den grundsätzlichen socialistischen Forderungen, sondern bei den Reformforderungen. Ganz anders wäre es geworden, wenn nicht das Gemeinsame, sondern das Trennende hervorgehoben worden wäre, wenn der Vorkrit der bürgerlichen Frauenbewegung ins rechte Licht gesetzt worden wäre. Die socialistischen Prinzipien liegen jenseits jeder Reformweisheit. Wo diese aufhört, da fängt die weltbewegende Idee des Socialismus an. Auf diesem Kongress hätte unser Banner nicht entfaltet werden können. Der Gang zur Kaiserin war keine Auserwählung, sondern ein Zeichen dafür, daß die bürgerliche Frauenbewegung aus Haß gegen die Arbeiterklasse das Vandalentum vor den Kronenträgern mitmacht. Es ist doch charakteristisch, daß die bürgerlichen Frauen zur Kaiserin gegangen sind, obwohl diese doch der Frauenbewegung ablehnend gegenübersteht und in der Geschichte der Frauenbewegung keinen Platz hat. Und was hatten die Frauen bei den Frauen der Exzellenzen Wilow und Koladobsky zu suchen? Unter den obwaltenden Umständen erscheint diese Walfahrt geradezu als der Ausdruck der Selbstverachtung. An einer Bewegung, die solche Früchte zeitigt, nehmen wir nicht teil, mit solchen Elementen kongressieren wir nicht zusammen. (Lang anhaltender Beifall.)

In ihrem Schlusswort dankt
Hr. Baader - Berlin für die Anregungen der Diskussion und erklärt, daß sie mit der Tendenz der gestellten Anträge durchaus einverstanden sei. Was die Genossin Wartenberg gesagt hat, werde ich mir merken und recht häufig an sie schreiben. Ich hoffe dann, daß die künftige Central-Vertrauensperson eine hübsche Kassenrechnung in zwei Jahren vorlegen können. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.)

Jumad wird der Central-Vertrauensperson Hr. Baader einstimmig Decharge für ihre zweijährige Thätigkeit erteilt.
Die Anträge Bromberg und Berlin werden unverändert angenommen, der Antrag Köln mit dem Amendement Josephsohn.

Gleichfalls angenommen wird der Antrag der Frau Bieh in Sachen der Partei-Organisation.

Ein Antrag der Frau Plum - Essen, der die Ausarbeitung eines Flugblatts für das Parteiprogramm zur Verbreitung unter den Vergewaltigten-Frauen fordert, wird auf Vorschlag der Frau Jettin der Central-Vertrauensperson überwiesen.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Genossen Dr. Michels, der Mißverständnisse seiner Ausführungen richtig stellt, begrüßt Reichstagsabgeordneter Gek die Konferenz und berichtet von einem Fortschritt, der in Baden erreicht worden. In Mannheim und Offenburg ist durch beständiges Drängen der Socialisten ein Ordisstatut erzielt worden, wonach in den städtischen Kommissionen für die Armenpflege und die Volksschule weibliche Mitglieder gewählt werden dürfen. Das weiße Ministerium hat nun bestimmt: In

diesen Kommissionen darf die Zahl der Frauen die der Männer nicht übersteigen. (Heiterkeit.) Nun ist das männliche Geschlecht beruhigt. Das Wahlrecht haben die Frauen allerdings nicht. Anstandshalber aber sind beim ersten Versuch auch Sozialistinnen in diese Kommission berufen worden. Diese wirken nun wie die Hechte im Karpfenteich. Sie erteilen der Bourgeoisie gewissermaßen Anschauungsunterricht in der Armenpflege. Die Armen und Aermsten des Volkes empfinden es als Glück, wenn sie von Frauen besucht werden, die mit ihnen denken und empfinden und ihre soziale Lage mit vollem Verständnis ansehen. Die Einrichtung hat sich außerordentlich bewährt und kann gar nicht mehr abgeschafft werden. Diese Aermsten der Armen, denen durch diese Einrichtung geholfen wird, haben mich beauftragt, Sie als Vorkämpferinnen zu begrüßen. Wer da sieht, was die Frau bei dieser beschränkten Thätigkeit leistet, der muß wünschen, daß die Thätigkeit erweitert wird auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens und des Staates. (Lebhafte Beifall.)

Nächster Punkt der Tagesordnung ist
Der Kinderbeschutz.

Die Referentin, Genossin Bieh-Hamburg legt folgende Resolution vor:

Kinderbeschutz-Resolution.

Die Konferenz socialistischer Frauen erklärt, daß das am 1. Januar 1904 in Kraft getretene Kinderbeschutzgesetz nicht im entferntesten den Ansprüchen an den geschlichen Schutze der Kinder gegen die vorzeitige Verwüstung ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte gerecht wird.

Sie fordert deshalb im Interesse der Zukunft des Proletariats und der gesamten Nation:

Verbot jeglicher Erwerbsthätigkeit schul- und vorschulpflichtiger Kinder im Gewerbe, der Land- und Forstwirtschaft, bei häuslicher Arbeit, im Voten- und Gesindebesitz. Ausdehnung der Schulpflicht auf das vollendete 14. Lebensjahr. Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit für jugendliche Arbeiter von 14 bis 18 Jahren auf 6 Stunden und Einführung eines obligatorischen Fortbildungunterrichts für beide Geschlechter.

Des ferneren fordert sie nachdrücklich die Durchführung einer wirksamen Kontrolle des Kinderbeschutzes und um dieselbe zu ermöglichen, die entsprechende Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten und die Heranziehung von Aufsichtsbeamten aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Konferenz macht es den Genossinnen zur Pflicht, mit ganzer Kraft und Energie für die Durchführung dieser Forderungen zu wirken.

1. Durch fleißiges und gründliches Studium des einschlägigen Materials.

2. Durch Sammlung und Veröffentlichung von neuem Material, das auf neue die Verletzung und Notwendigkeit obiger Forderungen begründet.

3. Durch ausfallende mündliche und schriftliche Agitation, um in den Massen den nötigen Resonanzboden für unsere Forderungen zu gewinnen und zu erhalten.

Die Konferenz verpflichtet des ferneren die Genossinnen, nach besten Kräften für die strikte Durchführung des im Gesetze ausgesprochenen Schutzes mit Sorge zu tragen und zu diesem Zwecke sich selbst in möglichst ausgiebiger Weise an der Kontrolle zu beteiligen.

Zur Begründung fährt die Rednerin folgendes aus:

Seit der kapitalistischen Anwendung der Maschine lautet der Ruf der Unternehmer nicht nur: „Frauenarbeit vor!“ sondern auch: „Kinderarbeit vor!“ Je mehr der Unternehmer für seinen Betrieb des konstanten Kapitals benötigt (für Maschinen, Fabrikgebäude usw.), desto mehr sollte am variablen Kapital (für die lebendige menschliche Arbeitskraft) gespart werden. Um so größer ward sein Hunger nach billiger weiblicher und kindlicher Arbeitskraft. Der erfahren will, welche entsetzlicher Raubbau an der kindlichen Arbeitskraft in den Fabriken betrieben ward, bevor die Gesetzgebung eingriff, der lese es nach bei Karl Marx im ersten Bande des „Kapital“, bei Friedrich Engels in seinem Buche „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“, oder für Deutschland in Mehrings „Geschichte des Socialismus“, oder bei Anton Günther in der „Geschichte der preussischen Fabrikgesetzgebung u. c.“ Als dann endlich die Gesetzgebung eingriff, geschah es zunächst keineswegs im Interesse der ausgebeuteten Kinder, sondern im Interesse des Unternehmers und des Staates. Man wollte nicht den heranwachsenden denkenden und fühlenden Menschen, sondern den zukünftigen Vollarbeiter und Rekruten schützen. (Lebhafte Zustimmung.) Erst der fortgeschritten Kritik und dem Fordern und Drängen des allmählich zum Klassenbewußtsein erwachenden Proletariats gelang es, einen wirksameren Schutz für die kleinen Fabrikfabriken durchzusetzen.

Die Gesetzgebung zum Schutze der in Fabriken beschäftigten Kinder hat vorläufig in den Bestimmungen des § 135 der Gewerbeordnung ihren Abschluß gefunden. Danach ist die Beschäftigung von Kindern unter 13 Jahren überhaupt verboten, von Kindern im Alter von 13-14 Jahren nur dann nicht, wenn diese nicht mehr zum Besuch der Volksschule verpflichtet sind. Die tägliche Arbeitszeit darf sechs Stunden nicht überschreiten.

Da diese Bestimmungen nur für Fabriken gelten, wurde damit die Kindererwerbsarbeit keineswegs beseitigt. In der Landwirtschaft, in den Werkstätten und der Heimindustrie, bei Potengängen, in den Gastwirtschaften und bei häuslichen Diensten herrscht nach wie vor Ausbeuterfreiheit. Nicht wenige der auf Grund des Gesetzes aus den Fabriken verdrängten Kinder wurden in diesen Betrieben aufs neue und oft noch ärger ins Joch gespannt. So in der Landwirtschaft, wo sie als Hülfskinder, beim Ackerbau und Kartoffelroden, bei der Kornwinde dem schlimmsten Sonnenbrand und allen Unbilden der Bitterung ausgesetzt sind. So in den Werkstätten als Schmiede, Glasbläser, auf den Bauten und Piegeln, in den Steinbrüchen beim Steinbrechen, in den Gastwirtschaften als Kegelungen, während die Mädchen zum Bedienen der oft genug halb oder ganz betrunkenen Gäste verwendet wurden. Als Potengänger werden sie wieder des Morgens um 3, 4 Uhr im besten Schlaf aus den Betten gerissen und ungenügend gekleidet, müdem, in Sturm, Regen und Frost hinausgeschleudert, um Vrot, Zeitung und Milch der Hundstunde zu tragen. Oder sie werden als Heimarbeiter in der Textil-, Tabak-, Konfektions-, Porzellanbranche, bei der Griffelfabrikation, in der Nahrungsmittel-Industrie usw. eingesetzt in dunstigen, schlechtventilierten, licht- und luftlosen Räumen, wo sie bis in die Nacht hinein bei entsetzlich monotoner geisttörender Arbeit angepannt bleiben. Und dazu die oft endlose Arbeitszeit, auf Grund einer amtlichen Statistik wurde festgestellt, daß z. B. in Chemnitz

435 Kinder täglich	4 Stunden arbeiten,
1241	6
173	9
42	10-13

Für Charlottenburg wurde eine wöchentliche Arbeitsdauer von 90-72 Stunden nachgewiesen. Und anderswo ist es nicht besser, mitunter noch schlimmer.

Das sind Arbeitszeiten, die den kindlichen Organismus zerstören müssen, ja die zum Teil für einen Erwachsenen viel zu lang sind. Es bedarf keines weiteren Beweises, daß unter solchen Verhältnissen die Gesundheit der Kleinen auf das schwerste geschädigt, ihre körperliche Entwicklung außerordentlich beeinträchtigt wird. Die bleichen Wangen, die glasigen Augen, der gekrümmte Rücken, die gekrümmten Beine der Skrophulösen, rachitischen, blutarmen Arbeiterkinder sind eine entsetzliche, lebendige Anklage gegen unsere heutige Gesellschaftsordnung. (Bewegung und lebhafteste Zustimmung.) Zu der körperlichen Schädigung der Kinder kommt aber noch die geistige und intellektuelle.

Es ist das wahrlich kein Wunder. Statt frisch und ausnahmefähig in die Schule zu kommen, sind sie müde und unruhig, schlafen beim Unterricht ein oder halten sich nur mit vieler Mühe munter. Aber vom Kopieren und geistig Verarbeiten des im Unterricht ihnen dargebotenen Lehrstoffes kann keine Rede sein.

Thranen des Jornes und der Erbitterung erpreßt es uns, wenn wir lesen, daß z. B. in Berlin im Jahre 1902 764 Mädchen und 760 Knaben aus der 6. Schulkasse entlassen wurden, daß

1888 Anaben und 1718 Mädchen aus der 4. Klasse im Leben traten. (Hört! hört!) Und warum? Zum großen Teil waren es erwerbstätige Kinder! So ist es der Profitwut der Unternehmer geschuldet, daß selbst das wenige Wissen, das unsere Kinder in der Volksschule übermitteln wird, von diesen nicht aufgenommen werden kann, daß selbst diese einzige, ohnehin so spärlich fließende Bildungsquelle tausenden von Proletariatskindern so verstopft wird. Wie wäre es auch denkbar, daß im Jahre 1890 noch 300 Analphabeten unter den deutschen Kleinen gezählt wurden. Ich wiederhole: Thränen des Jorns und der Erbitterung erpreßt uns die Verdrängung solcher Zustände, (Lebhafter Zustimmung), zumal man selbst erfahren hat, wie unendlich schwer, ja geradezu unmöglich es ist, aus eigener Kraft im späteren Leben die Lücken des Wissens auszufüllen und wie der Mangel an Wissen uns überall und jederzeit hemmend in den Weg tritt. Dann dalt man im berechtigten Gorn die Faust und schwört Kampf, unerbittlichen Kampf einer Gesellschaft, die solche Zustände geschaffen hat und aufrecht erhält. (Lebhafter Beifall.) Doch lehren wir zu unsern Kleinen zurück. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Erwerbsarbeit unendlich viele Gefahren sittlicher Natur für die Kinder mit sich bringt. Ich erinnere an den Regelungs, der von den Reglern mit Bier oder wohl gar mit Schnaps traktiert wird und so nur zu leicht zum Alkoholiker wird. Ich erinnere an die Kinder, die in Steinbrüchen und Ziegeleien arbeiten, allen Unbildern der Witterung ausgesetzt, ungenügend ernährt und bekleidet, die dem Beispiel der Erwachsenen folgen, zur Schnapsflasche greifen, um sich einen Augenblick das Gefühl der Sättigung, der Wärme, des Behagens zu verschaffen und so allmählich Trinker werden. Ich erinnere an den Bericht des Lehrers Kahl, wonach elf- bis zwölfjährige erwerbstätige Mädchen unter den Prostituierten Berlins sind, wonach unter 100 jugendlichen Strafgefangenen 70 als Kinder erwerbstätig waren. So ist es der unerfüllte Goldhunger der Herrschenden, der Hunderttausenden von Proletariatskindern die goldene Jugend raubt, die Jugend, von der Dichter und Denker singen und sagen: Diese Zeit des Frohsinns, des Spieles, der Sorglosigkeit wird für sie eine Zeit des Elends, der Entbehrung, der Not, der Heberarbeit. (Lebhafter Zustimmung.) Es ist der unerfüllte Goldhunger, der Hunderttausende von Proletariatskindern körperlich, geistig und seelisch zu Grunde richtet, der gleich einem Keil fällt in der Frühlingssaat und so manches vielverheißende Menschenhüpflein vernichtet. Das mögen sich all jene Dämchen und Herren gesagt sein lassen, die auf den Höhen des Lebens in der Sonne wandeln und pharisäisch die Nase rümpfend an ihre Brust schlagen und ausrufen: Herr Gott, ich danke dir, daß meine Kinder edel und gut und nicht verkommen und verrotzt sind wie jene des Pöbels. (Bravo!) Danken sie doch nicht zum geringen Teil ihren Reichtum und ihre Bildung dem Unfland, daß die Ausbeutung schon Hien und Knochen der Arbeiterkinder zermüht. Und auch heute wollen sie keineswegs auf die Einnahmequelle verzichten.

Das beweist das Kinderschutzgesetz und dessen Anwendung und Handhabung. Bereits 1887 hatte die sozialdemokratische Fraktion einen Initiativentwurf im Reichstag eingebracht, der das Verbot jeder Kindererwerbsarbeit forderte. Und seitdem ist im Parlament, in der Presse, in Volksversammlungen überall unsere Forderung: Fort mit der Kinderarbeit! auf das nachdrücklichste wiederholt und durch die Kritik der Kinderarbeit und deren Folgen begründet worden. Auch ein großer Teil der deutschen Lehrerschaft hat in der freimütigsten Weise diese Kritik geübt und Abhilfe verlangt. Danach wurde im Jahre 1898 vom Reichskanzler eine Enquete bezüglich der Kinderarbeit und deren Schäden angeordnet. Diefelbe ergab, daß 532 283 Kinder im schulpflichtigen Alter erwerbstätig seien. Doch heißt es selbst in der amtlichen Denkschrift der Enquete, daß diese Zahl bei weitem hinter der Wirklichkeit zurückbleibt. Es sind weder alle Teile des Reiches, noch alle Zweige der gewerblichen Tätigkeit erfasst; vor allem nicht die Hunderttausende von Kindern in der Landwirtschaft, die vielen Kinder, die im vorschulpflichtigen Alter beschäftigt werden usw. Und trotzdem wurden über 1/2 Million kleiner Lohnflaben gezählt, die zum Teil bei harter, immer aber bei anstrengender, geisttötender Arbeit unter den traurigsten Umständen ihr Leben fristen.

nach Ablauf der zwei Jahre kann der Bundesrat weiter solche Ausnahmen zulassen! Dadurch ist der geringe Heimarbeiterzuschuß, den das Kinderschutzgesetz enthält, noch mehr eingeschränkt. Welches sind nun die Aufgaben, die uns angeht dieser Verhältnisse erwachsen? Sie sind in einer Resolution zum Ausdruck gebracht. Wir vertreten die Forderungen: fort mit der Kinderarbeit im schulpflichtigen und vorschulpflichtigen Alter. Nach unserer Meinung gehört das Kind in die Schule und auf den Spielplatz und nicht in die Erwerbsarbeit. Nebenher verliest ihre Resolution und erläutert kurz die einzelnen Forderungen. Dann schließt sie: Genossinnen, nehmen Sie unsere Resolution an. Wenn Sie dann in Ihre Heimat zurückgekehrt sind, wirken Sie mit ganzer Kraft für die Durchführung der darin niedergelegten Forderungen. Ich denke, ganz besonders die Genossinnen, die das Glück haben, Mutter zu sein, werden mit heißer Sehnsucht die Durchführung dieser Forderungen wünschen und dafür kämpfen wollen. Gilt es doch nichts Beringerem als unsere Kinder eine hellere Zukunft zu erkämpfen, für unsere Kinder die Möglichkeit zur harmonischen Ausbildung eines sittlich gefestigten, geistig frischen und starken, körperlich gesund und schönen Menschen schaffen. Es gilt also um hohen Preis. Deshalb lassen Sie unsere Parole sein: Auf zum Kampf! Nieder mit der Ausbeuterfreiheit! Unsern Kindern zum Schutz, den Unternehmern zum Trutz! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Die Diskussion wird eröffnet.

Das Resultat hatte die Einbringung des Kinderschutz-Gesetzes zur Folge, der am 30. März 1903 Gesetz ward und am 1. Januar 1904 in Kraft trat. Dies Gesetz bleibt leider weit hinter unseren Forderungen zurück. Wenn unsere Fraktion trotzdem dafür gestimmt hat, so bedauern wir es einen prinzipiellen Fortschritt bedeutet. Im Kinderschutzgesetz ist zum erstenmal mit dem bisherigen, von der kapitalistischen Gesellschaft zähe festgehaltene Prinzip: „Vor der Familie muß der Gesetzgeber Halt machen“, gebrochen worden. Das Kinderschutzgesetz ist auf die Heimarbeiter ausgedehnt, es enthält den ersten, wenn auch winzigen Anfang eines Heimarbeiter-schutzes. Im übrigen fordert es in überaus reichem Maße unsere Kritik und unsern Protest heraus. Da sind zunächst wieder weite Kreise der erwerbstätigen Kinder von dem Schutze durch das Gesetz ausgeschlossen; die Hunderttausende in der Landwirtschaft

und im Gesindedienst Beschäftigten. Dabei liegen Berge von Material vor und die Kommissions- und Plenarberatungen über das Gesetz haben weiteres Material beigebracht, welches kläglich beweist, daß es in der Landwirtschaft dem ländlichen Arbeiter nicht um ein Jota besser geht wie seinem Lebensgenossen in der Industrie. Diese traurige Tatsache ward illustriert unter Hunderten von ähnlichen Fällen durch den Ausspruch des Sanitätsrats Feinacher aus Graudenz, daß ihm unter den vielen armen, elenden Kindern, die er untersucht zum Zweck der Wiederimpfung, die elende körperliche Entwicklung der Pflanzungen aufgefallen ist. Das ward des weiteren illustriert durch den Klageruf des heftigen Geistes: „Man möchte weinen, wenn man die müden, abgepressten Kindergeichter (der „Weidjungen“) gleich in den ersten Morgenstunden erblicken muß. O, diese Fronfesseln um Kindesarme und Kindesbeine! Wann wird man auf ländlicher Flur dem Kinde die Kindheit wiedergeben?“ Oder durch den Erlaß der anhaltischen Regierung: „Nur mindestens achtjährige dürfen zu ganzen Tagesleistungen herangezogen werden von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.“ Trotz alledem — die agrarische Mehrheit lehnte den Kinderschutz für die Landwirtschaft ab; alles was erreicht wurde, war die Annahme einer Resolution, die eine Enquete über die Kinderarbeit auf dem Lande forderte. Das Schicksal der gewerblich tätigen Kinder auf 14 Jahre festzusetzen, konnte sich die Majorität ebenfalls nicht entschließen. Es blieb bei 12 Jahren für fremde, bei 10 Jahren für eigene Kinder. In der Begründung der Regierungsvorlage heißt es in Bezug hierauf, daß eine mäßige Beschäftigung von Kindern insofern ihre Berechtigung habe, als sie geeignet sei, die Kinder an körperliche und geistige (?) Tätigkeit zu gewöhnen, den Sinn für Fleiß und Sparlichkeit zu erwecken und sie vor Mühseligkeit und andern Abwegen zu bewahren. Die Arbeit enthalte ein wesentliches, nicht zu unterschätzendes erzieherisches Moment. Fast sämtliche Vertreter der bürgerlichen Parteien hielten sich verpflichtet, dies nachzubeden. Wir verneinen keineswegs den hohen pädagogischen Wert der Arbeit. Forderung wir doch deswegen seit langem die Einführung des Handfertigkeit-Unterrichts in den Schulen. Die Arbeit als Erziehungsmittel fördert und bildet den Tätigkeitsdrang, der in jedem Kinde schlummert. Sie ist Mittel zum Zweck, um anzuregen zum Beobachten, Denken, Urteilen, Handeln. Sie fördert damit die Geistesbildung, die That- und Willenskraft und wirkt so vermittelnd, veredelnd, stärkt ferner Nerven- und Muskelkraft und fördert damit die Gesundheit, die körperliche Entwicklung. Ganz anders die Erwerbsarbeit, bei der ein bestimmtes Quantum einer bestimmten Arbeit, die nach der Qualität dem Kinde nicht behagt, nach der Quantität seine Kräfte übersteigt, Tag für Tag geleistet werden muß. Die ermüdet, stumpft ab, weckt keine schlummernden Kräfte, sondern tötet sie. Die chronische Uebermüdung hemmt die körperliche und geistige Entwicklung, ganz zu schweigen von den sittlichen Gefahren, denen erwerbstätige Kinder nur zu oft ausgesetzt sind. Bei der Erwerbsarbeit wird das Kind die Arbeit nicht lieben, sondern hassen und fürchten lernen. Zudem bedürfen die Kinder gerade in dem Alter von 12, 13, 14 Jahren, wo bei ihnen die Pubertät eintritt, ganz besonders des Schutzes. Aber nicht nur, daß sich Reichstag und Regierung nicht zu einem strikten Verbot jeglicher Kinderarbeit aufschwingen konnten, wurden die Schutzbestimmungen noch durchlöcher, indem Bundesrat und Verwaltungsbehörden Ausnahmen von den gesetzlichen Bestimmungen gewähren dürfen. Der Bundesrat ist befangen, für die ersten zwei Jahre — im Regierungsentwurf heißt es für die ersten fünf Jahre — nach Inkrafttreten des Gesetzes für einzelne Arten der im §12 des Gesetzes bezeichneten Werkstätten, in denen durch elementare Kraft bewegte Triebkräfte nicht bloß vorübergehend zur Anwendung kommen, sowie für Werkstätten im Handels- und Verkehrsgewerbe (§ 13 Absatz 1 des Gesetzes) die Beschäftigung eigener Kinder zuzulassen unter teilweisem oder ganzem Dispens von den Schutzbestimmungen ausschließlich der Sonntagsruhe. Der Bundesrat hat von dieser Befugnis sehr ausgiebigen Gebrauch gemacht. Für Preußen im Regierungsbezirk Düsseldorf, für Baden im Kreise Waldshut ist in Werkstätten der Wandweberei, im letztgenannten Kreise auch der Stoffwebererei, eignen Kindern das Spinnen, insbesondere auch das Spinnen mit den Spinnmaschinen, die durch elementare Kraft betrieben sind, gestattet bis Ende 1905, wenn Wohnung und Werkstatt in einem Hause sich befinden und in der Werkstatt nicht mehr als drei Stühle betrieben werden. Die übrigen Schutzbestimmungen bezüglich des Alters, der Arbeitszeit, Pausen, Nachtarbeit sind aufrecht erhalten. Bedauerlicher noch als diese Ausnahmen sind jene, durch die der Bundesrat das Schutzealter von 10 auf 8 Jahre herabsetzte: sie gelten zwar nur für bestimmte Bezirke, aber gerade für diejenigen, in denen überhaupt diese Art hausindustrieller Beschäftigung in Betracht kommt. Ausnahmen für die Votengänger. Alle diese Ausnahmen sind zugelassen in Gegenden und Bezirken, in denen die schlimmste Ausbeutung und damit die schlimmsten Uebelstände bei den Reichstagsdebatten nachgewiesen wurden. Und

Aus Industrie und Handel. Vereinigung deutscher Gaswerke. Vorgefieri fand in Köln die Gründung der Reichsindustriellen Vereinigung deutscher Gaswerke, Aktiengesellschaft, statt. Die einen gemeinsamen Betrieb von Gas- und anderen Nebenzeugnissen der beteiligten Gaswerke sowie einen etwaigen Anlauf von Verbrauchs- und Verbrauchsgegenständen zum Zwecke hat. Die neue Aktiengesellschaft, deren Grundkapital 60 000 M. beträgt, umfaßt vorerst 70 größere und kleinere Gaswerke Westdeutschlands. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats wurde Direktor Soehner-Vorn ernannt, zum Vorstand vorläufig Generaldirektor Steller-Köln. Außerdem besitzt die Gesellschaft neben den gesetzlichen Organen einen Beirat von 10-15 Mitgliedern. Die Jahresabrechnung der Lanzhütte weist nach den in der letzten Aufsichtsrats-Sitzung vorgelegten Fibern für das letzte Geschäftsjahre einen Bruttogewinn von 7 070 513 M. und einen Reingewinn von 3 509 595 M. (im Geschäftsjahre 1902/03 — 3 642 657 M.) auf. Als Dividende werden 11 Proz., wie im vorigen Jahre, vorgeschlagen. Nach den Mitteilungen der Verwaltung litten die Erträge des Steinkohlenbergbaues der Gesellschaft im letzten Geschäftsjahre unter geringem Absatz an Hausbrandkohle infolge des milden Winters und der immer härter hervortretenden Konkurrenz englischer Steinkohle sowie in- und ausländischer Braunkohle. Hierdurch wurde eine Verminderung des Absatzes um rund 28 000 Tonnen auf den alten Gruben und eine fernere Ermäßigung der bereits im Vorjahre teilweise gesunkenen Kohlenpreise durch die Kohlenkonvention veranlaßt. Das Effektivgeschäft gestaltete sich dagegen seit dem Zusammenschluß des Stahlwerksverbandes im Februar d. J. bezüglich der Menge der den Werken zuzuführenden Aufträge günstig, so daß der Absatz im Geschäftsjahre 1903/4 den des Vorjahres um 10 400 Tonnen überstieg. Während aber die Preise für das ordinäre Handelsisen auf dem offenen Markt eine kleine Aufbesserung erfahren, ging die Bewertung der syndizierten Erzeugnisse teils speziell für Schlefien, teils im ganzen Inlande erheblich herab. Dies betrifft sowohl die Lieferungen von Schienen usw. an die Staatsbahnen als auch den Absatz an Formeisen, Oberbaumaterial, Blechen und Röhren auf dem Inlandsmarkt. Unter diesen Umständen wurden die Vorteile, welche die Belegung des Eisenmarktes brachte, durch den Rückgang in den Erlösen mehr als aufgewogen.

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle, Reste! Moquettes, Plüsch, Satteltaschen.
Muster b. näher. Angabe franco.
Emil Lefèvre, Berlin, 158, Oranienstr.

Hervorragende Konsum-Cigarre!
Angenehm milder Geschmack — zuverlässiger Brand — weiße Asche.
Italia
Original-Abbildung — 100 Stück 4.00 Mk.
Ausführliche Preisliste gratis und franco.
Reinhard Hellmich Engros-Berlin, Behren-Lager Berlin, Str. 52.
Kein Laden — Eingang im Flur rechts — neben Passage.

Schnupfen Sie?
Dann verlangen Sie unbedingt bei Ihrem nächstgelegenen Tabak- und Zigarren-geschäft ein Fläschchen des neben von der im Jahre 1817 gegründeten Tabak-Fabrik **H. E. Simon-Jastrow (Westpr.)** unter dem Namen „Kur-Prise“ D. R. G. M. 239885 in den Handel gebrachten allernuesten Fabrikats. Preis nur 10 Pfg. Requem und sauber in der Tasche zu tragen. Tabakdose überflüssig. Erhältlich in den meisten Geschäften der Branche.
Kur-Prise
D. R. G. M. 239885
H. E. SIMON JASTROW
In der Komposition der Kur-Prise bietet sich jedem Schnupfer ein Fabrikat dar, welches in dieser seiner konzentrierten Form, vermöge seiner arischenenden, heilsamen Eigenschaften d. wohlthätigen, angenehmen Wirkungen hervorruft und auch auf den Schnupfen überaus einwirkt. Im eigenen Interesse ist beim Einkauf auf die eingetragene nebenstehende Schutzmarke u. auf die gesetzl. geschützte Fläschchen-Packung zu achten.

Bruch - Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Beierantl, Uebis-Landstr. 11
30. Finien-Strasse 30.
NB. Alle Bandagen mit elastischen Belagern, angenehm und weich am Körper.
56932*

Rohrtabak
Max Otto,
Filiale: 56432*
152 Brunnenstr. 152.
Billige Preise. Reich Auswahl.

Vereinigte Bade-Anstalten G. m. b. H.
1. **Wilhelmsbad**
SW. Schützenstr. 18.
Jempr. I, Nr. 2762.
Wannenbäder 0.40—1.50
(Elegante Salons). 10215*
Neu!!! Russ.-Römische mit Licht-Luftperibassin.
2. **Bürgerbad**
(Eröffnung November 1904)
NO. Weberstr. 40b.
Sämtliche medizinische Bäder.
3. **Erstes Lohtanninbad**
Wallstr. 70/71,
Neu-Kölln a. W. 6/8.
Jempr. IV, Nr. 2280.
Größtes Spezialbad für Lohtanninbäder aus täglich frischer Abkochung.
Früher vorausgabte Billets werden in Zahlung genommen.
In allen 3 Badeanstalten werden sämtliche mediz. Bäder, elektr. Licht- und Dampfstrahlbäder (in Nr. 2 u. 3 täglich auch für Damen) verabfolgt.
Spec.: Kohlensäure Sool- } Perlbäder auch außer dem Quell.
Stahl- u. Sauerstoff- }

Nur 1,50 Mk. kostet jede Uhr
bei mir zu reparieren u. reinigen unter Garantie des Gutes ohne (ohne Bruch), kleine Reparaturen billiger. Große Auswahl in Uhren u. Goldwaren zu billigen Preisen. Goldene Damen-Remontoir, 10 Steine, v. 18.—, Goldene Herren-Doppelkapsel-Remontoir v. 50.—, Silberne Remontoir v. 9.—, Regulours, Freischwinger, Wecker- u. Wanduhren. Goldene Herren- u. Damen-Ketten, Ringe, Schmucksachen in modernsten Facons für jeden Geschmack. Für jede bei mir gekaufte Uhr leistet 3 Jahre Garantie.
Karl Lux, macher, Chausseestr. 34.

Verlangen Sie ausdrücklich den so vorzüglich schmeckenden
Dänischen Anker-Kautabak.
Gibt nur, wenn in jedem Stück — Schließen oder Rollen — der Zigaretten mit Anker liegt. Raffinierter Tabak ohne Füllstoffe man zurück. In begl. für Wiederverkäufer nur durch 56614*
Carl Röcker, Berlin, Gruner Weg 112, Amt VII, 3/61.
Sämtl. Schnupf- u. Rauchtabake, Nordh. Kautabak — en gros.
Josetti, Garabaty- u. a. Cigaretten zu Original-Preisen.

Die
Möbelfabrik
VON
Adalbert Schulz
Reichenbergerstr. 5
Liefert Einrichtungen von 240 bis 5000 Mk. in nur anerkannt gediogener Ausführung zu äusserst billigen Preisen.
Coulanteste Bedingungen.
T. A. IV 6877. (79L)

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabaks.
Specialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 5659L*
Amt 4. 3014.
Secantio. Redakteur: Franz Reibeln, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Ullst, Berlin. Druck u. Verlag: Hortowits Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Lokales.

Emil Thomas tot!

Am Donnerstag voriger Woche trat er in „Gasemanns Töchter“ sein Gastspiel im Luisen-Theater an und in der Nacht zu gestern erlosch plötzlich das Leben des achtundsechzigjährigen Künstler.

Thomas wurde am 21. Dezember 1836 in Berlin geboren. Er sollte Buchbinder werden, schloß sich aber mit 19 Jahren einer wandernden Schauspielertroupe an und kam 1861 an das Große Theater in Berlin.

Elektrische Vollbahnen. Zu der unter diesem Titel in unserer letzten Nummer gedachten Notiz wird uns geschrieben: Gewiß wird es nötig sein, für die Ausführung des Projektes der Schnellbahn Berlin-Hamburg einen eignen Vorkörper anzuführen.

Das Denkmal für den früheren Oberbürgermeister Zelle wurde gestern vormittag, am 75. Geburtstag des Verstorbenen, im Viktoriapark enthüllt.

Das Mittelalter spukt. Wegen die städtischerseits projektierte Straßenbahn Dönhofsplatz-Groß-Görschenstraße protestiert der Gemeindevorstand der St. Lukas-Kirche.

Vernburger- und Köthenerstraße nach dem Hafenplatz re. geführt werden. Der Gemeindevorstand befürchtet nun Störungen des Gottesdienstes durch den Straßenbau.

Ein falscher Kriminalwachmeister treibt wieder einmal sein Unwesen. Ein Mann von etwa 30 Jahren macht sich unter der Vorpiegelung, er sei der Kriminalwachmeister Reichner vom 30. Revier mit Schanzwörtern bekannt und pumpt sie bei der nächsten Gelegenheit die sich ihm bietet, mehr oder weniger schwer an.

Ein großer Brand entstand Sonntagmorgen in der Analienstraße 2, Ecke der Linienstraße. Das Feuer war in einem an der Straße errichteten Lumpenspeicher ausgebrochen.

Helle Flammen loderten gestern abend gegen 9 Uhr in der Gegend des Centralviehhofes zum Rauchsimmel empor und lodten große Menschenmassen nach der Landberger Allee.

Eine neue Wucheraffäre. Die Polizei scheint jetzt ein Wucherfortium festgenommen zu haben, dessen Treiben sie schon länger verfolgte. Vor einiger Zeit wurde mitgeteilt, daß ein gewisser Hermann Uhlig, Christinenstr. 38, auf offener Straße verhaftet, später aber wieder freigelassen worden sei.

Falsche Samariter haben gestern früh im Tiergarten ihr Unwesen getrieben. Der Kaufmann Wilhelm Böllmer vom Kurfürstendamm 120 fuhr gestern früh um 4 Uhr mit seinem Motorzweirad durch den Tiergarten nach Berlin.

Straßensperrung. Die Machenstraße von Kurfürststraße bis Rikowplatz (verlängerte Wichmannstraße) wird behufs Kanalarbeiten vom 20. d. M. ab bis auf weiteres für Fahrwerke und Reiter gesperrt.

Circus Schumann hat jetzt ebenfalls seine Vorstellungen begonnen. Man hat in neuerer Zeit sich darüber aufgehalten, daß die Circuskünste sich vom artistischen aufs dramatische Gebiet hinüberwagen und in Ausstattungstücken der Bühne ernsthaft Konkurrenz machen; ein Uebergang, für den die Bühne sich dadurch rächt, daß sie wiederum Circusstücke zum besten gibt.

stellung gräßlicher Abenteuer, die sie im Kampfe mit wilden Tieren zu bestehen hatten. Der heute im Circus das friedfertige, kollegiale Zusammenleben von Mensch und Tier beobachtet, muß die Berichte aus den Dschungeln und dem afrikanischen Urwald gar ungläubig für arge Schwindeleien halten.

Im Circus Busch giebt es bereits eine Pantomime, die den Reitereignissen angemessen „Aus Deutsch-Südwestafrika“ benannt ist. Seit Anno siebzig haben Kriege neben ihren der Menschheit verderblichen Eigenschaften das Gute, daß sie dem Circus Gelegenheit zur Prachtentfaltung geben.

Radport. Ueber die Rennen vom Sonntag wird berichtet: Im Treptower Sportpark gewann Stellbrink das 75 Kilometerrennen. Die einzelnen Rennen verliefen wie folgt: Borgabefahren, 1500 Meter. 1. Kade (110) 1:59, 2. Geng (110), 3. Wits (140).

Aus den Nachbarorten.

Neu-Weißensee. Wie schon vorausgesetzt, wurde der Antrag des Provinzial-Schulkollegiums, binnen zwei Jahren für die neu errichtete Realschule ein eignes Gebäude zu errichten, von der Gemeindevertretung mit Majorität angenommen.

Seltene Verfügungen hat der Amtsvorsteher von Tegel vor kurzem erlassen. In einem Hause der Schlieperstraße dorthelbst wohnt ein Arbeiter S. mit der unberechtigten K. in einer Stube.

Nach einer hier eingegangenen Anzeige betöhnen Sie mit der unberechtigten K. zusammen im Hause Schlieperstr. 68 ein Zimmer. Dieser Zustand kann ferner nicht geduldet werden und erhalten Sie hiermit Auflage, sofort das Zusammenwohnen mit der p. K. aufzugeben.

Katzenhieb. Heben die beiden Leute den K. ab und bedient, da nirgends das Zusammenwohnen in einem Hause verboten ist. Vier Tage darauf kam folgendes Schriftstück:

Wie diesfalls festgestellt worden ist, haben Sie der Verfügung vom 5. d. M. — J. Nr. 14 959 — bisher nicht Folge geleistet, wohnen vielmehr noch mit der K. in einem Zimmer zusammen.

Ich sehe daher die in meiner Verfügung Ihnen angeordnete Strafe von 30 M. event. drei Tage Haft hiermit gegen Sie fest und fordere Sie auf, den Betrag binnen acht Tagen an die Amtsstelle hier selbst zu zahlen.

Gleichzeitig verbiete ich hiermit nochmals das Zusammenwohnen und Aufhören beieinander und erhalten Sie die Aufforderung, sofort das Zusammenwohnen aufzugeben. Für jeden Tag der Uebertretung werde ich eine weitere Strafe von 30 M. event. drei Tage Haft gegen Sie festsetzen.

Obgleich der Arbeiter S. das Landesamtliche Aufgebot bereits befolgt hat, so befürchtet er doch bei seiner und seiner Frau notorischen Keuzerei, daß der Amtsvorsteher den Verfügungen Nachdruck verschaffen und zu diesem Zweck einen Geiseln in seinem Zimmer aufstellen wird.

